

# KOMMUNAL

GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH .

## BAUSTELLE BAU

Preissteigerungen  
und Lieferketten

**Seite 22**

## ENERGIEWENDE

So kann sie  
funktionieren

**Seite 40**

## TIROL

Neuwahlen beim  
Gemeindetag

**Seite 86**



# Der Sprung aus dem fossilen Zeitalter

Ein kleiner Schritt für den einzelnen, ein größerer für die  
Gemeinden, ein Riesenschritt für die Menschheit. Wie der Aus-  
stieg aus dem fossilen Zeitalter gelingen kann – und wo es hakt.  
**ab Seite 16**

# DIGITAL VORRAUS

## STIHL VERTRAUT AUF DIE DIGITALE KOMPETENZ VON MAGENTA BUSINESS.

Seit über 90 Jahren ist STIHL Vorreiter bei Motorsägen und Motorgeräten sowie Wegweiser bei akkubetriebenen Produkten. In Magenta Business findet STIHL Tirol den Partner für seine Datenübertragung mit Hilfe eines speziellen IoT-Netzes und die weltweite Verbindung aller Unternehmensstandorte. Erfahren Sie, wie Magenta Business auch Ihr Unternehmen mit innovativen Lösungen unterstützen kann, unter 0800 676 800 oder [magentabusiness.at](http://magentabusiness.at)



**STIHL**

WAS GEMEINDEN ERMÖGLICHEN:

# FRIEDEN UND FREIHEIT IN EUROPA



Der Krieg in der Ukraine hat uns alle seit mehr als drei Monaten fest im Griff. Fast 70.000 Vertriebene haben bei uns bereits Schutz und Sicherheit gefunden. Während der Krieg im Osten weiterläuft, haben die Wiederaufbauarbeiten in den befreiten, aber zerstörten Gebieten begonnen. Gemeinsam mit dem Städtebund haben wir Mitte Mai einen Aufruf an alle Städte und Gemeinden in Österreich veröffentlicht, um kommunale Fahrzeuge für die Ukraine zu mobilisieren und auch Partnerschaften mit ukrainischen Gemeinden zu starten. Wir sind überzeugt, dass Gemeinden Menschen und Länder zusammenführen und damit einen wesentlichen Beitrag für Frieden und Freiheit in Europa leisten können. Wir wollen jetzt unseren europäischen Freunden, die täglich für unsere europäischen Werte kämpfen, rasch und direkt helfen. Das haben wir auch dem ukrainischen Minister für Gemeinden bei einem persönlichen Gespräch zugesichert. Unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk zeigt sich nicht nur in Spenden oder in der Versorgung von Vertriebenen, sondern auch in konkreten Projekten und Initiativen, die wir in der Ukraine setzen wollen. Wir alle sind dazu gefordert!

Unsere Fach- und Bildungsreise des Präsidiums mit dem Europaausschuss führte uns im Mai nach Frankreich, wo wir im Austausch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und einigen Bürgermeistern aufs Neue feststellen konnten, wie stark die Rolle und Position der Gemeinden und Städte in Österreich wirklich ist. Das Vertrauen zwischen Zentralstaat und den 35.000 Gemeinden ist in Frankreich schwer angeschlagen. Über Jahre hinweg hat man die Kommunen Stück für Stück ihrer finanziellen Autonomie beraubt. Der Vergleich zeigt uns, dass wir umso überzeugter dafür kämpfen müssen, unsere starken Rechte zu erhalten und auch weiter zu stärken.

Mitte Mai wurden auch bundespolitisch zwei wichtige kommunale Themen geklärt. Das Pflegepaket umfasst über 20 Maßnahmen mit einem Volumen von einer Milliarde Euro in den nächsten beiden Jahren, was eine wichtige Aufwertung des Pflegeberufs bedeutet. Die zusätzlichen Mittel sind zu begrüßen. Klar ist aber, dass etwa die langfristige Finanzierung der Pflege weiter ungeklärt ist. Und schließlich fand die Diskussion um die Verlängerung der 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung ein gutes Ende im Sinne der Gemeinden. Den Gemeinden stehen nun um ein Drittel mehr Mittel pro Jahr zur Verfügung. Gleichzeitig wurde auch dem Rechtsanspruch eine klare Absage erteilt.

Ich freue mich schon, viele von euch am 68. Österreichischen Gemeindetag vom 29. bis 30. Juni in Wels zu treffen. Vor den Spitzenvertretern der Republik wollen wir gemeinsam wieder ein starkes kommunales Zeichen in unserem Land setzen. Die Kommunalmesse lädt dazu ein, kommunale Fahrzeuge und neue Ideen für die Arbeit zu Hause zu entdecken.

ALFRED RIEDL  
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



**DIE ZUSÄTZLICHEN MITTEL SIND ZU BEGRÜßEN. KLAR IST ABER, DASS ETWA DIE LANGFRISTIGE FINANZIERUNG DER PFLEGE WEITER UNGEKLÄRT IST.“**

Feedback, Anmerkungen oder  
Kommentare bitte an  
[leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)

# INHALT

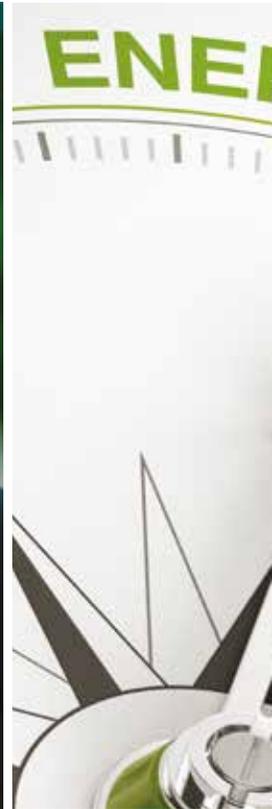


/16

## „Ein Windrad, aber nicht bei mir“

Klimaministerin Leonore Gewessler im Interview über Dinge, die sich „nicht mehr ausgehen“

FOTO//CAJETAN PERWEIN



/22

## Baustellen am Bau

Lieferketten, Preise und Rechtsprechung

FOTO // Александр Иващенко - stock.adobe.com



/82

## Chefin im Paradies

Karoline Tumschek, Weissensee



FOTO // Coloures-Pic - stock.adobe.com

/40

### So klappt die Energiewende

10 Punkte, mit denen wir Fahrt aufnehmen



FOTO // mmpphoto - stock.adobe.com

/56

### Energieerzeugung

Auch da spielt die Steuer mit

#### THEMA

##### Unser Stromnetz ist immer öfter im roten Bereich <sup>21</sup>

Gerhard Christner von der APG über das heimische Stromnetz

#### POLITIK & RECHT

##### Das Ziel ist ein Lenkungseffekt <sup>26</sup>

Die Leerstandsabgabe funktioniert nur mit Einschränkungen

##### Kalte Betten und die Wohnraumverknappung <sup>29</sup>

Freizeitwohnsitze sollten Thema beim Finanzausgleich sein

##### Gemeinden und die Pflege zu Hause <sup>32</sup>

Das Hilfswerk präsentiert eine Kosten-schätzung

##### Konzept mit Potenzial <sup>34</sup>

Wissenschaftliche Betrachtung zum „Community Health Nursing“

##### Frankreich: Gemeinden unter Druck <sup>36</sup>

Die Fach- und Bildungsreise des Gemeindebundes nach Frankreich

#### GESTALTEN & ARBEITEN

##### Gemeinden und die Ökostrommilliarde <sup>50</sup>

Elektrizitätswende als Chance für den ländlichen Raum

##### Beleuchtung umrüsten fürs Stromsparen <sup>60</sup>

Straßenbeleuchtung kann 45 Prozent Gemeinde-Energiekosten einsparen

##### Kleinwasserkraft mit großem Potenzial <sup>74</sup>

Beratungs- und Förderprogramm für Kleinwasserkraftwerke

#### LAND & LEUTE

##### Gewaltiger Vertrauensvorschuss <sup>86</sup>

Neuwahlen beim Tiroler Gemeindetag 2022

##### Kinder lernen Gemeinde <sup>92</sup>

Eugendorf und der Volksschul-Schwerpunkt „Meine Gemeinde“

##### Aus 170 Bewerbern ausgewählt <sup>94</sup>

Kauertal wurde von der UN als „Best Tourism Village“ ausgezeichnet

##### Termine, Personalia, Impressum ab <sup>96</sup>

#### FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

ARGE Forum mineralische Rohstoffe	58	Klima- und Energiefonds	46
Arge Qualitätsgruppe		Microtronics Engineering GmbH	75
Wärmedämmsysteme	63	Murexin GmbH	71
Bayer Schilder	62	ÖVGW – Vereinigung Gas- und Wasserfach	66
Bundesministerium f. Klimaschutz, Umwelt, Energie	49	Pappas	53
Familie & Beruf Management GmbH	70	RL Consulting & Projects	78
GasConnect Austria	55	VTA Austria GmbH	98
GRABKULT Handels GmbH	79		

## BODENFRASS UND ZERSIEDELUNG STOPPEN

MÜSSEN ZUERST KLÄREN,  
WAS WIR WOLLEN

**D**as Thema Bodenverbrauch begleitet uns schon seit mehreren Jahren. Mit einer vorhersehbaren Regelmäßigkeit wird das Thema auch medial verbreitet und diskutiert: Österreich ist Weltmeister im Bodenverbrauch, 12,5 Hektar werden täglich verbaut, und wenn wir so weitertun, wird es bald keine Landschaft mehr geben. Die Schuldigen sind dabei schnell ausgemacht. Da die Raumordnungskompetenz bei den Gemeinden liegt, sind es natürlich die Bürgermeister. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die Flächenwidmungspläne vom Gemeinderat beschlossen werden und einer Genehmigung der Landesregierung bedürfen. Jede Flächenplanwidmungsänderung bedarf einer sachlichen Begründung nach den Vorgaben der Raumordnungsgesetze der Länder. Involviert sind dabei natürlich Sachverständige, Architekten, Raumplaner etc., die ihre fachlichen Beiträge zu leisten haben. Dessen ungeachtet kommt immer wieder die Forderung, dass die Raumordnungskompetenz auf den Bund übertragen werden müsse, um das Problem zu lösen. Nur die Zentralstellen wüssten, wie es richtig geht.

Dabei wird immer so getan, als ob die Verbauung aus Jux und Tollerei erfolgen würde. Eine Verbauung verfolgt bestimmte Zwecke, regelmäßig liegt ein Bedürfnis dahinter. Ein zentrales Bedürfnis ergibt sich allein aus der Tatsache, dass Österreich in den letzten Jahren enorm gewachsen ist. Am 1. April lebten in Österreich mehr als neun Millionen Menschen. Allein von Jänner bis April stieg die Bevölkerungszahl um mehr als 47.000 Menschen. Für das Jahr 2040 werden mehr als 9,46 Millionen und für das Jahr 2050 bereits 9,62 Millionen Einwohner erwartet. Diese Menschen brauchen Wohnräume mitsamt der dazugehörigen Infrastruktur: neue Kindergärten und Schulen, aber auch neue Arbeitsplätze müs-

„Geht es darum, Grund und Boden für die landwirtschaftliche Produktion zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit zu erhalten? Oder geht es darum, unsere Landschaft zu erhalten, um Biodiversität und Artenschutz zu ermöglichen?“

sen geschaffen werden. Für neue Arbeitsplätze benötigt es Unternehmen, ob klein oder groß, ob Gewerbe oder Industrie, ob Büro- oder Handelsflächen. Neben der gestiegenen Anzahl von Wohnungen (so stieg der Wohnungsbestand von 1991 auf 2011 um 450.000 Wohnungen) ist auch die Wohnfläche pro Person in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Und wenn Kinder nicht mehr zu Hause betreut, sondern schon ab dem ersten Lebensjahr in öffentliche Einrichtungen gebracht werden sollen, bedarf es dafür der entsprechenden Infrastruktur. Auch wenn unser Schulsystem von der bisherigen Form auf eine ganztägige Schulform umgebaut werden soll, ist klar, dass dafür auch die notwendigen Räumlichkeiten geschaffen werden müssen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass für die vielen neuen Bauten ein Bedarf besteht. Das wird auch in Zukunft so sein. So wurden aktuell Projekte wie das neue Post-Logistikzentrum auf einer Fläche von 23.000 Quadratmeter in Wien-Inzersdorf, ein Projekt der Firma AT&S auf 10.000 Quadratmeter in Leoben und eine Milliardeninvestition der Firma Boehringer-Ingelheim in Bruck an der Leitha vorgestellt. Dadurch werden Tausende hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Und die brauchen wir dringend. Freilich sollte auch eingestanden werden, dass – sowohl der Schönheit Österreichs als auch seiner Sicherheit und seinem Wohlstand geschuldet – viele Inländer, aber auch EU-Bürger Wohnungen und Gebäude erwerben, um dort einen Zweitwohnsitz zu begründen.

**Das alles hat Bodenverbrauch zur Folge.** Dieser soll auch eingedämmt werden, damit die Schönheit Österreichs erhalten bleibt. Doch schon bei den Begrifflichkeiten gibt es Meinungsverschiedenheiten. Reden wir von Widmungen, die per se ja noch keinen Verbrauch darstellen? Oder

Feedback, Anmerkungen oder  
Kommentare bitte an  
[leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)

Kommunal 5/2022:  
**„Der Kampf gegen  
 Nacktschnecken“**

„Sehr geehrtes  
 Redaktions-Team,

Sie fügen Ihrem Beitrag bezüglich Nacktschnecken-Verordnung ein Foto des extrem selten gewordenen Tigerschneegels hinzu. Diese Spezies wird mittlerweile sogar gezüchtet und als Jäger der roten Nacktschnecken eingesetzt. Ich erwarte mir von Ihnen eine Richtigstellung und hoffe, dass in Ihrem Medium in Zukunft sorgfältiger recherchiert und lektoriert wird.“

**Ingrid Kainzner,**  
 per E-Mail

„Ihr habt ein Foto eines sehr nützlichen Tigerschneegels als Nacktschnecken-Foto.“

**Florian Klenk,** Chefredakteur des „Falter“, per E-Mail



Liebe Leserinnen und  
 Leser, bitte verzeihen Sie  
 unseren Missgriff in der  
 Bildauswahl. Wir gelo-  
 ben Besserung.  
 Ihre Redaktion



WIR MÜSSEN ZUERST  
 FESTLEGEN, WAS WIR ÜBER-  
 HAUPT UNTER BODEN-  
 VERBRAUCH VERSTEHEN,  
 UND IM NÄCHSTEN SCHRITT  
**FESTLEGEN, WELCHE  
 ZIELE WIR VERFOLGEN  
 WOLLEN.“**

sprechen wir von tatsächlicher Bebauung? Stellt eine Widmung für einen Stadtpark, einen Sportplatz oder den viel zitierten Golfplatz bereits einen Bodenverbrauch dar? Und welche Rolle spielt das allseits beliebte Einfamilienhaus mit Garten, bei dem die Regenwässer entweder über eine Zisterne gesammelt und zur Bewässerung genutzt werden oder in einem Sickerschacht zur Versickerung gebracht werden? Um diese Fragen zu beantworten gilt es vorweg abzuklären, warum wir überhaupt gegen Bodenverbrauch sind.

Geht es darum, Grund und Boden für die landwirtschaftliche Produktion zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit zu erhalten? Oder geht es darum, unsere Landschaft zu erhalten, um Biodiversität und Artenschutz zu ermöglichen oder das Absinken des Grundwasserspiegels durch Hintanhaltung der Versiegelung zu stoppen? Gleichzeitig gibt es auch andere wichtige Ziele, wie leistbares Wohnen zu ermöglichen oder erneuerbare Energieträger zu installieren.

**All diese Ziele lassen sich nicht gleichzeitig realisieren.** Vielmehr widersprechen sie einander. Wie verträgt sich die Intensivlandwirtschaft mit Biodiversität und Artenschutz? Ist die Gewährleistung der Ernährungssicherheit wichtiger als der Artenschutz? Und wie verhält es sich mit dem durch den Ukraine-Krieg notwendigerweise beschleunigten Ausstieg aus fossilen Energieträgern und der Schaffung neuer Produktionskapazitäten mit Wasserkraft? Können bzw. sollen wir auf das Ausbaupotenzial bei erneuerbaren Energieträgern verzichten, um dem Landschafts- und Naturschutz Rechnung zu tragen? Können wir es uns – angesichts des Ukraine-Kriegs und des drohenden Lieferstopps von Gas und Erdöl – überhaupt noch leisten, langwierige

Genehmigungsverfahren für diverse Anlagen durchzuführen oder darauf zu verzichten? Ist die Versiegelung durch Einfamilienhäuser wirklich so negativ für den Grundwasserspiegel, wenn doch sämtliche Niederschlagswässer wieder versickert werden? Hier wird es alsbald eine Priorisierung geben müssen, weil wir sonst vor ganz anderen Problemen stehen werden. Die Dramatik scheint vielen noch nicht ganz bewusst zu sein.

Dem Ziel, leistbaren Wohnraum zu schaffen, wird man angesichts von Baukostensteigerungen von 40 Prozent durch reine Bodenpolitik nicht näherkommen. Ebenso wenig wird Bodenpolitik die Geldmarktpolitik Europas und der ganzen Welt beeinflussen. Die Zeit des günstigen Geldes scheint zwar bald vorüber zu sein (Flucht in Betongold), ob es bei steigenden Zinsen günstiger wird, Wohnraum zu schaffen, würde ich bezweifeln. Wie die Märkte auf eine Verknappung von Gütern reagieren, wissen wir. Üblicherweise hat dies steigende Preise zur Folge. Vom WIFO-Experten Michael Klien wird dazu angemerkt, dass nur durch den Neubau von Wohnungen, also eine Erhöhung des Angebots, eine Preisdämpfung erreicht werden kann. Der Neubau von Wohnungen bringt aber zwangsläufig einen Bodenverbrauch.

Das bedeutet, dass wir zuerst festlegen müssen, was wir überhaupt unter Bodenverbrauch verstehen, und im nächsten Schritt festlegen, welche Ziele – die alle ihre Berechtigung haben – wir verfolgen wollen. Erst dann können wir festlegen, wie wir ein Monitoringsystem implementieren können. Bei dem, was auf uns zukommt, steht aber schon jetzt fest, dass es auch in Zukunft zu einem Bodenverbrauch kommen wird. Und ob wir bei den gegenwärtigen Herausforderungen nicht auch das 2,5-Hektar-Ziel revidieren müssen, wird sich weisen. ❋

HOFRAT DR. WALTER LEISS  
 ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

## ANGESAGT

DAS WORT HAT ...



## TIROLS

## „VORBEHALTSGEMEINDEN“

148 Tiroler Gemeinden sollen als Vorbehaltsgemeinden ausgewiesen werden. Dort sollen Wohnraum und Bauland jenen vorbehalten werden, die ganzjährig in der Gemeinde wohnen. Die Verordnung geht nach einem Beitrag auf ORF-Tirol nun in die Begutachtung. In ausgewiesenen Vorbehaltsgemeinden muss künftig bei jedem Rechtsgeschäft im Bauland-Grundverkehr schriftlich erklärt werden, dass kein neuer Freizeitwohnsitz geschaffen wird. Wird eine Immobilie trotzdem als illegaler Freizeitwohnsitz genutzt, bietet neben dem Raumordnungsgesetz nun auch das Tiroler Grundverkehrsgesetz die Möglichkeit für Sanktionen, hieß es in einer Aussendung. Die Liste der Vorbehaltsgemeinden könne noch erweitert werden. Gemeinden, die derzeit nicht enthalten sind, die aber ebenfalls einen besonderen Druck auf den Wohnungsmarkt verzeichnen, können sich im Zuge der Begutachtung einbringen, so der zuständige Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler.

» Da ein generelles Verbot von Freizeitwohnsitzen nicht möglich ist, ziehen wir mit dieser Verordnung im Grundverkehr **eine weitere Schraube an, um den Wohnungsmarkt zu entlasten**, indem wir illegalen Freizeitwohnsitzen entgegenwirken.“

Tirols Landeshauptmann-Stellvertreter **Josef Geisler**

QUELLE // <https://tirol.orf.at/stories/3156773/>

## INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

## GRENOBLE // Burkinis in öffentlichen Bädern

In Grenoble stimmten die Stadträte Mitte Mai über das Tragen von Burkinis in staatlichen Schwimmbädern ab. Mit 29 Ja-Stimmen konnte Bürgermeister Eric Piolle (Bild rechts) sein Anliegen durchbringen und das Burkini-Verbot aufheben. Das knappe Ergebnis spaltet den Gemeinderat der französischen Alpenstadt, denn damit wären in den öffentlichen Bädern der Stadt künftig auch Burkinis sowie das Schwimmen mit nackter Brust für alle erlaubt gewesen. Aber nur Tage später hat ein Verwaltungsgericht die Erlaubnis auf Betreiben der Regierung gekippt. Die Richter sahen durch die Burkini-Regelung „den Grundsatz der Neutralität“ verletzt. Innenminister Gérald Darmanin sprach von „ausgezeichneten Neuigkeiten“.

» <https://orf.at/stories/3266465/>



## MOSKAU // Automarke Moskwitsch soll wieder zurückkommen

**Der französische Autobauer Renault stellt seine Aktivitäten in Russland wegen des Kriegs in der Ukraine komplett ein und gibt alle Unternehmensbeteiligungen ab. Wie der Konzern mitteilte, verkauft Renault sämtliche Anteile an Renault Russland an die Stadt Moskau und seinen Anteil am Hersteller Avtovaz an das Zentralinstitut zur Förderung von Automobil- und Motorenbau (Nami).** Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin kündigte an, dass das sowjetische Kultauto Moskwitsch (russisch für „der Moskauer“) künftig wieder produziert werden solle. Moskwitsch-Autos wurden in der

Sowjetunion und später auch mit Teilen aus der DDR hergestellt, sie galten als robuste und erschwingliche Privatautos. Zur Entscheidung von Renault sagte Sobjanin: „Das ist ihr Recht, aber wir können nicht zulassen, dass ein Kollektiv mit vielen Tausend Arbeitern ohne Beschäftigung bleibt.“ Deshalb sei beschlossen worden, das Werk zu übernehmen und die Produktion von Pkws unter der „historischen Marke Moskwitsch“ neu zu starten. Es werde versucht, den Großteil der Arbeitsplätze zu erhalten.

» [www.derstandard.at](http://www.derstandard.at)



## ROM // Bürgermeister versucht im Müllchaos das Unmögliche

**Roberto Gualtieri will eine Verbrennungsanlage bauen lassen. Es wäre die erste in der größten Stadt Italiens – denn bisher war der Bau solcher Öfen ein Tabu, nicht nur in Rom.**

Das wichtigste Wahlversprechen des Sozialdemokraten Gualtieri (er wurde im vergangenen Oktober gewählt) war,



die italienische Hauptstadt ein für allemal von den allgegenwärtigen Müllhaufen zu befreien. Nun hat er laut einem Bericht im „Standard“ den Bau einer Verbrennungsanlage angekündigt, obwohl diese Anlagen vielen Italienern wegen ihrer Abgase als todbringendes Teufelswerk gelten.

[www.derstandard.at](http://www.derstandard.at)

### BÜRGERMEISTERINNEN IN ROM

Mehrere Südtiroler Bürgermeisterinnen haben kürzlich die SVP-Abgeordneten in Rom besucht und gemeinsam aktuelle Themen beleuchtet.

„Die Bürgermeisterinnen aus Südtirol haben staatliche Gesetzesvorschläge wie den ‚Family Act‘ und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen erörtert. Und wir haben auch über jene Maßnahmen gesprochen, die die Präsenz von Frauen in den politischen Institutionen erhöhen könnten“, so SVP-Senatorin Julia Unterberger nach dem Treffen.

Frauen an der Spitze von Gemeinden spielen eine entscheidende Rolle, um die Chancengleichheit durchzusetzen, ist die Vorsitzende der Autonomiegruppe im Senat überzeugt. „Ich bin froh, dass es in Südtirol so viele Bürgermeisterinnen gibt, die sich dessen bewusst sind und sich dafür einsetzen. Ihr diesbezüglicher Beitrag ist sehr wichtig.“

## Ich Sorge für Meinungsvielfalt.

Wolfgang H., Landwirt, Seewinkel (Bgld.)

Mein Beitrag zahlt sich aus.

Vielfältige statt einseitiger Berichterstattung. Dieses wertvolle Gut hält der ORF tagtäglich hoch. Wir sagen Danke, dass Sie mit Ihrem Beitrag der Meinungsvielfalt im öffentlich-rechtlichem Rundfunk einen Raum geben.

Jetzt informieren:  
[www.gis.at](http://www.gis.at)

## DISKUSSION

DIE KRUX MIT DEM STROMVERBRAUCH – VON HELMUT REINDL



## Müssen wir unsere Mobilität einschränken?

Laut österreichischem Mobilitätsmasterplan sollen im Jahr 2040 fast alle Autos elektrisch betrieben werden.

Das erscheint auf den ersten Blick sinnvoll, denn Elektrofahrzeuge haben einen Wirkungsgrad von bis zu 80 Prozent, während klassische Benzin- oder Dieselautos auf nur 25 bis 30 Prozent kommen. Wenn also genug Strom zur Verfügung steht, kann er in Elektroautos überaus effizient genutzt werden. Allerdings sollte der Strom natürlich nicht aus Kohle, Gas oder Öl gewonnen werden.

Um im Verkehr Klimaneutralität zu erreichen, wären 30 Terawattstunden an zusätzlicher erneuerbarer Energie nötig. Das entspricht rund 6.000 zusätzlichen Windrädern oder 15 Laufkraftwerken in der Dimension

des größten derartigen Kraftwerks im niederösterreichischen Altenwörth. Wo die zur Stromproduktion nötigen Wasserkraftwerke, Photovoltaikanlagen und Windparks errichtet werden sollen, ist aber nicht klar. Zumal es gegen jede dieser Formen der Energieerzeugung Widerstände gibt – zuletzt gegen den Bau von Windrädern in den westlichen Bundesländern.

Aber das ist nicht der einzige Haken an der Elektromobilität: Der Elektroautohersteller Tesla hat nahe Berlin ein neues Werk errichtet. Für die Batterieproduktion sollen jährlich bis zu 3,5 Millionen Kubikmeter Wasser benötigt werden. Gut 372 Kubikmeter

Wasser pro Stunde also – und das nur in der ersten Ausbaustufe des Werks. In der Region wird befürchtet, dass es durch die Tesla-Produktion in Brandenburg zu Wasserknappheit kommen könnte. „Die Trinkwasserversorgung wird geopfert auf dem Gabentisch der Wirtschaftspolitik“, so André Bähler, Chef des regionalen Wasserverbundes, im ZDF. Tesla will jetzt in aller Eile eine Technologie erfunden haben, bei der nur 1,42 Millionen Kubikmeter Wasser benötigt werden – die Skepsis der Bevölkerung bleibt aber.

Es gibt also gute Gründe, dem Hype um E-Autos skeptisch gegenüberzustellen.



## Ein Markenzeichen Österreichs: SICHERE GASVERSORGUNG

DIE ÖVGW ZERTIFIZIERUNG IN DER GASVERSORGUNG:

Gas-Brennwertgeräte • Leitungs- und Rohrsysteme  
Armaturen • Regel- und Sicherheitseinrichtungen



ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG  
FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH

[www.ovgw.at](http://www.ovgw.at)

Die von der österreichischen Bundesregierung forcierte Entwicklung von Motoren mit Wasserstoffantrieb ist zumindest kurz- bis mittelfristig keine Alternative. Ein Wasserstoffauto ist im Prinzip nichts anderes als ein Elektroauto, bei dem der Strom an Bord produziert wird. Derzeit wird Wasserstoff aber hauptsächlich aus Erdgas hergestellt. So werden etwa die wenigen Wasserstoff-Tankstellen von der OMV betrieben – und die gewinnt den Wasserstoff nicht aus Solarstrom und Wasser, sondern eben aus Erdgas. Nicht erst seit der russischen Aggressionspolitik keine Energieform, auf die man langfristig setzen sollte.

Egal wie man es dreht und wendet, Automobile brauchen Energie – und die kommt nun einmal hauptsächlich aus nicht erneuerbaren Quellen. Man wird

daher nicht umhinkommen, Mobilität zu reduzieren.

Der Regisseur und Sozialwissenschaftler Klaus Gietinger stellt dazu eine interessante Rechnung auf: In der Zwischenkriegszeit legte ein Mensch im Jahr etwa 3.000 Kilometer zurück. Heute sind es rund 14.000 Kilometer. Wenn es gelänge, diese Zahl zu halbieren, dann wäre viel gewonnen und wir wären trotzdem noch mehr als doppelt so viel unterwegs wie unsere Urgroßeltern.

Was bedeutet das aber für den ländlichen Raum, wo die Wege, die zu Arbeitsplatz, Schule oder Nahversorger zurückgelegt werden müssen, weiter sind als in der Stadt? Gefordert sind vor allem kompakte Siedlungsstrukturen, denn der Trend zum Einfamilienhaus geht Hand in Hand mit der Entwicklung von Strukturen, die längere Wege

erzeugen. Dadurch wird aber die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr erhöht, der öffentliche Verkehr wird unweigerlich ausgedünnt. Kompakte Siedlungsstrukturen entlang der Bahnachsen würden dagegen helfen, die Abhängigkeit vom Pkw einzudämmen und den öffentlichen Verkehr zu forcieren.

Egal ob es um Carsharing, den Ausbau des Radverkehrs oder Gemeindebusse geht – landauf, landab haben Gemeinden viele Ideen entwickelt, um die umweltfreundliche Mobilität ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern – die wirklich wichtigen Weichenstellungen müssen aber auf höherer Ebene erfolgen. 

Helmut Reindl ist Redakteur bei KOMMUNAL  
@ [helmut.reindl@kommunal.at](mailto:helmut.reindl@kommunal.at)

**Ihre Landesbank für  
ganz Österreich!**

[www.hyponoe.at](http://www.hyponoe.at)

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, 3100 St. Pölten, Stand 11/2021, Werbung

## KINDERGARTEN. VOLKSSCHULE. LANDESBANK. FEUERWEHRHAUS. RATHAUS.

**Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive.**

Effektive und budgetschonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert – für Gemeinden in ganz Österreich. Ihr Ansprechpartner:

**Leiter Öffentliche Finanzierungen**  
**Dr. Christian Koch: 05 90 910**  
**[christian.koch@hyponoe.at](mailto:christian.koch@hyponoe.at)**

 **HYPO NOE**

**G TAG**  
2022 | oö

WWW.GEMEINDETAG.AT



Die Kommunalmesse und der Gemeindegtag bieten Ihnen unzählige Möglichkeiten: Lernen Sie neue Chancen für Ihre Gemeinde kennen und erleben Sie spannende Unterhaltung. Netzwerken Sie mit 2.500 gleichgesinnten Gestalter und 237 Aussteller, denen unsere Gemeinden so wichtig sind wie Ihnen. Nutzen Sie das umfangreiche Programm, vom Expertentalk bis zum Heurigen, von der Fachtagung bis zum Galaabend.



# KOMMUNAL MESSE 2022

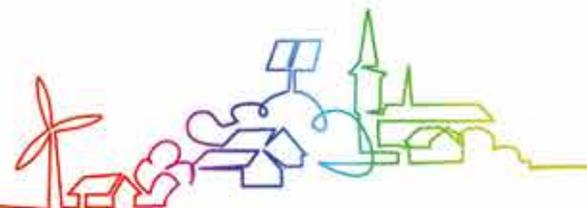
29./30. JUNI 2022 | MESSE WELS  
WWW.DIEKOMMUNALMESSE.AT

## GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE, 29. & 30 JUNI 2022:



### KNOW HOW FÜR GESTALTER

- > Zusätzlich zu den Programmpunkten gibt es:
- > Expertentalks zu Sicherheit und Nachhaltigkeit und zum Thema Gemeindefinanzen;
- > Workshops von renommierten Firmen wie der Uniqa, Saubermacher oder Fonatsch zu Themen wie "Parken per App", "autonomes Fahren", oder auch "Resilienz", die Ihnen helfen wird, Ihre innere Widerstandskraft gegen Stress stärken zu können.



UNSERE GEMEINDEN.  
**GESTALTER DER LEBENSÄÄUME**  
REGIONAL. DIGITAL. INNOVATIV.



## DAS PROGRAMM

### GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE 2022:

#### MITTWOCH, 29.06.2022

**09.00 bis 17.00 Uhr** Kommunalmesse,  
Halle 20 und Freigelände, Messe Wels

**09.30 Uhr** Eröffnung 68. Österreichischer  
Gemeindetag & Kommunalmesse mit  
anschließendem Messerundgang.  
Halle 21 AB, Messe Wels

**13.00 Uhr** Expertentalk „Sicherheit &  
Nachhaltigkeit“, Halle 21 AB, Messe Wels

**15.00 Uhr** Fachtagung der leitenden  
Amtsleiter Österreichs.  
Halle 21 AB, Messe Wels

**17.30 bis 21.00 Uhr** Heuriger des  
68. Österreichischen Gemeindetages.  
Halle 21 AB, Messe Wels

#### DONNERSTAG, 30.06.2022

**09.00 bis 17.00 Uhr** Kommunalmesse,  
Halle 20 und Freigelände, Messe Wels

**10.00 bis 12.00 Uhr** Haupttagung des  
68. Österreichischen Gemeindetages,  
Halle 21 AB, Messe Wels mit  
anschließendem Messerundgang

**14.00 Uhr** Expertentalk „Gemeinde-  
finanzen“, Halle 21 AB, Messe Wels

**18.30 Uhr** Galaabend des  
68. Österreichischen Gemeindetages,  
Kultur & Kulinarik aus Oberösterreich,  
Halle 21 CD, Messe Wels

#### FREITAG, 01.07.2022

**Oberösterreichtag:** Ausflüge zu den  
schönsten Plätzen Oberösterreichs!  
Infos in Kürze.

### INFOS

> Zusätzlich zu den Programm-  
punkten wird es viele weitere tolle  
Angebote geben. Unter anderem  
finden Sie auf der Kommunalmesse  
wieder die beliebten "Brennpunkt"-  
Veranstaltungen zu wichtigen Themen  
der Gemeindepolitik.

> **WICHTIG:** Für die Kommunalmesse  
ist keine Anmeldung erforderlich, für  
den Gemeindetag hingegen schon.  
Anmelden können Sie sich unter  
[www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at).

> Die Teilnahme an der Kommunal-  
messe ist kostenlos!

> Etwaige Coronaregeln werden  
zeitgerecht bekannt gegeben.

**GESTALTER VERPASSEN NICHTS!**  
MELDEN SIE SICH JETZT AN FÜR DEN  
GEMEINDETAG AUF [WWW.GEMEINDETAG.AT](http://WWW.GEMEINDETAG.AT)



GEMEINDEBUND TRIFFT UKRAINISCHEN GEMEINDEMINISTER

## Direkte Hilfen für ukrainische Gemeinden

Auf Vermittlung des ukrainischen Botschafters Vasyl Khymynets traf Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl am 20. Mai den ukrainischen Minister für Gemeinden und regionale Entwicklung Oleksiy Chernyshov in der ukrainischen Botschaft in Wien. Im Fokus des Treffens stand der Austausch über die aktuellen Entwicklungen und die österreichischen kommunalen Initiativen zur Unterstützung der Gemeinden und Städte in der Ukraine.

So sollen etwa nicht mehr benötigte Fahrzeuge und Geräte aus österreichischen Kommunen den Wiederaufbau in der Ukraine unterstützen. Außerdem wollen Städtebund und Gemeindebund die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister motivieren, Gemeinde- und Städtepartnerschaften mit den ukrainischen Kommunen zu planen und zu organisieren,

damit die gemeinsame grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zukunft auch einen wichtigen Beitrag für mehr Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent leistet.

Minister Chernyshov nutzte die Gelegenheit, um den österreichischen Gemeinden und Städten im Namen der ukrainischen Regierung für ihren Einsatz für die Vertriebenen in Österreich,

aber auch für die vielen Hilfslieferungen in die Ukraine zu danken. „Die Schäden des Krieges sind enorm. Umso mehr sind wir froh über die internationale Solidarität und die Bereitschaft der österreichischen Gemeinden und Städte, uns mit Geräten und Fahrzeugen zu unterstützen. Auch das Ziel der Gemeinde- und Städtepartnerschaften ist für uns ein wichtiger Beitrag, dauerhaften Frieden, Sicherheit und auch Stabilität in die Ukraine zu bringen“, erklärt Chernyshov. Die österreichischen Kommunen haben gemeinsam mit unzähligen Freiwilligen mehr als 65.000 Vertriebene aus der Ukraine aufgenommen. „Die Hilfsbereitschaft in unseren Gemeinden und Städten ist ungebrochen hoch. Neben der direkten Hilfe für die Menschen wurden auch bereits unzählige Tonnen Hilfsgüter in die Ukraine geliefert“, so Riedl.

Mehr auf [gemeindebund.at](http://gemeindebund.at)

FOTO // Gemeindebund

**Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, der ukrainische Gemeindevizepräsident Oleksiy Chernyshov und Botschafter Vasyl Khymynets.**



**INSOLVENZVERTRETUNG**  
**FORDERUNGSMANAGEMENT**  
**WIRTSCHAFTSAUSKÜNFTE**  
**TREUHAND**  
**BERATUNG**

**akv** **EUROPA**  
**ALPENLÄNDISCHER KREDITORENVERBAND**

**Auf Kompetenz Vertrauen...**



// Telefon: 05 04 1000

// [www.akv.at](http://www.akv.at)

# KOMMUNAL THEMA

## KLIMAWANDEL UND DIE GEMEINDEN

Wie der Klimawandel  
gehen könnte und was  
die Stolpersteine sind



„EIN WINDRAD,  
ABER NICHT BEI MIR‘:  
DAS GEHT SICH  
NICHT MEHR AUS“

Klimaministerin Leonore Gewessler ist die wichtigste Protagonistin des „Sprungs aus dem fossilen Zeitalter“ in Österreich. In ihrem Ministerium laufen die Fäden zusammen, sie „stellt die Weichen“ – beispielsweise mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz. Umsetzen müssen es Länder und vor allem Gemeinden. Doch bei der Umsetzung gibt es Verzögerungen. Mit KOMMUNAL sprach Ministerin Gewessler trotz Corona-Erkrankung über „Gos“ und „No-Gos“ bei der Energiewende.

#### **Frau Minister, die Energiewende ist seit Langem Thema. Wo steht Österreich gesamt gesehen auf diesem Weg?**

Mit der Energiewende machen wir unser Energiesystem klimafreundlich – sie wird einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Österreich bis 2040 klimaneutral ist. Gleichzeitig machen wir uns mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien aus Wind, Wasser, Sonnenkraft und Biomasse unabhängig von russischem Erdöl und Erdgas. Denn Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik. Wir sind derzeit auf einem guten Weg. Alleine im Stromsektor gewinnen wir schon 78,2 Prozent aus den erneuerbaren Energien. Heuer werden wir die Windkraft um 427 Megawatt ausbauen. Das ist so viel wie nie zuvor. Seit meinem Amtsantritt haben wir auch die Photovoltaikförderung verdreizehnfacht. Und wir sehen, die Menschen wollen einen Beitrag zur Energiewende leisten, denn die Förderung boomt, wir haben Rekordeinreichungen. Klar ist: Die Energiewende ist ein Kraftakt, der uns nur gemeinsam gelingen wird. Hier braucht es den Bund, die Länder und die Gemeinden und am Ende jede und jeden Einzelnen von uns.

**Schon vor Putins Angriff auf die Ukraine haben sich etliche Probleme aufgetan, vor allem bei der Stromleitungsinfrastruktur, aber seither sind die Schwierigkeiten noch mal gestiegen. In Ihrer Videobotschaft für die Teilnehmer am [Kommunalwirtschaftsforum](#) (siehe Link auf der Folgeseite) meinten Sie, dass wir „einen Weg aus der Falle mit Österreichs Energieabhängigkeit“ finden müssen. Haben wir schon einen Weg?**

Der abscheuliche Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, wie dringend wir die Energiewende in Österreich brauchen. Sie ist eine zentrale Säule



FOTO // Cajetan Perwein/BMK



Alleine im Stromsektor gewinnen wir schon **78,2 Prozent aus den Erneuerbaren Energien.**“

**Leonore Gewessler**

für den Klimaschutz, sie befreit uns aus unserer toxischen Abhängigkeit von Russland und sie ist gut für die heimische Wirtschaft. Der Weg aus der Abhängigkeit hat viele Rädchen, die gemeinsam zusammenwirken. Lassen Sie mich hier die wichtigsten Punkte ausführen:

Erstens: Wir werden Gas sparen – denn je weniger Gas wir verbrauchen, umso besser. Ein wichtiger Beitrag dazu ist beispielsweise der Heizkesseltausch. Jede und jeder, der oder die seine bzw. ihre alte Gastherme oder Ölheizung gegen eine klimafreundliche Alternative tauscht, spart Gas. Wir fördern den Heizungstausch auch mit 7.500 Euro, und Menschen mit besonders geringem Einkommen unterstützen wir mit bis zu 100 Prozent. »



LINK ZUM KWF 2022

[kommunal.at/  
kommunalwirtschaftsforum-2022](http://kommunal.at/kommunalwirtschaftsforum-2022)

Auf dieser Website finden Sie alle Berichte vom Kommunalwirtschaftsforum 2022 in St. Veit an der Glan

Zweitens: Wir werden selbst mehr Gas produzieren, also etwa grünes Gas und grünen Wasserstoff. Das werden wir dann dort einsetzen, wo wir noch keine besseren Alternativen haben. In der Industrie oder im Schwerverkehr zum Beispiel. Und drittens: Wir werden neue Lieferländer für Gas auf tun. Da gibt es Potenzial in Norwegen, dort hat die OMV bereits Gasfelder. Aber auch LNG über Deutschland und Italien ist eine Option. Ebenso werden wir uns auch am gemeinsamen Einkauf von nicht-russischem Gas der EU beteiligen. Wir unterstützen darüber hinaus als Bundesregierung auch Unternehmen dabei, Gas aus anderen Ländern zu beziehen. Auf unserer Seite haben wir da auch die strategische Gasreserve vergrößert und diese soll aus anderen Quellen als russischen gespeist werden. Denn, das ist leider die bittere Wahrheit, ein kompletter Ausstieg aus fossilem Erdgas wird uns nicht von heute auf morgen gelingen. Das alles ist ein Kraftakt - und wir werden auch die Gemeinden dazu brauchen. Jedes Windrad, das wir aufstellen, ist ein Baustein auf diesem Weg, denn es bedeutet weniger Gas in der Stromversorgung. Dafür brauchen wir rasch Flächen in den Gemeinden. Jedes Windrad hilft auch mittelfristig, denn Klimaneutralität heißt, dass wir komplett aus fossilem Erdgas aussteigen werden. Und zwar, indem wir auf die erneuer-

baren Energien setzen. Sie sind gut fürs Klima, befreien uns aus unserer Abhängigkeit von russischem Erdgas und kurbeln die regionale Wirtschaft an.

**Die Gemeinden sind wichtige Partner bei der Energiewende, haben aber mit vielen, teils massiven Problemen zu kämpfen. Die Versorgung der Ukraine-Flüchtling ist das Wenigste, viel mehr beschäftigen die Gemeinden Umsetzungsprobleme mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz. Bürgerinitiativen und teils Landesgesetze (Vorarlberg) hemmen oft den Ausbau von Windenergie. Was tun Sie in diesem Bereich? Was können Sie tun?**

Damit uns der Ausbau der Windenergie gelingt, braucht es Bund, Land und Gemeinden. Wir haben mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz den rechtlichen Rahmen geschaffen und die Förderungen bereitgestellt. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Umweltverträglichkeitsprüfungen effizienter zu machen. Die Raumordnung liegt im Verantwortungsbereich von Ländern und Gemeinden. Es liegt an ihnen, die geeigneten Zonen für den Ausbau der Windkraft zu definieren. „Ein Windrad, aber nicht bei mir“, das geht sich einfach nicht mehr aus. Denn jede und jeder, der jetzt noch blockiert, macht sich mitschuldig an unserer Abhängigkeit von russischem Gas.

**Der Gasbedarf der Wirtschaft (oder beispielsweise auch für die Fernwärmeerzeugung) ist riesig. Wie realistisch ist ein rascher Umstieg auf erneuerbare Energien für Wirtschaft oder Industrie? Sollen die auf Geothermie umsteigen?**

Die Industrie steht hier vor großen Herausforderungen - Prozesswärme im Hochtemperaturbereich braucht weitgehend gasförmige Energieträger, aber auch als chemischer Rohstoff sind gasförmige Energieträger oft nötig. Im Bereich unter 200 °C geht natürlich auch in der Industrie viel mit Wärmepumpen, natürlich auch Geothermie oder auch über viele biogene Quellen. Aber wir werden in der Industrie auch zukünftig noch Gas brauchen. Aber eben Biogas oder grünen Wasserstoff. Dafür gibt es beispielsweise bereits Förderungen und wir arbeiten an der Erweiterung, zum Beispiel mit dem Transformationsfonds.

**Die steuerliche Behandlung von „kleinen“ alternativen Energieerzeugern wie Gemeinden ist ebenfalls ein Hemmschuh - wie könnte das entbürokratisiert werden?**



Energiegemeinschaften gibt es jetzt seit nicht einmal einem Jahr – **da wird es auch Punkte geben, die wir noch einmal überarbeiten.“**

Leonore Gewessler



Die Raumordnung liegt im Verantwortungsbereich von Ländern und Gemeinden. **Es liegt an ihnen, die geeigneten Zonen für den Ausbau der Windkraft zu definieren.“**

Energiegemeinschaften sind etwas vollkommen Neues, mit dem wir europaweit ein Vorzeigeprojekt geschaffen haben. Um die Entwicklung zu vereinfachen, haben wir gemeinsam mit den Bundesländern eine Koordinierungsstelle beim Klima- und Energiefonds geschaffen, die den Zugang zu Energiegemeinschaften erleichtert. Die Koordinierungsstelle erarbeitet Leitfäden und Musterverträge und bietet Beratungen an. Auch rechtliche und technische Probleme werden dort gelöst. Die Koordinierungsstelle war auch in die Erstellung des ersten Förderprogramms für Energiegemeinschaften eingebunden. Aber natürlich, Energiegemeinschaften gibt es jetzt seit nicht einmal einem Jahr – da wird es auch Punkte geben, die wir noch einmal überarbeiten. Für die steuerliche Behandlung sind wir auch im Austausch mit dem Finanzministerium, in dessen Zuständigkeitsbereich diese fällt.

**Ein Umstieg auf alternative Heizungen bringt meistens einen Rattenschwanz an weiteren Investitionen für jeden – Heizkörper, Hausleitungen, Speicher, Dämmung usw.! Und es stellt**

**sich zusätzlich die Frage, ob dieser Umstieg wirklich schnell machbar ist, wenn man sich die Verfügbarkeit und die Preise für Module, Installation etc. ansieht. Das ist trotz Förderung für viele Private kaum leistbar. Luft-Wärme-Pumpen sind derzeit (Mitte Mai, Anm. d. Red.) praktisch ausverkauft bzw. ist das benötigte Installationsmaterial nicht lieferbar – das passt auch nicht zusammen.**

Wir erleben gerade eine sehr große Nachfrage nach unserer Förderung eines Heizkessel- oder Gasthermentausches. Wir unterstützen mit 7.500 Euro, dazu kommen je nach Bundesland noch weitere Förderungen. Ich habe größtes Verständnis dafür, dass eine Knappheit von Material und längere Wartezeiten sehr frustrierend sind. Gleichzeitig zeigt das aber auch: Die Menschen wollen ihren Beitrag zur Energiewende leisten und sind bereit, ihre Heizungen zu tauschen. Gleichzeitig kurbelt das auch die heimische Wirtschaft an. Ich war erst vor Kurzem bei einem PelletsheizungsHersteller in Oberösterreich – er hat seine Produktion bereits verdoppelt und wird sie noch einmal erweitern, sodass sie am Ende verdreifacht wurde. Das schafft nicht nur mehr Angebot für Heizungstauschwillige, sondern auch wichtige Arbeitsplätze in der Region. In der Energiewende liegt eine große Chance.

**Als ein weiteres größeres Problem kristallisiert sich immer mehr die Frage der Leitungen zu den Hauptstromleitungen heraus. Vielerorts sind diese viel zu schwach für die mögliche Energie, die mit großen PV-Anlagen etwa auf Dächern von Bauernhöfen und deren Ställen erzeugt werden könnte. Gerhard Christiner von der APG meint im KOMMUNAL-Gespräch für diese Ausgabe, dass in den kommenden zehn Jahren in Summe 18 Milliarden Euro in die Leitungen investiert werden müssen. De facto haben wir diese zehn Jahre aber nicht.**

Das kann man so nicht sagen. Ein großer Teil dieser Investitionen fließt ja in das Bestandsnetz. Man darf nicht unterschätzen: Wir haben in Österreich fast 250.000 Kilometer Stromleitungen. Das muss erneuert, gewartet und betrieben werden. Dann kommt ein Teil dazu, den wir brauchen, um im internationalen Austausch zu sein, das wird derzeit vorangetrieben. So wird ja beispielsweise die Salzburgleitung gebaut. Und natürlich bringt auch die Energiewende einen Umbaubedarf mit sich. Da die Ziele und vor allem auch die technische Notwendigkeit ja schon lange bekannt sind, gehe ich auch davon »»

aus, dass die Netzbetreiber ja schon voll in der Umsetzung sind und nicht von null starten. Das erlebe ich im Übrigen auch vielfach so.

**Das Thema Blackout spielt hier auch mit. Gemeinden sollen Vorsorge treffen, müssen dazu aber Diesel- und Benzinvorräte für Notstromaggregate anlegen. Das ist auch nicht wirklich im Sinne der Energiewende, oder?**

Wie wir aktuell sehen, ist es gut, wenn wir uns auf Krisen bestmöglich vorbereiten. Für die Klimakrise ist das leider etwas schwieriger – da können wir versuchen, uns anzupassen, aber wir müssen vor allem Maßnahmen ergreifen, um sie zu verhindern. Da ist das Einlagern von Diesel für den Notfall weniger ein Problem als die großflächige Verwendung für unsere Mobilität. Denn da haben wir schon bessere Alternativen. Der Umstieg auf die Öffis, mehr Radfahren und Zufußgehen oder die Nutzung eines E-Autos bringen viele Vorteile. Fürs Klima, aber auch für unsere Lebensqualität. Da können die Gemeinden viel beitragen, Stichwort sichere Radinfrastruktur.

**Auch die Mobilität ist so ein Bereich. Alle sollen auf Öffis usw. umsteigen, aber im Radio kommen immer öfter Meldungen über Züge, die Leute mit Fahrkarten rauswerfen, weil die nicht zusätzlich auch Sitzplätze gekauft haben. Warum werden nicht einfach ein paar Wagons mehr angehängt – immerhin hängen die Bahnbetreiber ja auch an Staatsgeld?**

Wir haben in Österreich ein offenes System im Zugang zum öffentlichen Verkehr, d. h., Tickets sind in den meisten Fällen nicht an einen bestimmten Zug gebunden. Der Vorteil für die Fahrgäste in unserem offenen System liegt darin, dass man flexibel ist und sich spontan für den passenden Zug entscheiden kann. Gerade rund um die Feiertage tun die ÖBB ihr Möglichstes, um zusätzliche Sitzplatzkapazitäten anzubieten, und setzen auch zusätzliche Verstärkerzüge ein. Dem sind aber natürliche Grenzen gesetzt. Die Züge dürfen nicht länger als die Bahnsteige sein und es gibt auch nur eine bestimmte Anzahl von Zügen, die auf derselben Strecke unterwegs sein können. Die ÖBB informieren deshalb gerade vor sehr reiseintensiven Tagen wie zum Beispiel dem Pfingstwochenende und appellieren an die Reisenden, Sitzplätze zu reservieren.

**Generell müssten wir ja auch unsere Mobilität als Ganzes überdenken: Vor einer oder zwei**



FOTO // Cajetan Perwein/BMK

**Wichtig ist, dass wir unser Mobilitätsverhalten grundsätzlich überdenken.** Darum bauen wir mit einem Rekordbudget von 18,2 Milliarden Euro den öffentlichen Verkehr aus.“

**Leonore Gewessler**

**Generationen sind wir rund 6.000 Kilometer im Jahr „gefahren“, heute sind es 14.000. Das wird sich mit Rad oder E-Autos (Strombedarf) nicht bewerkstelligen lassen. Wie würden Sie das argumentieren?**

Im Mobilitätsmasterplan haben wir uns angesehen, wie wir unsere Mobilität verändern müssen, damit wir 2040 klimaneutral sind. Ja, wir werden auch in Zukunft noch Auto fahren, aber wir werden es eben mit klimafreundlicheren E-Autos tun. Das Schöne ist, E-Autos sind im Energiebedarf viel effizienter als der Diesel und der Benziner. Wichtig ist aber, dass wir unser Mobilitätsverhalten grundsätzlich überdenken. Darum bauen wir mit einem Rekordbudget von 18,2 Milliarden Euro den öffentlichen Verkehr aus. Damit Bahn- und Busfahren für noch mehr Menschen eine bequeme Alternative ist. Gerade für kurze Strecken in Stadt wie Land bietet sich auch das Rad an, darum bauen wir in den kommenden Jahren auch die Radinfrastruktur aus. Aber für Gemeinden und Klimaschutz gibt es ein Win-Win, und das ist die zukunftsfähige Raumplanung: Zersiedelung heißt nicht nur mehr Bodenfraß, sondern auch mehr Mobilitätsbedarf, kompakte Ortskerne und Energieraumplanung sorgen dagegen für mehr Lebensqualität und kurze Wege. 🌱



**LINK ZUM THEMA**

**kommunal.at/  
die-kruX-mit-dem-  
heimischen-stromnetz**

Auf der KOMMUNAL-Website lesen Sie in einem Beitrag mehr zur „KruX mit dem heimischen Stromnetz“.

GERHARD CHRISTINER IM GESPRÄCH

# STROMSYSTEM IMMER ÖFTER IM ROTEN BEREICH

Das Gelingen der Energiewende hängt davon ab, wie gut das heimische Stromnetz auf die steigenden Belastungen vorbereitet ist. Gerhard Christiner, technischer Vorstand der Austrian Power Grid (APG), über die Probleme, die es dabei gibt.

## Ist das **Stromnetz**, vor allem das niederrangige, bereit für eine dezentrale Energieversorgung und die Nutzung erneuerbarer Energien?

Das Gelingen der Energiewende braucht eine Gesamtsystemplanung und eine gemeinsame Kraftanstrengung. Nur wenn es uns gelingt, die Kapazitäten in den Bereichen Stromnetze, Speicher, Reserven, erneuerbare Produktion und digitale Plattformen synchronisiert auszubauen, können wir die sichere Transformation managen. Sowohl das Übertragungsnetz als auch die Verteilnetze haben ein umfangreiches Investitionsprogramm für die nächsten Jahre vorgelegt. Wir als APG investieren in den kommenden zehn Jahren 3,5 Milliarden in den Um- und Ausbau der Strominfrastruktur und die Kollegen von den Verteilnetzen rund 14,5 Milliarden.

## Was sind die Herausforderungen dabei?

Eine große Herausforderung im Stromnetz ist, dass es große Versäumnisse beim Ausbau der Übertragungskapazitäten gibt. Die Hochspannungsleitung in Salzburg kommt etwa zehn Jahre zu spät. Das verursacht zehn Millionen Euro an Kosten monatlich, weil wir die Kapazitäten in der Strominfrastruktur nicht haben, um Erfordernisse auch ohne Eingriffe managen zu können. Darüber hinaus ist es notwendig, dass es eine breite Akzeptanz bzw. ein Bewusstsein für die Notwendigkeit aller Maßnahmen sowohl auf Ebene der Entscheidungsträger als auch der Bevölkerung gibt. Gerade aus diesem Grund engagiert sich die APG im Rahmen vieler Koopera-

FOTO // APG/Karl Michalski



„Eine große Herausforderung im Stromnetz ist, dass es **große Versäumnisse beim Ausbau der Übertragungskapazitäten** gibt.“

**Gerhard Christiner**,  
technischer Vorstand der  
Austrian Power Grid (APG)

tionen, Veranstaltungen – wie etwa der Kommunalen Sommergespräche – und Publikationen, um dieses Bewusstsein breit zu schaffen.

## Ist der wichtige 380-kV-Ring rund um Österreich bereits geschlossen? Wenn nein, wo spießt es sich?

Der Lückenschluss des 380-kV-Rings ist Teil unseres Netzentwicklungsplans. Aktuell sind wir in der Errichtungsphase der Salzburgleitung, die 2025 in Betrieb gehen wird. Klar ist jedoch auch, dass aufgrund der Zielsetzung, bis 2040 klimaneutral zu sein, es in vielen Bereichen zu einer Verdoppelung der Kapazitäten kommen muss. Die APG wird in den nächsten Monaten diesbezüglich konkretere Pläne vorlegen.

## Wie resilient ist das österreichische Stromnetz im Falle eines Blackouts?

Vorfälle wie die Frequenzabweichung vom 8. Jänner 2021 zeigen, dass die Zusammenarbeit innerhalb Europas funktioniert. Diese Ereignisse sind jedoch ein Warnsignal, dass das Gesamtsystem Strom immer öfter in den roten Bereich fährt. Wenn wir den notwendigen Ausbau der Kapazitäten in allen Bereichen des Stromsystems insbesondere bei den Netzen nicht umgehend angehen, dann steigen naturgemäß die betrieblichen Risiken an. Mit unserem zeitgerecht umgesetzten Ausbauprogramm geben wir auf dieses mögliche Risiko die richtige Antwort, um die sichere Transformation für Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich umzusetzen. 

**ZWEITWOHNSITZE**

Das Ziel ist ein  
Lenkungseffekt  
Seite 26

**FREIZEITWOHNUNGEN**

„Kalte Betten“ und die  
Wohnraumverknappung  
Seite 29

**KOSTENEINSCHÄTZUNG**

Gemeinden und die  
Pflege zu Hause  
Seite 32

**RECHTSSITUATION, PREISSTEIGERUNGEN, LIEFERKETTENSTÖRUNGEN**

# BAUSTELLEN AM BAU

Zur Sphäre des Auftragnehmers zählt die Erbringung der zugesagten Leistungen in vereinbarter Zeit, an vereinbartem Ort und zu vereinbartem Preis, mit welchen Mitteln auch immer. Somit trägt der Auftragnehmer das Risiko für den technischen Ablauf des Betriebs, das Kalkulationsrisiko, Baumaschinen und -geräte sowie die Zufuhr von Rohstoffen. Ebenfalls trägt er das Risiko sowohl für Arbeitskräfte als auch für Kosten von Lohnanteil, Material und Fremdleistungen



Österreichs Bauwirtschaft erlitt zunächst aufgrund von pandemiebedingten Ausgangsbeschränkungen einen kurzen Einschnitt, zeigte sich aber in der Folge als Konjunkturmotor. Seit einiger Zeit hat die Branche jedoch aufgrund von Covid-19 und dem Ukraine-Krieg samt den Sanktionen gegen Russland mit erheblichen Preissteigerungen, Lieferengpässen und Materialknappheit bei Rohstoffen und Baumaterialien zu kämpfen.

TEXT // SEVERIN PLATTNER

**T**urbulenzen bei Preisen und Lieferketten treffen sowohl Auftraggeber als auch Auftragnehmer und führen für Auftragnehmer trotz guter Auftragslage dazu, dass sie über Kurzarbeit und Vertragsauflösungen nachdenken, während Auftraggeber Bauprojekte auf einen anderen Zeitpunkt verschieben wollen.

**Wie sind Covid-19 und der Ukraine-Krieg einzuordnen?** Höhere Gewalt ist ein von außen her einwirkendes außergewöhnliches Ereignis, das nicht in einer gewissen Regelmäßigkeit vorkommt bzw. zu erwarten ist und selbst durch äußerste zumutbare Sorgfalt weder abgewendet noch in seinen Folgen unschädlich gemacht werden kann. Unabwendbar ist aber auch jedes nicht außergewöhnliche Ereignis, das trotz aller erdenklichen Sachkunde und Vorsicht nicht abgewendet werden kann.

Somit handelt es sich um Ereignisse, die weder der Auftraggeber noch der Auftragnehmer vorhersehen oder abwenden konnten, die aber die Leistung im engeren Sinn (das jeweilige Bauvorhaben) üblicherweise nicht verändern.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des OGH in Bestandsachen zu Mietzinsminderung bzw. -entfall nach § 1104 ABGB sind Covid-19 und damit im Zusammenhang stehende Betretungsverbote als höhere Gewalt zu qualifizieren. Diese Rechtsprechung kann aber nur insofern auf die Bauwirtschaft übertragen werden, dass davon Verträge betroffen sind, die vor Auftreten von Covid-19 bzw. Erklärung zur Pandemie oder dem ersten Lockdown mit 16.03.2020 geschlossen wurden. Je „später“ nach dem Auftreten von Covid-19 bzw. staatlichen Maßnahmen ein Vertrag geschlossen wurde, desto unwahrscheinlicher ist es, dass Covid-19 als höhere Gewalt zu qualifizieren ist.

Laut dem OGH können auch Kriege bzw. eine nach Vertragsschluss unerwartet auftretende akute Kriegsgefahr oder bei Vertragsschluss nicht voraussehbare bürgerkriegsähnliche Zustände grundsätzlich als höhere Gewalt angesehen werden. Ebenso können unerwartet verhängte Sanktionen, wie die derzeitigen Handelsbeschränkungen und Probleme beim Geldtransfer, höhere Gewalt sein.

**Zum Bauwerkvertrag.** Die Hauptleistungspflichten eines Bauwerkvertrags sind einerseits die vertragliche Zusage des Auftragnehmers, eine

bestimmte Leistung bis zu einer bestimmten Zeit zu einem bestimmten Preis zu erbringen, andererseits die vertragliche Verpflichtung des Auftraggebers, diese Leistung nach Erbringung entsprechend zu bezahlen.

Grundsätzlich kann man verschiedene Arten von Bauwerkverträgen unterscheiden, insbesondere den Werkvertrag nach dem ABGB, den Vertrag nach der ÖNORM B 2110 und den Individualvertrag (meist eine Mischform zwischen ABGB und ÖNORM B 2110). Das Entgelt beim Bauwerkvertrag wird üblicherweise nach dem sogenannten Einheitspreis berechnet oder nach einem Pauschalpreis. Beim Einheitspreisvertrag ist nochmals zu unterscheiden zwischen dem Festpreis und dem veränderlichen Preis. Festpreis ist ein Preis, der auch beim Eintreten von Änderungen der Preisgrundlagen für den vereinbarten Zeitraum unveränderlich bleibt; nach einem gewissen Zeitraum wird üblicherweise nach veränderlichen Preisen abgerechnet. Ein veränderlicher Preis bedeutet, dass bei Änderung von vereinbarten Grundlagen unter bestimmten Voraussetzungen der Preis angepasst wird.

**Zur Sphärenzuteilung nach ABGB und ÖNORM B 2110.** Die Sphärenzuteilung bestimmt, dass ein gewisses mögliches Risiko von einer der beiden Vertragsparteien getragen wird. Dabei kann auch ein sogenanntes gemeinsames Risiko vereinbart werden. Die Vereinbarung der Sphärenzuteilung erfolgt grundsätzlich frei nach der Privatautonomie.

Nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zählen zur Sphäre des Auftraggebers „Umstände auf Seiten des Bestellers“, damit sind etwa der Baugrund, Beistellungen (Vorleistungen anderer Auftragnehmer, Pläne), Anordnungen bzw. Leistungsänderungen gemeint. Zur Sphäre des Auftragnehmers zählt die Erbringung der zugesagten Leistungen in vereinbarter Zeit, an vereinbartem Ort und zu vereinbartem Preis, mit welchen Mitteln auch immer. Somit trägt der Auftragnehmer das Risiko für den technischen Ablauf des Betriebs, das Kalkulationsrisiko, Baumaschinen und -geräte sowie die Zufuhr von



Ein zu einem Prozess alternativer Lösungsansatz ist eine ergänzende Vereinbarung, bei der die bereits eingetretenen und auch künftigen Auswirkungen von Preissteigerungen und Lieferkettenstörungen einvernehmlich geregelt werden.



**MAG. SEVERIN PLATTNER** IST EXPERTE FÜR CORPORATE, IMMOBILIENPROJEKTE UND BAURECHT. ER IST AUTOR VON FACHBEITRÄGEN AUF DEM GEBIET DES WIRTSCHAFTSRECHTS UND HÄLT VORTRÄGE AUF DEM GEBIET DES IMMOBILIENRECHTS SOWIE DES KARTELLRECHTS



Foto // Lichtfexx - stock.adobe.com

Rohstoffen. Ebenfalls trägt er das Risiko sowohl für Arbeitskräfte als auch für Kosten von Lohnanteil, Material und Fremdleistungen. Es besteht schließlich auch die „neutrale“ Sphäre, zu der Ereignisse außerhalb des Einflussbereichs der Vertragsparteien zählen, demnach also höhere Gewalt (Ereignis von außerhalb; z.B. Naturkatastrophen, Pandemie, Krieg); auch die „neutrale“ Sphäre gehört nach den gesetzlichen Regelungen zum Risiko des Auftragnehmers

Nach der ÖNORM B 2110 zählen zur Sphäre des Auftraggebers von ihm beeinflussbare oder vorgegebene Inhalte bzw. Umstände (z. B. Baugrund, Beistellungen, Anordnungen) sowie unvorhersehbare und für den Auftragnehmer zumutbar unabwendbare Ereignisse. Grundsätzlich zählt nach der ÖNORM B 2110 somit höhere Gewalt zum Risiko des Auftraggebers. Allerdings trifft den Auftragnehmer das Kalkulations- und Dispositionsrisiko, sodass das „Wie“ (mit welchen Kosten, mit welchen Ressourcen, auf welchem Weg) zur Erbringung der vereinbarten Leistung rechtzeitig und zum vereinbarten Preis im Risikobereich des Auftragnehmers liegt.

Daher stellt sich die Frage, wie diese Bestimmungen der ÖNORM B 2110 in Einklang zu bringen sind, insbesondere sind Preissteigerungen und Lieferkettenstörungen keine „direkten“ Folgen von Covid-19 (wie Erkrankungen), sondern durch gesamtwirtschaftliche Aspekte oder die Auslagerung von Produktionsstandorten erfolgt.

Zu dieser Problematik bestehen in der Literatur zahlreiche Auslegungsvarianten, die durchaus mit guten Argumenten vertreten werden können (z. B. trägt der Auftraggeber auch nicht das Insolvenzrisiko eines Subunternehmers des Auftragnehmers und daher auch nicht die Mehrkosten, wenn der Auftragnehmer die „ausgefallene“ Leistung teurer beschaffen muss). Im Hinblick auf Covid-19 und den Ukraine-Krieg überzeugt die Ansicht, dass grundsätzlich das Kalkulations- und Dispositionsrisiko den Auftragnehmer trifft, aber dieses Risiko dann ver-lassen werden kann, wenn der gesamte Markt betroffen ist, weil der Auftragnehmer dann nicht mehr kalkulieren/disponieren kann.

**Zu aktuellen Preissteigerungen und Lieferkettenstörungen.** Zunächst hängen die Auswirkungen der gestiegenen Preise auf den Vertrag davon ab, ob Festpreise bzw. ein Pauschalpreis oder veränderliche Preise vereinbart wurden. Bei veränderlichen Preisen können die Preissteigerun-

gen in der Regel leicht „weitergegeben“ werden, wenn ein passender Index bestimmt wurde. Die Problematik stellt sich also bei Festpreis- oder Pauschalpreisverträgen.

Da das Kalkulations- und Dispositionsrisiko den Auftragnehmer trifft, ist also davon auszugehen, dass erwartbare Preissteigerungen bei Rohstoffen und Baumaterialien in den Preisen einkalkuliert und unerwartbare Preissteigerungen – als Teil einer sorgfältigen Kalkulation – im Wagnis berücksichtigt wurden.

Der OGH geht dabei sogar so weit, dass er regelmäßig die Preisvereinbarung als eine vom Auftraggeber und Auftragnehmer bewusst getroffene Risikoverteilung ansieht und nachteilige Preisvereinbarungen nur bei erheblichem Ausmaß als relevant erachtet. Daher sind nach der Rechtsprechung nur Preissteigerungen zu berücksichtigen, wenn sie ein gewisses Ausmaß (nach dem OGH sind vier Prozent von der Gesamtauftragssumme nicht ausreichend) erreichen. Dazu ist aber festzuhalten, dass eine derartige Situation mit einer Pandemie und einem Krieg in Europa vom OGH bislang noch nicht behandelt wurde, sodass die strenge Rechtsprechung möglicherweise aufgelockert wird, weil mit solchen Verwerfungen ein sorgfältiger Auftragnehmer grundsätzlich nicht rechnen musste.

**Zu möglichen Lösungswegen.** Mangels einschlägiger Judikatur ist der Ausgang eines Gerichtsverfahrens ungewiss und abhängig vom jeweiligen Einzelfall und es ist in Bauverfahren regelmäßig mit hohen Prozesskosten, Sachverständigenkosten und einem erheblichen Zeitaufwand zu rechnen.

Ein zu einem Prozess alternativer Lösungsansatz ist eine ergänzende Vereinbarung, bei der die bereits eingetretenen und auch künftigen Auswirkungen von Preissteigerungen und Lieferkettenstörungen einvernehmlich geregelt werden. Dabei kann eine sachgerechte und faire Lösung sein, dass der Auftragnehmer maximal jene Differenz zwischen tatsächlichen Kosten und jenen Kosten, mit denen gerechnet werden konnte, vergütet erhält. Eine solche Vereinbarung sollte jedenfalls die einzelnen Mehrkostenforderungen berücksichtigen (z. B. Preissteigerungen bei Stahl ab einem gewissen Punkt werden abgegolten, Forcierungen wegen Omikron-Krankenständen werden nicht bezahlt etc.) und auch für künftige Problemstellungen „fit“ machen. 

**In der kommenden Ausgabe von KOMMUNAL wird Severin Plattner zum Baukartell und den Folgen für Bauwirtschaft und Gemeinden Stellung nehmen.**

## LEERSTANDSABGABE WIRKT MIT EINSCHRÄNKUNGEN

# DAS ZIEL IST EIN LENKUNGSEFFEKT

Kaum Baugründe, teure Wohnungen, ein Teil davon leer stehend: Viele Gemeinden können davon ein Lied singen. Eine Abgabe auf Leerstand soll Letzteren verringern und verfügbaren Wohnraum für Einheimische mobilisieren. Schön und gut – in der Theorie. In die Praxis umsetzen lässt sich die Leerstandsabgabe nämlich nur mit Einschränkungen.

TEXT // EVA SCHUBERT

Eine Leerstandsabgabe in einer Höhe, die tatsächlich den gewünschten Lenkungseffekt für den Wohnungsmarkt hätte, darf laut Bundes-Verfassungsgesetz nur der Nationalrat beschließen. Weil der Bund eine bundesweite Leerstandsabgabe bislang ablehnt, suchen mehrere Bundesländer nach Möglichkeiten, die Abgabe in milder Form umzusetzen. Das Schwierige daran: die Balance zwischen Einnahmeneffekt und Lenkungseffekt. Eine solche Steuer müsste nämlich, wie Verfassungsrechtler betonen, gleichzeitig „lenken“ (wenn auch nicht zu viel) und zur Beschaffung von Einnahmen für die jeweilige Gemeinde dienen. Zudem würde sich eine optimal lenkende Leerstandsabgabe letztendlich bei Erfüllung ihres Zwecks – der Reduktion von Leerstand – selbst auffressen. Eine schwierige Zwickmühle.

Drei Bundesländer versuchen es trotzdem: Salzburg diskutiert die Leerstandsabgabe bereits seit geraumer Zeit, ein Entwurf dieses Modells liegt seit Anfang des Jahres vor. Eigentlich soll das Gesetz noch vor dem Sommer beschlossen werden, mit den Inhalten sind aber nicht alle glücklich: Demnach dürfen Gemeinden zehn Euro pro Quadratmeter im Jahr einheben. Schwierige Rechenaufgaben für Gemeinden sind vorprogrammiert. Aber was sagen die Gemeinden selbst dazu? Ein Rundruf unter Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zeigt unterschiedliche Ausgangslagen.

» Das Schwierige an der Leerstandsabgabe: die **Balance zwischen Einnahmeneffekt und Lenkungseffekt.**«



EVA SCHUBERT, BAKK.BA., IST REDAKTEURIN BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

**Gemeinden befürchten hohen Verwaltungsaufwand.** Markus Viehauser, Bürgermeister von Bad Hofgastein, meint: „Prinzipiell finden wir die Idee sehr gut. Aber es bedeutet auch einen enormen Verwaltungsaufwand“. Der aktuelle Entwurf würde aufwendige Berechnungen erforderlich machen, denn um die Höhe des Beitrags zu errechnen, müssten zur Vermessung der Wohnungen zahlreiche Bauakte jenseits der Digitalisierung gesichtet werden – von baulichen Änderungen ganz zu schweigen. Der Bürgermeister der Tourismus-Gemeinde wünscht sich eine einfachere Umsetzung der Abgabe, wie beispielsweise einen pauschalierten Beitrag.

In den Zuzugsgemeinden rund um den Salzburger Speckgürtel sieht man die Leerstandsabgabe zwar positiv, sie hätte aber faktisch kaum Auswirkungen. „Die, die bei uns Wohnraum kaufen, vermieten ihn auch“, meint der Eugendorfer Bürgermeister Johann Strasser. Auch der Ortschef von Elixhausen, Michael Prantner, sieht den großen Wirkungsbereich der Leerstandsabgabe in seiner Gemeinde nicht: „Ja, wir haben viel Zuzug, aber kaum ‚Zweitwohnsitzer‘.“ Grundsätzlich halte er die Abgabe aber für eine gute Idee, so Prantner.

FOTO // Daniel - stock.adobe.com



Wie sieht es mit Leerstand in Abwanderungsgemeinden aus? Ramingstein im Lungau verzeichnet seit mehreren Jahren ein Bevölkerungsminus. Mit Leerstand habe man aber trotzdem kaum zu kämpfen, heißt es aus der Gemeinde. Die meisten Gründe seien verkauft oder vermietet.

**Abgabe greift an falscher Stelle.** Unterschiedliche Regionen haben unterschiedliche Bedürfnisse. Das zeigen auch die Bemühungen in den anderen Bundesländern: In der Steiermark etwa wurde die Leerstandsabgabe bereits am 26. April 2022 im Landtag beschlossen. Auch hier gehen die Meinungen auseinander: In Ramsau am Dachstein stehen aktuell 270 Wohnungen leer. Für den dortigen Bürgermeister Ernst Fischbacher geht die steirische Leerstandsabgabe, die mit 1.000 Euro pro Jahr gedeckelt ist, nicht weit genug. Um Investoren zur Mobilisierung des Leerstands zu bringen, wären weit höhere Summen notwendig. Das Geld brauche man schließlich auch für den Erhalt der Infrastruktur, so Fischbacher.

In strukturschwachen Regionen wie beispielsweise in der Oststeiermark sieht die Situation wieder anders aus: Viele Gemeinden leiden unter Abwanderung. Eine Leerstandsabgabe könnte womöglich noch dazu führen, dass jungen Einheimischen, die zur Ausbildung in die Stadt gezogen sind, der Erhalt der geerbten Wohnung zu teuer wird und sie sich zur

#### FAZIT:

Die Leerstandsabgabe erweist sich, trotz ihrer Einschränkungen, als wünschenswertes Instrument bei der Steuerung von Leerstand bzw. Wohnraum. Auch aus ökologischer Sicht ist eine Leerstandsabgabe sinnvoll. Das oberste Ziel sollte jedoch die Senkung der Wohnpreise sein, um leistbares Wohnen für Einheimische zu ermöglichen. An der gesetzlichen Umsetzung kann mit ruhigem Gewissen noch gefeilt werden.

**Eine sinnvolle Leerstandsabgabe müsste den Gemeinden nützen, aber: Eine sich optimal lenkende Leerstandsabgabe würde sich letztendlich bei Erfüllung ihres Zwecks – der Reduktion von Leerstand – selbst auffressen. Eine schwierige Zwickmühle.**

Gänge von der Heimatgemeinde abwenden. In der Steiermark bleibt es daher jeder Gemeinde selbst überlassen, ob sie eine dementsprechende Abgabe einführt. Anders könnte es in Tirol kommen.

**Verfassungsänderung notwendig?** Im Juli soll in Tirol eine verpflichtende Leerstandsabgabe beschlossen werden, die laut neuem Entwurf höher ausfallen könnte als geplant. Etwa die Hälfte der Gemeinden soll nun deutlich höhere Abgaben für ungenutzte Wohnungen verlangen können als andere. Es handelt sich um die sogenannten „Vorbehaltsgemeinden“ mit erhöhtem Wohnungsdruck. In diesen Gemeinden muss der Gemeinderat beschließen, dass bis zum Doppelten des geplanten Satzes eingehoben werden darf.

Durch die Verpflichtung der Gemeinden, eine Leerstandsabgabe einzuheben, fallen in Tirol allerdings die Fixsätze. Stattdessen sollen variable Beträge ermöglichen, auf regionale Unterschiede eingehen zu können. Im Tiroler Gemeindeverband sieht man diese Regelung positiv. Christian Härting, Bürgermeister von Telfs und Vizepräsident des Tiroler Verbands, meint: „Eine verpflichtende Abgabe ist durchaus zu begrüßen.“ Er räumt jedoch ein, dass selbst der verdoppelte Satz für die Einschränkung von Investoren noch zu niedrig sein könnte. Eine leerstehende Wohnung könnte laut Gesetzesentwurf in Tirol künftig zwischen 1.080 und 2.400 Euro im Jahr kosten. Ob die erhöhte Abgabe mit Bezug auf den bereits erwähnten Lenkungseffekt verfassungswidrig ist, wird sich erst zeigen.

Zuletzt forderte der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter eine Verfassungsänderung, die den Bundesländern in diesem Punkt größeren Spielraum geben würde. Ein entsprechender Antrag soll bei der nächsten Landeshauptleutekonferenz eingebracht werden. ●

# MITEINANDER NEUE HORIZONTE ENTDECKEN. GEHT SICHER!

**#GemeinsamGeimpft**

ENTWICKELUNG EINSCHÜTTUNG - AGENTURFOTO, MIT MODELS GESTELLT.

**IN FAHRT  
BLEIBEN:  
JETZT  
AUFRISCHUNGS-  
IMPFUNG  
HOLEN!**

 **Bundesregierung**

Jetzt sicher auf Reisen gehen – die Impfung macht es möglich!  
Wichtig: Für alle Menschen ab 80 Jahre sowie für Vorerkrankte wird ab sofort eine COVID-19 Auffrischungsimpfung (4. Dosis) empfohlen. Gehen Sie auf Nummer sicher und sprechen Sie jetzt mit Ihrer Ärztin bzw. Ihrem Arzt darüber, ob Sie alle empfohlenen Impfungen haben. Sie schützen damit sich und Ihr Umfeld vor einer schweren Erkrankung sowie vor Langzeitfolgen durch Long-COVID.

Alles rund ums Impfen finden Sie auf [gemeinsamgeimpft.at](https://gemeinsamgeimpft.at)



## FREIZEITWOHNSITZABGABE

# „KALTE BETTEN“ UND DIE WOHNRAUMVERKNAPPUNG

Freizeitwohnsitze bringen den Gemeinden keine Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich. Die Freizeitwohnsitzabgabe soll eine finanzielle Beteiligung der Freizeitwohnsitzer an den Infrastrukturkosten leisten. Bei der Festlegung der Höhe der Abgabe gilt es nach der Rechtsprechung die finanzielle Belastung der Gemeinde mit Freizeitwohnsitzen darzulegen.

FOTO // Fabian - stock.adobe.com

TEXT // MATHIAS PICHLER

Die Rufe nach einer Reduzierung des aktuellen Bodenverbrauchs werden immer lauter. Wenn es nach der Bundesregierung geht, soll die tägliche Flächeninanspruchnahme von derzeit rund 11,5 auf 2,5 Hektar pro Tag reduziert werden. Damit eine Reduktion des Bodenverbrauchs gelingen kann, wird an vielen Schrauben zu drehen sein. Eine dieser Schrauben ist der Umgang mit Freizeitwohnsitzen, die per definitionem nicht der ganzjährigen Befriedigung des Wohnbedürfnisses dienen. Nachdem niemand an zwei Orten gleichzeitig anwesend sein kann, folgt daraus, dass immer dann, wenn das Wohnbedürfnis in der Wohnung am Hauptwohnsitz gedeckt wird, die Wohnung am Freizeitwohnsitz leer steht und umgekehrt. In Zeiten von restriktiven Baulandwidmungen bringen diese sogenannten „kalten Betten“ eine Wohnraumverknappung mit sich. Wie in allen Bereichen der Wirtschaft treibt auch ein knapper Wohnungsmarkt die Preise für Grundstücke und Immobilien nach oben. Wohnraum wird für die einheimische Bevölkerung immer öfter kaum noch erschwinglich. Wenn auch die

Freizeitwohnsitze nicht der alleinige Grund für die stark steigenden Immobilienpreise sind, stellt die Suche nach einem leistbaren Zuhause heute insbesondere junge Menschen vor große Herausforderungen. In den von den Preissteigerungen am meisten betroffenen Gemeinden, wie Umlandgemeinden der Ballungszentren sowie Tourismusgemeinden, braucht es daher Maßnahmen, um die Abwanderung der Einheimischen hintanzuhalten.

**Für die Gemeinden bedeuten Freizeitwohnsitze eine finanzielle Herausforderung.** Denn im Hinblick auf die in den Gemeinden bereitgestellte Infrastruktur macht es kaum einen Unterschied, ob es sich um einen Haupt- oder einen Freizeitwohnsitz handelt. Der Freizeitwohnsitzer erfreut sich ebenso am gepflegten Ortsbild, an einer funktionierenden Schneeräumung oder einer einsatzfähigen Feuerwehr wie der Hauptwohnsitzer. Die vielen Leistungen, die die Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringen, kosten Geld. Doch obwohl die Freizeitwohnsitzer diese von den Gemeinden bereitgestellte Infrastruktur genauso wie Hauptwohnsitzer nutzen, gibt es für die Freizeitwohnsitzer

» In Zeiten von restriktiven Baulandwidmungen bringen die sogenannten „kalten Betten“ eine Wohnraumverknappung mit sich.«

»



FOTO/karepa-stock.adobe.com

**Die vielen Leistungen, die die Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringen, kosten Geld. Doch obwohl die Freizeitwohnsitzer diese von den Gemeinden bereitgestellte Infrastruktur genauso wie Hauptwohnsitzer nützen, gibt es für die Freizeitwohnsitzer kein Geld aus dem Finanzausgleich.**



**DR. MATHIAS PICHLER**  
IST FACHREFERENT IN  
DER ABTEILUNG RECHT  
& INTERNATIONALES  
IM ÖSTERREICHISCHEN  
GEMEINDEBUND

kein Geld aus dem Finanzausgleich. Sofern die Kosten nicht durch Benützungsgebühren (z. B. Wasser- und Kanalgebühren) oder Fremdenverkehrsabgaben gedeckt sind – die (auch) für Freizeitwohnsitze zu entrichten sind –, fehlt den Gemeinden dadurch Geld, das für den Ausbau sowie die Erhaltung der Infrastruktur dringend benötigt wird. Aus diesem Grund verwundert es wenig, dass gemeindeseitig die Forderung nach einer finanziellen Beteiligung der Freizeitwohnsitzer besteht.

Tirol führte bereits vor wenigen Jahren eine Freizeitwohnsitzabgabe ein, deren Höhe sich nach der Nutzfläche des Freizeitwohnsitzes bemisst. Das Tiroler Freizeitwohnsitzabgabegesetz (TFWAG) sieht dabei eine untere und eine obere Wertgrenze vor. Die jährliche Abgabe startet bei einer Nutzfläche bis 30 m<sup>2</sup> mit mindestens 100 Euro bis höchstens 240 Euro und steigt abgestuft bei einer Nutzfläche von mehr als 250 m<sup>2</sup> auf mindestens 920 Euro und höchstens 2.200 Euro an. Die jeweilige Abgabenhöhe hat jede Gemeinde für sich innerhalb der Wertgrenzen nach dem TFWAG mit Verordnung des Gemeinderates festzulegen. Dabei haben die Gemeinden auf den Verkehrswert der Liegenschaften und auf die finanziellen Belastungen der Gemeinde durch die Freizeitwohnsitze Bedacht zu nehmen. Im Jahr 2020 brachte die Freizeitwohnsitzabgabe den Tiroler Gemeinden 6,4 Millionen Euro und im Jahr 2021 7,9 Millionen Euro. Bei etwas über 16.300 genehmigten Freizeitwohnsitzen sind das im Schnitt pro Freizeitwohnsitz rund 480 Euro pro Jahr.

Erst kürzlich standen die aufgrund des TFWAG erlassenen Verordnungen von Wörgl und Kufstein im Rahmen eines Ordnungsprüfungsverfahrens des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) auf dem Prüfstand. Mit diesen Verordnungen legten die Gemeinden jeweils die gesetzlich vorgesehenen Höchstbeträge für Freizeitwohnsitzabgaben in ihrem Gemeindegebiet fest.

Nach den beiden Erkenntnissen vom 07.03.2022, V 54/2021 und V157/2021, bestehen seitens des VfGH keine verfassungsgesetzlichen Bedenken gegen die Zulässigkeit der als ausschließliche Gemeindeabgabe erhobenen Freizeitwohnsitzabgabe. Die beiden Tiroler Gemeinden legten aber nicht ausreichend die Art der finanziellen Belastungen durch die Freizeitwohnsitze dar. Aus diesem Grund hob der VfGH die beiden Verordnungen auf.

Verglichen mit anderen Tiroler Gemeinden weisen Wörgl und Kufstein mit 16 und 27 Frei-

zeitwohnsitzen eine geringe Anzahl an Freizeitwohnsitzen auf. Zum Vergleich: Kitzbühel hat 1.273 Freizeitwohnsitze. Nach dem VfGH kann allein aus der geringen Anzahl von Freizeitwohnsitzen nicht auf das Vorliegen geringer Aufwendungen geschlossen werden. Hinsichtlich der finanziellen Belastungen ist nicht auf die für einen bestimmten Freizeitwohnsitz konkret anfallenden Aufwendungen abzustellen. Vielmehr kommt es auf die Belastung der Gemeinde insgesamt an. Da Aufwendungen auch unabhängig von der Anzahl der Freizeitwohnsitze anfallen, kann dem Höchstgericht nach aus einer im Vergleich geringen Freizeitwohnsitzquote nicht abgeleitet werden, dass die Festsetzung der Abgabe im Höchstmaß schon deshalb gesetzwidrig sei. Die beiden Verordnungen waren aber vom VfGH zu beheben, weil die Gemeinden es verabsäumten, die besonderen Belastungen durch die Freizeitwohnsitze darzulegen. Weder den Verordnungsakten noch den in den Verfahren erstatteten Äußerungen war zu entnehmen, welcher Art die finanziellen Belastungen sind. Bei der Festlegung einer Abgabe mit dem Höchstsatz muss für das Höchstgericht jedoch erkennbar sein, dass es sich bei den darzulegenden Aufwendungen um überdurchschnittliche Aufwendungen handelt. Aufwendungen, die durch Benützungsgebühren oder Fremdenverkehrsabgaben finanziert werden, haben dabei außer Betracht zu bleiben. Allgemeine Ausführungen zur regionalen oder wirtschaftlichen Stellung einer Gemeinde und den Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen reichen für die Begründung des Höchstsatzes nicht. Wörgl und Kufstein werden sich für die neu zu erlassenden Abgabenverordnungen nun näher mit den finanziellen Belastungen durch die Freizeitwohnsitze auseinanderzusetzen haben.

**Abschließend bleibt festzuhalten,** dass mit der Freizeitwohnsitzabgabe ein finanzieller Beitrag zu den Infrastrukturkosten in den Gemeinden geleistet wird. Im Besonderen werden Gemeinden mit einer großen Anzahl an Freizeitwohnsitzen auf diese Abgabe nicht verzichten wollen. Wie am Beispiel Tirol gezeigt, bewegt sich die Abgabe aber in moderaten Höhen. Eine Mobilisierung des Wohnraums für die einheimische Bevölkerung kann damit nicht erreicht werden. Wer sich eine Immobilie als Freizeitwohnsitz leisten kann, wird sich auch durch die Vorschreibung einer Freizeitwohnsitzabgabe nicht von ihr trennen. ●



SICHERE ARZNEIMITTELVERSORGUNG

**#aufnummersicher**

WIR ARZNEIMITTELEXPERT:INNEN  
GEBEN ALLES FÜR EINE LÜCKENLOSE  
VERSORGUNG.

[www.auf-nummer-sicher.at](http://www.auf-nummer-sicher.at)

**A** IHRE APOTHEKERIN.  
IHR APOTHEKER.

HILFSWERK PRÄSENTIERT KOSTENSCHÄTZUNG FÜR VERBESSERUNGEN DER PFLEGE DAHEIM

# GEMEINDEN PROFITIEREN VON STÄRKUNG DER PFLEGE ZU HAUSE

Die Pflegereform hat begonnen. Etappe 1 verspricht mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen. Für die Gemeinden wird jedoch Etappe 2 spannend. Es geht um Weichenstellungen für die Steuerung und Finanzierung des Pflegesystems, zum Beispiel die im Regierungsprogramm versprochene Stärkung der Pflege zu Hause. Wie gelingt sie? Was darf sie kosten? Warum nützt sie den Gemeinden?

Es war ein Startschuss mit hohem Knalleffekt. Ausgerechnet am internationalen „Tag der Pflege“, am 12. Mai 2022, traten Sozialminister Johannes Rauch und die Klubobleute der Regierungsparteien, August Wöginger und Sigrid Maurer, mit einem Maßnahmenpaket zur Pflegereform an die Öffentlichkeit. Insbesondere die vorgeschlagenen Initiativen zur Linderung der angespannten Personalsituation und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege stießen auf breite Zustimmung. Auch das Hilfswerk begrüßte die Ankündigungen, denn „jede Pflegereform steht und fällt mit den Menschen, die die Pflegearbeit leisten. Geld allein pflegt nicht. Wir sind froh, dass die Bundesregierung rasch möglichst viele Wege ebnen will, die in besser bezahlte und besser organisierte Pflegeberufe führen“, sagt Othmar Karas, Präsident des Hilfswerks.

Grundtenor fast aller Reaktionen war aber auch, dass die präsentierten Vorhaben nur eine erste Etappe zur Reform des heimischen Pflegesystems sein könnten. Zu den ausstehenden Maßnahmen gehören die im Regierungsprogramm verankerte Stärkung der Pflege zu Hause sowie eine mit den Gebietskörperschaften abgestimmte Gesamtsteuerung und Finanzierung des Pflegewesens. „Wir werden klar sagen müssen, wie viel uns eine menschenwürdige und professionelle Pflege wert ist und nach welchen Zielvorgaben wir sie effizient und gerecht organisieren. Hier sind auch die Gemeinden unmittelbar von der Pflegereform betroffen“, meint Karas.



» Von den noch ausstehenden Etappen der Pflegereform betreffend Steuerung und Finanzen sind die Gemeinden unmittelbar betroffen.“

**Othmar Karas,**  
Präsident des Hilfswerk  
Österreichs

In Österreich gibt es rund 470.000 Pflegegeldbezieher:innen, ein Fünftel von ihnen werden im Pflegeheim, vier Fünftel zu Hause gepflegt. Für gut die Hälfte der zu Hause Gepflegten sorgen ausschließlich die Angehörigen, die somit der „größte Pflegedienst des Landes“ sind. Knapp die Hälfte der Pflege-Haushalte nehmen professionelle Dienste wie Hauskrankenpflege und Heimhilfe sowie ergänzende mobile Angebote (z. B. Essen auf Rädern) in Anspruch.

**Überproportionalen Zulauf zu Pflegeheimen drosseln.** Ein Blick auf die Bruttokosten der einzelnen Pflegesettings zeigt: Der Ausbau der mobilen Pflege und Betreuung würde die öffentlichen Haushalte wesentlich geringer belasten als ein weiterhin überproportional steigender Zulauf in die Pflegeheime. Von 2017 bis 2020, also nach dem Wegfall des Pflegeregresses, betrug allein der Zuwachs bei den Bruttokosten der stationären Pflege 951 Millionen Euro. Zum Vergleich: Die Gesamtkosten der mobilen Pflege und Betreuung lagen 2020 bei 700 Millionen Euro. „Angesichts dieser Zahlen schrillen mittlerweile bei vielen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen die Alarmglocken“, sagt Hilfswerk-Geschäftsführerin Elisabeth Anselm.

Mit Sorge sehen die Gemeindeverantwortlichen auf die Kostensteigerungen, die sich in den Umlagen für den Sozialbereich niederschlagen. „Freilich wird uns die Pflege angesichts der Alterung der Bevölkerung künftig mehr Geld kosten. Durch eine Stärkung der Pflege zu Hause können

wir die Kostenspirale zumindest dämpfen und das Pflegesystem näher an die Bedürfnisse der Bürger:innen steuern. Die Kosten steigen weniger stark, die knappen Personalressourcen des Sektors werden weniger belastet – und der Druck auf die kommunalen Haushalte sinkt. Die Gemeinden profitieren von einer gestärkten Pflege zu Hause“, argumentiert Anselm.

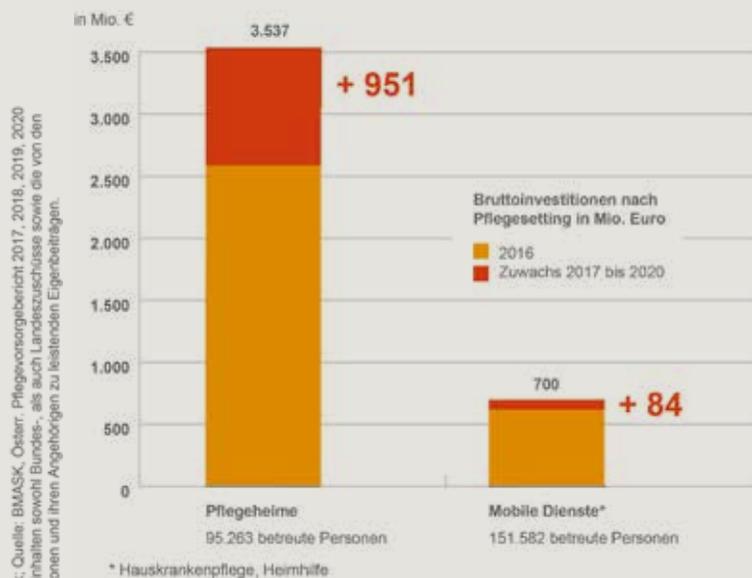
**Investitionen in die Pflege zu Hause dämpfen Kostenspirale.** Das Hilfswerk listet sechs Maßnahmen für eine Stärkung der Pflege und Betreuung daheim auf:

- **Bedarfsgerechter Ausbau der mobilen Pflege und Betreuung.** Der Mehrbedarf an Hauskrankenpflege und Heimhilfe wird laut WIFO-Berechnungen\* alleine aufgrund des demografischen Wandels um rund 25 Prozent steigen. Die Kosten dafür werden in einer Berechnung der Arbeiterkammer Wien\*\* auf 172 Millionen Euro geschätzt.
- **Flächendeckender Ausbau der mehrstündigen Tagesbetreuung zu Hause.** Ermöglicht pflegenden Angehörigen geblockte (Frei-) Zeit für Erledigungen und eigene Bedürfnisse. Geschätzter Bedarf: 40.000 pflegende Angehörige, je nach Lebenssituation zwischen 2 und 13 Stunden pro Woche. Kosten: ca. 421 Millionen Euro\*\*.
- **Entlastung pflegender Angehöriger durch (psycho-)soziale Angebote.** Telefonische und zugehende Beratung, Coaching, Weitervermittlung, Trauerbegleitung. Geschätzter Bedarf: ca. 70.000 Personen. Kosten: etwa 20 Millionen Euro\*\*.
- **Anpassung der Eigenbeiträge für Pflege- und Betreuungsdienste.** Der Rechnungshof\*\*\* kritisiert die in den Bundesländern höchst unterschiedlichen Eigenbeiträge für mobile Pflege- und Betreuungsdienste. Deren Anpassung könnte über eine Halbierung des gesamten Eigenbeitragsaufkommens erfolgen und würde 63 Millionen Euro kosten.
- **Mehr Fairness bei der PflegegeldEinstufung zu Hause.** 50 Prozent der Klagen gegen zu niedrige Einstufungen führen zu einer Erhöhung. Häufig überfordert die Begutachtung Betroffene und Angehörige. Das Hilfswerk geht von einer vierfach höheren Dunkelziffer

\* Studie: Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich, WIFO, 2018

\*\* Berechnungen aus dem AK-Pflegepaket, Arbeiterkammer Wien, 2019

## Bruttokosten stationärer und mobiler Pflege 2020 Vergleich Zuwachs 2017 bis 2020



Grafik: Hilfswerk, Quelle: BMAASK, Österr. Pflegevorsorgebericht 2017, 2018, 2019, 2020  
 Bruttokosten beinhalten sowohl Bundes-, als auch Landeszuschüsse sowie die von den  
 gepflegten Personen und ihren Angehörigen zu leistenden Eigenbeiträgen.

**Allein der Zuwachs der Bruttokosten für stationäre Pflege zwischen 2017 und 2020 übersteigt die Gesamtkosten für die mobilen Dienste.**



„Eine Stärkung der Pflege zu Hause hilft uns, die Dynamik der finanziellen und persönlichen Ressourcenbindung zu dämpfen.“

**Elisabeth Anselm,**  
Geschäftsführerin des Hilfswerk Österreich

aus. Mehraufwand für adäquate Einstufungen: 50 Millionen Euro.

- **Reform des Fördermodells in der 24-Stunden-Betreuung.** Die Förderung von 550 Euro pro Monat wurde seit Einführung 2007 nicht valorisiert. Kaufkraftverlust bis 2021: über 120 Euro. Das Hilfswerk fordert eine Wertanpassung auf 670 Euro sowie finanziellen Spielraum (Boni) für Qualität und Fairness auf Basis des staatlichen Zertifikats ÖQZ-24 (siehe auch Regierungsprogramm). Kosten: 220 Millionen Euro.

Das Hilfswerk-Paket zur Stärkung der Pflege zu Hause würde im Endausbau einen Budgetaufwand von 946 Millionen Euro pro Jahr bedeuten. Nutznießer dieser Investitionen wären neben pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen auch die Gebietskörperschaften. Deren Ausgaben für Pflegeheime würden gedämpft, ältere Bürger:innen könnten länger zu Hause leben. ●

\*\*\* Rechnungshofbericht 2020, Pflege in Österreich

## PFLEGE: COMMUNITY HEALTH NURSING

# KONZEPT MIT POTENZIAL

Um eine gemeindenahere Gesundheitsförderung, Unterstützung, Prävention und Beratung mit einem möglichst niederschweligen Zugang anbieten zu können, werden in Österreich derzeit Community Nurses etabliert. Eine wissenschaftliche Betrachtung.

TEXT // MICHAEL OGERTSCHNIG, EVA KRCZAL

In Österreich handelt es sich bei Community Nurses um diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung. Sie kennen optimalerweise die regionalen Angebote für Pflege und Betreuung in der jeweiligen Gemeinde und verfügen über spezielle Qualifikationen im Bereich Community Nursing, Family Health Nursing oder Public Health Nursing. Dabei arbeiten sie im niedergelassenen Bereich, beispielsweise in einem Gemeindezentrum, einem Pflegestützpunkt oder einer Ordination, und machen Hausbesuche.

Von Oktober bis Dezember letzten Jahres konnten Städte, Gemeinden und Sozialhilfebände entsprechende Förderanträge für Pilotprojekte mit einer Laufzeit im Zeitraum von 2022 bis 2024 stellen. Es wurden 145 Anträge eingereicht und 123 Projekte aus allen Bundesländern mit insgesamt 192 Community Nurses (gemessen an Vollzeitäquivalenten) gefördert

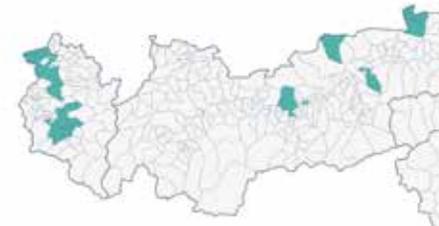
**Aufgaben von Community Health Nurses.** Die Aufgabenvielfalt von Community Health Nursing zeigt ein verschiedenartiges Bild auf. Im Zentrum stehen dabei Tätigkeiten aus den Bereichen Gesundheitsförderung, Krankheits- und Unfallprävention. Dazu zählen Assessment und Monitoring des Gesundheitszustands, Überwachung der motorischen und kognitiven Entwicklung von Kindern sowie Planung, Implementierung und Evaluation von entsprechenden Maßnahmen. Weitere Aufgabenbereiche sind die Alten- und Krankenpflege, Verabreichen von Infusio-

Dieser Beitrag ist eine Kurzfassung der Arbeit, die im Rahmen der Kooperation von KOMMUNAL und dem EConet-Projekt zur ländlichen Entwicklung publiziert wurde, an dem die Universität für Weiterbildung Krems, die Andrassy Gyula Universität Budapest, das Institut für Höhere Studien (IHS) und das Institut für Strategieanalysen (ISA) beteiligt sind.

[Mehr auf kommunal.at/econet](https://www.kommunal.at/econet)

## DAS KONZEPT DER COMMUNITY NURSES

Das Konzept hat zum Ziel, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu stärken und deren Wohlbefinden zu erhöhen sowie den längeren Verbleib von älteren Menschen im eigenen Zuhause zu ermöglichen. Laut World Health Organization (WHO) wird Community Health Nursing als Disziplin der Gesundheits- und Krankenpflege definiert, „welche die Fähigkeiten aus der Gesundheits- und Krankenpflege mit jenen von Public Health und dem Sozialbereich verbindet und im Rahmen von Public-Health-Programmen Aufgaben der Gesundheitsförderung, die Verbesserung sozialer und physischer Umweltfaktoren sowie die Rehabilitation von Krankheiten und Behinderungen übernimmt“.

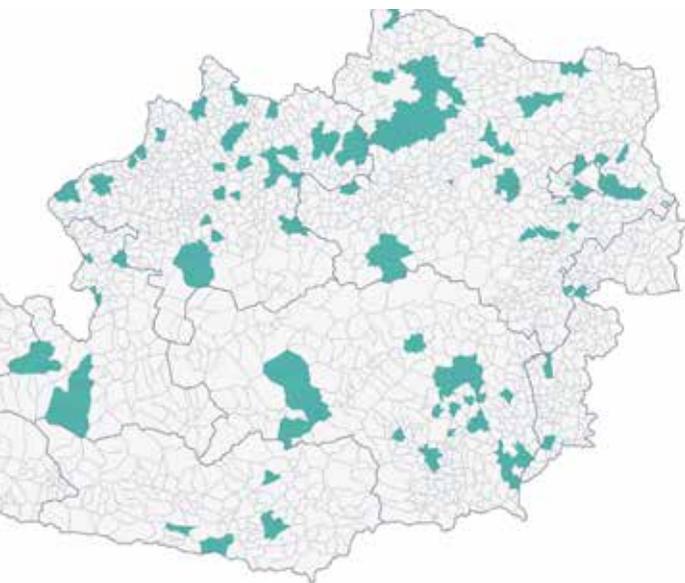


**Stand der Pilotprojekte Community Nursing am 31.3.2022 (Quelle: Gesundheit Österreich GmbH, [https://www.goeg.at/CN\\_Stand\\_Pilotprojekte](https://www.goeg.at/CN_Stand_Pilotprojekte)).**

nen und Schmerzpumpen, Wundmanagement, Betreuung von Patientinnen und Patienten mit medikamentöser Therapie, Betreuung Drogenabhängiger und vulnerabler Gruppen, Betreuung von Notfällen bis hin zu Impfungen und Bewertung der Bevölkerungsgesundheit.

Vor allem in ländlichen oder entlegenen Regionen übernehmen Community Health Nurses in einigen Ländern pflegerische Tätigkeiten, in anderen Ländern konzentrieren sich Community Health Nurses stärker auf die Koordination von Pflegeleistungen. Im Unterschied zu den übrigen Ländern bildet die kurative Versorgung in Irland einen festen Bestandteil in der Arbeit von Community Health Nursing. Dabei kommt es zu Kompetenzüberschneidungen mit anderen Health Professionals.

**Relevanz für die Gesundheitsversorgung ländlicher Regionen.** In der frühzeitigen Identifizierung gesundheitlicher oder sozialer Probleme wird Community Health Nursing eine wesentliche Rolle zugeschrieben. Des Weiteren wird die Zugänglichkeit zu Gesundheitsleistungen über alle Bevölkerungsgruppen hinweg erleichtert. In ihrer Rolle als Generalistinnen und Generalisten, können Community Nurses durch ihre universelle Unterstützung und durch den niederschweligen Zugang auch Personen erreichen, die ansonsten keine Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen würden.



Gerade im ländlichen Raum oder in Regionen mit drohender Unterversorgung kann Community Health Nursing eine sinnvolle Ergänzung bzw. Erweiterung der bestehenden Gesundheitsversorgung darstellen und ist geeignet, eine Basisversorgung sicherzustellen.

Zusammenfassend ist das Konzept des Community Health Nursing geeignet, die Gesundheitsziele hinsichtlich des Wandels von einer Krankheitsorientierung hin zu Gesundheitsförderung und Prävention zu unterstützen und die Primärversorgung zu stärken. Auf Gemeindeebene können Community Health Nurses mittels systematischer Sammlung und Analyse gesundheitsbezogener Daten in ihrem Verantwortungsbereich das vorhandene Angebot weiterentwickeln und auf die lokalen Gegebenheiten und den konkreten Bedarf definierter Bevölkerungsgruppen abstimmen. **✶**



**MICHAEL OGERTSCHNIG** IST STUDIENGANGSLEITER AN DER UNIVERSITÄT FÜR WEITERBILDUNG KREMS UND PROMOTIONSSTUDENT AN DER ANDRÁSSY UNIVERSITÄT BUDAPEST. **EVA KRCZAL** IST SENIOR SCIENTIST AM DEPARTMENT FÜR WIRTSCHAFT UND GESUNDHEIT, UNIVERSITÄT FÜR WEITERBILDUNG KREMS.

## REAKTION

# Erster wichtiger Schritt für die Stärkung des Pflegesystems

**G**emeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl begrüßte in einer ersten Reaktion die am 12. Mai präsentierten Vorschläge für die wichtige Aufwertung des Pflegeberufs mit mehr Geld für die Beschäftigten, Ausbildungsoffensive inklusive gestiegenem Ausbildungsgeld, Teilbarkeit der 24-Stunden-Betreuung und Verbesserungen für pflegende Angehörige:

„Die präsentierten Maßnahmen sind wichtige Schritte, um das Pflegesystem in die Zukunft zu führen. Einige Reformvorschläge des Gemeindebundes, die wir bereits im Jahr 2019 in unserem Positionspapier gefordert und auch in die Taskforce-Debatte eingebracht haben, werden nun endlich umgesetzt. Klar ist aber, dass ein weiterer großer Reformwurf weiter ausständig ist. Die langfristige Zukunftsfinanzierung der Pflege ist weiter ungeklärt und muss dringend angegangen werden.“

Die österreichischen Gemeinden sind wichtige Partner im Pflegesystem. So zahlen alle Gemeinden und Städte zusammen mehr als eine Milliarde Euro jährlich für die Pflege über Umlagen und direkte Finanzierungen mit. Auch bei organisatorischen Fragen sind die Gemeinden täglich gefragt, vor allem als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. „Als Mitfinanzierer des Pflegesystems wollen wir an dieser Stelle klarstellen, dass die jetzt präsentierten Maßnahmen nicht zu weiteren finanziellen Lasten der Gemeinden führen dürfen. Daher braucht es aus unserer Sicht auch rasche und tiefgehende Beratungen zur langfristigen Finanzierung des Pflegesystems, wozu wir auch jederzeit bereitstehen“, schloss Riedl.



FOTO // Christandl

**„Das Pflegepaket bringt einige wichtige Aufwertungen des Pflegeberufes, aber der große Reformwurf fehlt“, so Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl in einer ersten Stellungnahme.**

**Mehr Infos und das Forderungspapier des Gemeindebundes zur Pflege und Pflegefinanzierung finden Sie auf [kommunal.at/erster-schritt-fuer-die-staerkung-des-pflegesystems](http://kommunal.at/erster-schritt-fuer-die-staerkung-des-pflegesystems)**



## FACH- UND BILDUNGSREISE DES GEMEINDEBUNDES

FRANKREICH: KOMMUNEN  
UNTER DRUCK

Am 11. Mai machte sich eine Delegation des Österreichischen Gemeindebundes auf nach Frankreich, um im aktuellen EU-Vorsitzland die kommunalen Herausforderungen näher kennenzulernen.

TEXT // ANDREAS STEINER

Frankreich ist mit mehr als 630.000 km<sup>2</sup> und rund 68 Millionen Einwohnern die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt und damit – gemeinsam mit Deutschland – einer der wesentlichen Wirtschaftsmotoren der Europäischen Union. Als Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften hat Frankreich auch historisch eine wichtige Rolle im Machtgefüge Europas. Das Regierungssystem ist ein zentralistisches, wo der Staatspräsident eine zentrale Rolle einnimmt. Im Lauf der Geschichte hat sich die Autonomie der Gemeinde sehr stark gewandelt. Heute sind die rund 35.000 Gemeinden Bittsteller vor dem Zentralstaat und können immer weniger selbst verantworten.

**Zur Kommunalstruktur Frankreichs.** Die Verwaltung Frankreichs weist eine äußerst komplizierte Organisationsstruktur auf, wo Zuständigkeiten oft unklar beziehungsweise auch mehrfach verteilt sind. Laut Aussagen von Bürgermeistern kennen sich die Bürger nicht mehr aus, wofür die fünf Verwaltungsebenen genau zuständig sind. Daniel Cornalba, Bürgermeister der 7.000-Einwohner-Stadt L'Étang-la-Ville bei Paris und Vertreter des Verbands der Kleinstädte Frankreichs (Association des Petites Villes de France), lieferte uns zu Beginn unserer inhaltlichen Diskussionen viele Details zur Struktur in Frankreich. Als einer der jüngsten Bürgermeister des Landes gehört er einer Generation an, die mit den Vorgaben des Gesamtstaates umzugehen gelernt hat. So hat die Zentralregierung etwa im Jahr 2010 entschieden, dass sich alle Gemeinden zu kommunalen Verbänden mit mindestens 2.000 Einwohnern zusammenschließen müssen. In der Metropolregion Paris mit rund 12 Millionen Einwohnern müssen die Verbände mindestens 100.000 Einwohner



» **Kämpft mit vollem Einsatz für die starken kommunalen Rechte in Österreich!**«

**Philippe Laurent**, Bürgermeister von Sceaux bei Paris und Vizepräsident des Verbands der Bürgermeister Frankreichs

umfassen. Und ebendiese neue kommunale Struktur sorgt seit vielen Jahren auch für heftige Diskussionen unter Bürgermeistern.

**Unübersichtliche Strukturen.** So gibt es nun fünf Verwaltungsebenen. Über den rund 35.000 Gemeinden, die für die klassische Daseinsvorsorge zuständig sind, wurden die interkommunalen Verbände neu geschaffen. Diese Verbände sollen etwa Kanal, Wasser oder den öffentlichen Nahverkehr gemeinsam organisieren.

Darüber stehen die 103 Départements, die es seit der französischen Revolution gibt und die vor allem für Sozialpolitik zuständig sind. Darüber wiederum kommen die 18 Regionen (13 in Europa), die unter anderem für wirtschaftliche Entwicklung und auch Gymnasien zuständig sind. Départements und Regionen sind reine Verwaltungsebenen ohne eigene Gesetzgebung. Man kann sie also nicht mit den Bundesländern gleichsetzen. Laut Daniel Collard hat sich die Position der Gemeinden seit dem Amtsantritt von Emmanuel Macron im Jahr 2017 weiter verschlechtert. Während die meisten Kommunen von konservativen oder sozialistischen Bürgermeistern geführt werden, entscheidet die Partei Macrons „La republique en marche“ in Paris allzu oft, ohne auf die kommunalen Anliegen Rücksicht zu nehmen.

Noch vor Corona wurden die Mittel der Gemeinden um zehn Milliarden Euro von oben herab gekürzt. Erst der Verlauf der Pandemie hat die Rolle der Kommunen wieder etwas gestärkt, da sie auch als Krisenmanager vor Ort gebraucht wurden.

**Besuch in der Gemeinde Sceaux nahe Paris.** Nach der gemeinsamen Präsidiumssitzung und dem Austausch mit dem Vertreter der Kleinstädte Frankreichs ging es gemeinsam mit dem



österreichischen Botschafter Thomas Schnöll in die Gemeinde Sceaux, unweit von Paris. In der Stadt mit 20.000 Einwohnern ist Philippe Laurent seit mehr als 20 Jahren Bürgermeister. Daneben ist er auch noch Vizepräsident des Verbands der Bürgermeister (Association des Maires de France). Der Verband zählt mehr als 34.000 Bürgermeister und Vorsitzende der interkommunalen Verbände zu seinen Mitgliedern und ist damit ein politisches Schwergewicht in Frankreich.

Philippe Laurent präsentierte uns nicht nur seine Gemeinde, sondern brachte auch viele politische Spitzen Richtung Zentralstaat an. In Frankreich gibt es viele Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern. Die Identifikation der Bürger mit ihrer Kommune ist traditionell groß, da für die meisten die Regierung in Paris zu weit weg ist. Der Bürgermeister ist – zwar vom Gemeinderat gewählt – Beamter des französischen Staates und untersteht dem Präfekten des Départements. So unterschreibt er etwa Baugenehmigungen im Namen des Staates und nicht der Gemeinde. Bürgermeister Laurent kritisierte auch, dass Verordnungen von oben herab – wie etwa die Zwangszusammenarbeit der Gemeinden – nicht zielführend sind. Der Staat solle die Gemeinden einfach in Ruhe arbeiten lassen und sie nicht mit Vorschriften überhäufen.

**Mit dabei waren die Mitglieder des Präsidiums sowie des Europaausschusses. Im Fokus der Reise stand der Austausch mit zahlreichen Gemeindevertretern in und um Paris. Abgerundet wurde die Fach- und Bildungsreise von einem Besuch im Schloss Versailles, einem Fotoshooting vor dem Eiffelturm und der Besichtigung interessanter Sehenswürdigkeiten in der Zweimillionen-Einwohner-Metropole Paris.**



**ANDREAS STEINER** IST PRESSESPRECHER DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

Das Vertrauen zwischen den Kommunen und dem Staat ist auch schwer angeschlagen. Man hat über Jahrzehnte hinweg die unterste Ebene stark beschnitten und ihr Steuerhoheiten weggenommen. Die jährliche Mittelzuweisung an die Gemeinden gleicht einer Almosenausgabe, wo die Gemeinden keine Mitsprache haben.

Der österreichischen Delegation gab der streitbare Bürgermeister mit, mit vollem Einsatz die starken kommunalen Rechte in Österreich zu verteidigen. In Frankreich habe man vor Jahrzehnten leider den falschen Weg eingeschlagen.

**Kommunale Selbstverwaltung stärken.** Der Blick über den kommunalen Tellerrand zeigt einmal mehr, wie stark die Position der österreichischen Gemeinden im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wirklich ist. Die vielen Gespräche haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist, das hohe Gut der kommunalen Selbstverwaltung in unserem Land mit aller Kraft zu verteidigen und auch zu stärken. Nur selbstständige und selbstbewusste Gemeinden sind stabile Fundamente unseres Zusammenlebens. 

**Mehr auf [kommunal.at/frankreich-kommunen-unter-druck](http://kommunal.at/frankreich-kommunen-unter-druck)**

APOSTOLOS TZITZIKOSTAS ZUM EUROPATAG

# EUROPA MUSS ENDLICH BÜRGERNÄHER WERDEN!

Eine größere Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften wird dazu beitragen, das Vertrauen der Bürger in die EU wiederherzustellen.



**D**ie brutale Invasion in der Ukraine hat uns daran erinnert, dass die 27 Mitgliedstaaten der EU trotz ihrer Unterschiede durch ihr Bekenntnis zu Frieden, gemeinsamen Grundwerten, Demokratie und Solidarität eng miteinander verbunden sind. Dennoch ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU nach wie vor gering: Die jüngsten Ergebnisse der französischen Präsidentschaftswahlen sind ein Moment der Erleichterung, nicht der Freude, denn 41 Prozent der Wähler stimmten für die extreme Rechte. Am 9. Mai, am Europatag, war es nach einem Jahr der Diskussionen im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas an der Zeit, ehrlich darüber nachzudenken, wie die Arbeitsweise der EU reformiert werden kann, damit sie wirksamer, reaktionsfähiger und näher an den Menschen ist, denen sie dient.

Die Pandemie und die humanitäre Reaktion auf den Krieg in der Ukraine haben gezeigt, dass die EU in Krisenzeiten auf ihre Regionen, Städte und Dörfer angewiesen ist. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU unterstützen Millionen von ukrainischen Flüchtlingen, indem sie ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohnraum, Bildung und anderen sozialen Dienstleistungen verschaffen. Der Krieg in der Ukraine ist überdies eine Belastung für die Energieversorgungssicherheit und verschärft die Energiearmut, von der bereits mehr als 30 Millionen Europäer betroffen sind. Die Entscheidung, weiterhin russisches Gas und Öl zu kaufen, um die Stabilität zu erhalten, ist in Frage zu stellen.

Angesichts der Sorgen der Bürger:innen und insbesondere der jungen Menschen über den

» **Die Schlüsselrolle, die lokale und regionale Gebietskörperschaften spielen, wird in den Prozessen, in denen Gesetze auf EU-Ebene erlassen werden, nicht angemessen berücksichtigt.**«

Klimanotstand kann es keine Rückkehr zu fossilen Brennstoffen geben. Den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften kommt bei der Dezentralisierung der Energieerzeugung, der Förderung von Investitionen in saubere Energie und der Finanzierung der Renovierung von Gebäuden eine wichtige Rolle zu.

Seit mehr als einem Jahrzehnt zeigen Meinungsumfragen, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften die Regierungsebene sind, der am meisten Vertrauen entgegengebracht wird. Der Grund dafür ist einfach: Die kommunalen und regionalen Verwaltungen sind Teil des täglichen Lebens der Menschen, sie hören ihnen zu, gehen auf ihre Bedürfnisse ein und handeln entsprechend ihren Wünschen.

Diese Schlüsselrolle wird jedoch in den Prozessen, in denen diese Gesetze auf EU-Ebene erlassen werden, nicht angemessen berücksichtigt. Es ist an der Zeit, dass diese wichtige Rolle aufgewertet wird, und zwar durch den Europäischen Ausschuss der Regionen, der über seine derzeitige beratende Funktion hinausgehen und in Bereichen mit einer eindeutigen territorialen Dimension eine verbindliche Rolle übernehmen sollte.

Nach einem Jahr der Debatten und der guten Absichten hat die Konferenz über die Zukunft Europas gezeigt, dass die Bürger:innen mehr Transparenz, mehr Inklusion, mehr Nachhaltigkeit und mehr Sicherheit fordern.

Wenn es um grundlegende Bedürfnisse wie Gesundheit, Verteidigung oder eine effizientere Entscheidungsfindung der EU geht, sollten Vertragsänderungen kein Tabu sein. Daher ist der Vorschlag des Europäischen Parlaments für

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an [leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)



**Europa muss sich verändern**, indem es seine Regionen und Kommunen in den Mittelpunkt stellt, oder es läuft Gefahr, dass ihm von den Bürger:innen an den Urnen Veränderungen aufgezwungen werden.“

einen neuen Konvent zur Zukunft Europas eine willkommene Gelegenheit, diesen grundlegenden Wandel in der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und des Europäischen Ausschusses der Regionen Wirklichkeit werden zu lassen. Die Verantwortung liegt bei Europäischem Parlament, Rat und Kommission, die zahlreichen Reformvorschläge ernsthaft zu prüfen. Sie müssen transparent kommunizieren, welche Vorschläge wann umgesetzt werden und warum welche Vorschläge nicht umgesetzt werden.

Europa muss sich verändern, indem es seine Regionen und Städte in den Mittelpunkt stellt, oder es läuft Gefahr, dass ihm von den Bürger:innen an den Urnen Veränderungen aufgezwungen werden. Wie die EU auf den Schutz von Flüchtlingen, die Bewältigung des Klimanotstands und die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie reagiert, wird die Meinung der Bürger:innen im Jahr 2024 prägen. Angesichts der bevorstehenden Europawahlen werden die nächsten zwölf Monate entscheidend dafür sein, bei den Menschen das Gefühl zu stärken, dass die Europäische Union für sie, ihre Familien und ihr Leben tatsächlich von Bedeutung ist. Es ist an der Zeit, dass die EU näher an ihre Bürger:innen heranrückt. ●

APOSTOLOS TZITZIKOSTAS

Apostolos Tzitzikostas ist ein griechischer Politiker der Partei Nea Dimokratia. Er ist seit 2014 Gouverneur der Region Zentralmakedonien und seit 2019 Vorsitzender des Verbands griechischer Regionen. Im Jahr 2020 wurde er Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen.

## DEUTSCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND ZU BESUCH

### Informations- und Gedankenaustausch auf höchster Ebene

**A**ngeführt von Bürgermeister Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGb), und seinem Geschäftsführer Gerd Landsberg besuchte eine Delegation des DStGb Anfang Mai Wien. Mit dabei waren unter anderem Marco Trips, Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, und Roger Kehle, Ehrenpräsident des Gemeindetags Baden-Württemberg.

In einer gemeinsamen Beiratssitzung mit Alfred Riedl und Walter Leiss, Präsident und Generaldirektor des Österreichischen Gemeindebundes, besprachen die Gäste aus Deutschland in den Räumlichkeiten des Kommunal-Verlags aktuelle politische Themen. Und obwohl sehr viel Übereinstimmung bei den Herausforderungen bestand, gab es doch einige Unterschiede bei den Herangehensweisen.

Besprochen wurden vor allem Preissteigerungen, Kinderbetreuung, Unsicherheiten in Bezug auf eine mögliche Pandemie-Welle im Herbst sowie Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und des Gas- und Öl-Ausstiegs. Einigkeit herrschte allerdings darüber, dass es an den Gemeinden liegen wird, den Menschen wieder Zuversicht zu geben und sie durch die Krise(n) zu bringen.



**Der Höhepunkt des Besuchs einer Delegation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes war ein Gedankenaustausch mit Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer.**



FOTOS://© KOMMUNAL/Jürg Christandl

**Roger Kehle, Marco Trips, Michael Zimmer, Alfred Riedl, Gerd Landsberg und Ralph Spiegler besprachen während der Beiratssitzung aktuelle und künftige Herausforderungen der Kommunen.**

# GESTALTEN & ARBEITEN

## **KLIMASTATUSBERICHT**

Der Klimawandel in  
Österreich  
Seite 46

## **ELEKTRIZITÄTSWENDE**

Gemeinden und die  
Ökostrommilliarde  
Seite 50

## **FÖRDERUNG**

Kleinwasserkraft mit  
großem Potenzial  
Seite 74

# ENERGIE



# FÜR UNSER KLIMA MÜSSEN WIR FAHRT AUFNEHMEN

Dass etwas für das Klima getan werden muss, ist allen klar. Gemeinden können Vorzeigemaßnahmen setzen, etwa bei der Errichtung neuer Gemeindegebäude und Schulen, und vor allem bei den Menschen das Bewusstsein für Klimaeffizienz schaffen und stärken. Aber das sind nur ein paar Maßnahmen – und so einfach wird auch das nicht werden. Manchmal überwiegt das Gefühl, dass zu viele Probleme im Weg liegen. KOMMUNAL hat den Versuch gestartet, sich einen Überblick zu verschaffen.

10 KONKRETE SCHRITTE HIN ZUR SPARSAMEN UND UMWELTFREUNDLICHEN ENERGIE

# ENERGIEWENDE: SO KLAPPT SIE IN JEDER GEMEINDE

Dass etwas für das Klima getan werden muss, ist allen klar. Besonders Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und Gemeindemandatare sind beim Thema Energiewende gefordert. Sie können Vorzeigemaßnahmen setzen und vor allem innerhalb ihrer Gemeinden ein Bewusstsein schaffen und stärken.

TEXT // SYBILLE MÜLLER

Die Energiewende betrifft jedes einzelne Gemeindemitglied. Darum sind Bürgermeister:innen und Gemeindemandatare in allen neun Bundesländern Österreichs gut beraten, das Bewusstsein hinsichtlich Klimaschutz und Energiebilanz zu kommunizieren. Ein Masterplan ist einer von **zehn Punkten**, wie die Energiewende zu schaffen ist. Und er hilft dabei, den Blick zielgerichtet nach vorne zu richten. Wo auch immer weniger Energie verbraucht werden kann, gilt es dranzubleiben.

Ein Energiebeauftragter kann auf kommunaler Ebene die Energiewende ankurbeln. Der oder die Beauftragte ist das Bindeglied zwischen den Führenden und den Geführten. Jegliche Maßnahmen, um Energiekosten einzusparen, kann der Energiebeauftragte der Dorfgemeinschaft mit seiner wissenschaftlichen Expertise vermitteln.

Gemäß dem Energieeffizienzgesetz sollte jede größere Gemeinde mindestens einen Energiebeauftragten stellen. Dieser ist für eine transparente Energiebuchhaltung verantwortlich und erstellt den jährlichen Energiebericht. Die Energiewende kann nur dann zum Erfolg führen, wenn alle Bewohner einer Kommune an einem Strang ziehen.

## BEWUSSTSEIN SCHAFFEN

Die Energiewende betrifft jedes einzelne Gemeindemitglied. Ein Masterplan hilft, den Blick zielgerichtet nach vorne zu richten und vor allem die Menschen dabei mitzunehmen.

Kosten durch Energieeinsparung zu reduzieren heißt, den Klima- und Umweltschutz ernst zu nehmen. So ist der Energiebeauftragte in der Lage, Energieeffizienzmängel zu erkennen, und kann die notwendigen Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung vorlegen. Ein Energiebeauftragter erhebt in regelmäßigen Abständen den gesamten Energieverbrauch aller im Besitz der Kommune befindlichen Anlagen und Liegenschaftsobjekte.

**Thermische Sanierung.** Für Gemeinden ist eine thermisch-energetische Sanierung von Schulgebäuden und anderen kommunalen Gebäuden eine Herausforderung. Die Qualität der Gebäude muss steigen, darin sind sich im Grunde alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich einig. Der finanzielle Aufwand ist allerdings enorm. Dass die zukunftsorientierte Energiewende Geld kostet, ist zwar schwer verdaulich, aber unumgänglich.

## THERMISCHE SANIERUNG

Die Qualität der Gebäude muss steigen, der finanzielle Aufwand ist allerdings enorm. Regelmäßig erhobene Energiedaten sind ein ausschlaggebender Faktor.

Die regelmäßig erhobenen Energiedaten der verschiedenen Gemeindeobjekte sind ein ausschlaggebender Faktor. Mithilfe der Energiebuchhaltung liefern sie für die Gemeinderäte und -oberhäupter die notwendigen Basisdaten, um die passenden Richtlinien für viele Klimaschutz-

maßnahmen festzulegen. Auf diese Weise können auch die Energiefresser in den kommunalen Gebäuden eruiert werden.

Schritt für Schritt wird von den Verantwortlichen in der Gemeinde eine Reihenfolge der Anlagenerneuerungen festgelegt. Die Planung einer thermischen Sanierung der Gemeindegebäude basiert stets auf der Evaluierung des Energieverbrauchs. Das Credo der Energiewende beruht auf einer wesentlichen Verringerung des Energiebedarfs, wo immer es nur geht.

Für eine Mustersanierung von Gemeindeobjekten sollten Bürgermeister den Klima- und Energiefonds in Anspruch nehmen. Komplett sanierte Gebäude der Kommunen erhalten nach Abschluss der Arbeiten eine Plakette.

### Neubauten im Passivhausstandard.

Verbraucht ein Haus besonders wenig Energie, dann handelt es sich häufig um ein sogenanntes Passivhaus. Für Gemeinden sind geplante Häuser mit Passivhauskriterien ein Segen. Doch was genau kennzeichnet ein derartiges Haus? Lange galten Bauinteressierte und Architekten von Passivhäusern als reine Ökopioniere. Auf die Energiewende bezogen werden solche Gebäude mittlerweile als regelrechte Ideelhäuser eingestuft. Denn grundsätzlich ist ein derartiges Haus in der Lage, ohne Energiezufuhr von außen den eigenen Wärmebedarf zu decken. Das bedeutet für den Besitzer niedrige Heizkosten und für die Gemeinde einen äußerst geringen Heizwärmebedarf.

Das Konzept ist schnell erklärt. Beim Passivhaus wird penibel darauf geachtet, dass so wenig Energie wie möglich durch die Wärmeabgabe (Transmission) der Gebäudehülle abhandelt bzw. auf unnütze Weise verloren geht. Energie kostet und darum sind neue Formen von Häusern für eine erfolgreiche Energiewende von größter Bedeutung und vonseiten der Gemeinde auf jeden Fall unterstützungswürdig. Denn allein eine Tatsache genügt, um den Vorteil hierbei zu erkennen: Im Gegensatz zu konventionell gebauten Wohnobjekten verbraucht ein Passivhaus weniger als 90 Prozent Heizenergie.

### RESSOURCEN BESSER NUTZEN

**Das Trio „Daten, Maschinen und Mensch“ kann die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, Produktivität steigern und Energiekosten auf kommunaler Ebene reduzieren.**

**Ressourcen besser nutzen.** Für die Gemeinden als Unternehmen führt die durch die Digitalisierung erzielte Ressourceneffizienz zu einer Produktionssteigerung. Des Weiteren kann durch das Trio „Daten, Maschinen und Mensch“ auch die Wettbe-

werbsfähigkeit erheblich verbessert werden. Für Gemeindeoberhäupter bezieht sich das Mehr an Effizienz beim Ressourcenverbrauch durch Digitalisierung sehr stark auf das Thema der Kostenreduzierung. So kann beispielsweise durch eine fortlaufende Überwachung der Energiesysteme sichergestellt werden, dass die geplanten sowie die umgesetzten Energieeffizienzmaßnahmen auch wirklich greifen. Vor allem bei den Themen Energiehaushalt, Energiewende und Energiebilanz können mithilfe der digitalisierten Effizienztliche Optimierungspotenziale entdeckt und umgesetzt werden, was den Ressourcenverbrauch angeht.

Das Credo lautet: Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, Produktivität steigern und Energiekosten auf kommunaler Ebene reduzieren.

**Straßenbeleuchtung mit LED.** Die Energiewende braucht Zeit. So wie einst die industrielle Revolution bedarf auch eine digital kontrollierte, ressourcenschonende Energienutzungsänderung einer zukunftsorientierten Entwicklungsphase. Gemeindeoberhäupter können aber bereits jetzt Richtlinien beschließen und Maßnahmen setzen, um das viel diskutierte Thema des nachhaltigen Energieverbrauchs in den Griff zu bekommen.

Eine Straßenbeleuchtung mit LED-Leuchten und einer intelligenten Steuerung derselben ermöglicht es langfristig betrachtet, enorm viel Energie einzusparen. Eine autarke Straßenbeleuchtung in LED leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Umweltpolitik. Bürgermeister sind in der Lage, LED-Straßenbeleuchtungs- ➤

### PASSIVHAUSSTANDARD

**für Neubauten.  
Es geht darum, den Aufwand von Energie für ein komfortables Wohnen niedrig halten zu können.**

### LED-STRAßENBELEUCHTUNG

**Eine autarke Straßenbeleuchtung in LED leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Umweltpolitik, ist insektenfreundlich und spart sehr viel Geld.**

projekte in ihren Kommunen zu starten. Hochwertige LED-Mastleuchten können mithilfe von Lichtplanung und Service auf Freiflächen, Fußwegen, Radwegen, Parkplätzen und öffentlichen Straßen sowie bei Bootsstegen und Brücken als nachhaltige Lichtquellen dienen. Bei einer Straßenbeleuchtung in LED handelt es sich um ein insektenfreundlich gerichtetes Licht. Eine derartige Beleuchtung trägt auch zur Reduzierung der Lichtverschmutzung bei.

Für Gemeinden macht sich der Einsatz von solaren LED-Mastleuchten bezahlt. Sie sind langlebig und netzunabhängig. LED-Mastleuchten samt Leuchten sind des Weiteren leistungsstark und äußerst sparsam. Die Techniker in den Kommunen können die Einstellung der LED-Straßenbeleuchtung auf eine individuelle Leuchtdauer einstellen. Ein weiterer Vorteil von LED-Leuchten ist die Verwendung von Bewegungssensoren. Das Licht wird somit nur dann gespendet, wenn sich ein Mensch oder ein Tier in unmittelbarer Nähe der Straßenbeleuchtung befindet. Energiewende bedeutet, jedes Mittel und jede Gelegenheit zu nutzen, um eine zukunftsorientierte Lösung im Bereich des Energieeinsparens voranzubringen.

**Wärmerückgewinnung.** Für eine gelungene Energieeffizienz spielt die sogenannte Wärmerückgewinnung in modernen öffentlichen sowie auch privaten Gebäuden eine zentrale Rolle. Sie als Bürgermeisterin und Bürgermeister sind darum gut beraten, auch hinsichtlich der Heiz- und Klimatechnik jegliche technische Errungenschaft in Ihren Energiewendeplan mit einfließen zu lassen. Bei der Wärmerückgewinnung handelt es sich um einen technischen Prozess, bei dem die Energie der Wärme von einem Medium in ein anderes Medium übertragen wird. Bei der Rückgewinnung von Wärme wird diese übertragene Wärme dann zum Heizen genutzt. Sie gelangt somit nicht als Raumluft oder Abgas nach draußen, sondern wird auf nachhaltige Weise wieder der Raumluft oder dem Heizsystem zugeführt. Dadurch kann eine Steigerung der Energieeffizienz erreicht werden.

**WÄRMERÜCKGEWINNUNG**

**Bei der Wärmerückgewinnung handelt es sich um einen technischen Prozess, bei dem die Energie der Wärme zum Heizen genutzt wird.**

**ENERGIEBUCHHALTUNG**

**Gemeinden können mit einer online geführten Energiebuchhaltung die Energieerzeugung und den Energieverbrauch erfassen, analysieren und im Blick behalten.**

In Energieeffizienzhäusern kann diese Form der Wärmeenergiegewinnung beispielsweise bei der Lüftungssteuerung ideal zum Einsatz kommen. Hierbei unterscheidet man generell zwischen einer rekuperativen und einer regenerativen Wärmerückgewinnung. Auch in öffentlichen Gebäuden sorgt die Wärmerückgewinnung für Energieeinsparung und außerdem für ein verbessertes Raumklima.

Den Bürgermeistern in Österreich obliegt es, auch im privaten Bereich der Dorfgemeinschaft Förderungsmittel für Energiesparmaßnahmen bereitzustellen. Alle dafür notwendigen Förderungskriterien und wichtigen Informationen sollten den Bürgern und Bürgerinnen in den kommunalen Informationsblättern präsentiert werden. Die zur Antragstellung benötigten Unterlagen können interessierte Gemeindeglieder dann schnell auf digitalem, aber auch auf analogem Weg finden.

**Energiebuchhaltung.** Gemeinden können mit einer online geführten Energiebuchhaltung die Energieerzeugung und den Energieverbrauch erfassen, analysieren und perfekt im Blick behalten. Das internetbasierte Programm für die Übersicht über die Energieverbrauchsentwicklung ist in allen Belangen funktional, sicher und einfach konzipiert. Mithilfe der Energiebuchhaltung werden alle Verbrauchs- und Erzeugungsdaten innerhalb einer Gemeinde lückenlos erfasst. Die Ergebnisse können nachvollziehbar aufbereitet und zusammengefasst werden.

Das kommunale Energiemanagement lässt sich dank der Energiebuchhaltung optimieren. Dieser Beitrag zur Energiewende auf lokaler Ebene ermöglicht Einsparungen sowohl beim Energieverbrauch als auch bei den anfallenden Energiekosten. Die Anwendung der Energiebuchhaltung bezieht sich auf drei wesentliche Grundpfeiler: 1. Energieverteilung, 2. Entwicklungstendenzen und 3. Einsparungspotenziale.

Des Weiteren sorgt die Energiebuchhaltung für eine zentrale und sichere Datenspeicherung. Sie erfasst und wertet alle Energieströme in einer Gemeinde aus. Die Bedienung und die

Dieser Bericht ist in der Februar-Ausgabe der „Bürgermeisterzeitung“ erschienen und unter [www.buergermeisterzeitung.at](http://www.buergermeisterzeitung.at) nachzulesen.

Funktionsweise dieser digitalen Energiebuchhaltung sind einfach. Nur durch ein monatliches Energiecontrolling können zukunftsorientierte Energieeinsparungsprozesse erkannt und in die Tat umgesetzt werden.

**Nachhaltigkeit als oberstes Ziel.** Eine kommunale Infrastruktur kann mit den richtigen digitalen Mitteln den Aufbruch in eine smarte und energieschonendere Zukunft einleiten. Hierbei werden alle lokalen Möglichkeiten mit den zur Verfügung stehenden digitalen Mitteln verbunden. Die Stadtwerke fungieren somit als Systemmanager, der sowohl die Energie, den Abfall und das Wasser als auch die unterschiedlichsten Formen der Mobilität auf ganzheitliche Weise zusammenbringt. Damit werden Standortattraktivität und das Leben der Menschen mithilfe einer smarten, intelligenten Weiterentwicklung der gesamten kommunalen Infrastruktur nachhaltig verbessert werden können.

Gemeindeoberhäupter können bei der Energieeffizienz und beim Energie sparen auf Bewusstseinsbildende Maßnahmen setzen. Die kommunale Bevölkerung sollte in Bezug auf die Entwicklung und die Pläne zum Thema Energiewende genauestens informiert werden. Veranstaltungen wie etwa Umwelttage in der Gemeinde, Expertenvorträge, Umweltmessen und Umweltfeste bieten sich als ideale Plattformen an. Die Thermografie von Wirtschaftsgebäuden und von Gemeindehäusern ist ebenso von Belang wie ein kostenloses Energiecheckangebot für private Haushalte. Für Haushalte sind auch Energiemessgeräte von entscheidender Bedeutung. Auf diese Weise wird die Dorfgemeinschaft informiert und für gewisse Themen sensibilisiert. Innovative Beleuchtungskonzepte sind vonnöten. Das Erheben der Ist-Situation ist wichtig, was den jährlichen Stromverbrauch, den Energieverbrauch und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Tonnen betrifft.

Des Weiteren fließt hier die Erhebung von PV- und Solaranlagen mit hinein. Die Thermografie von Gebäuden und Gemeindebauten ist für die Erhebung der Energiebilanz ausschlaggebend. Gemeinden können je nach Interesse der Dorfgemeinschaft auch regelmäßige Energiesprechtag (Energieberatung) organisieren.

## SANFTE MOBILITÄT

**Es geht in erster Linie darum, unnötigen motorisierten Verkehr zu vermeiden. Dadurch spart man automatisch jede Menge fossile Rohstoffe ein.**

**Sanfte Mobilität.** Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Bewusstseinsbildung der Dorfbewohner. Es geht in erster Linie darum, unnötigen motorisierten Verkehr zu vermeiden. Dadurch spart man automatisch jede Menge fossile Rohstoffe ein. Zudem erhöht sich mit der Zeit die Lebensqualität in den Kommunen und die Umwelt wird nachhaltig geschont.

Durch das Errichten von gut ausgewählten Fußgängerzonen, den Ausbau von günstig gelegenen Radwegen und die Revitalisierung von Plätzen können Sie als Bürgermeister die angestrebte Energiewende in die richtige Richtung lenken. Der öffentliche Verkehr sollte gemäß dem Energieeinsparungstrend ausgebaut werden. Der Gemeinde-Fuhrpark kann auf energieeffiziente Fahrzeuge umgestellt werden.

Zu einer guten Energiebilanz tragen auch Aktionstage wesentlich bei, zum Beispiel ein autofreier Tag. Aber auch umweltfreundliche Schulwege sowie eine Kindermeilen-Kampagne sind für das Klimabündnis zu befürworten. Die Schaffung von autofreien Zonen bzw. verkehrsberuhigten Gegenden in der Gemeinde und eine Ortsbelebung sind mitverantwortlich für eine nachhaltige Energiewende.

**Auf regionale Wertschöpfung achten.** Weite Transporte von Energierohstoffen kosten Geld und sind umweltschädlich. Jede erneuerbare Energie und alle zur Verfügung stehenden regionalen Energien senken die Kosten für den notwendigen Energiehaushalt. Als regionale

Energien kommen neben Solar-, Wind- und Wasserkraftenergie zur Erzeugung von Warm-

wasser und Raumwärme auch häufig Abwärme aus Biogasanlagen, Pellets, Biomasse-Nahwärme und Geothermie zum Einsatz.

Die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung sichert darüber hinaus heimische Arbeitsplätze und garantiert in Folge einen dauerhaften Wohlstand in der Bevölkerung. ❁

## NACHHALTIGKEIT

**als oberstes Ziel. Eine kommunale Infrastruktur kann mit den richtigen digitalen Mitteln den Aufbruch in eine smarte und energieschonendere Zukunft einleiten.**

## REGIONALE WERTSCHÖPFUNG

**Von regionalen Energien profitieren Gemeinden besonders: Neben Wasserkraft, Solar- und Windenergie kommen zur Erzeugung von Warmwasser und Raumwärme Biogasanlagen, Pellets, Biomasse-Nahwärme und Geothermie in Frage.**

KLIMAWANDEL

# KLIMAWANDEL IN ÖSTERREICH

Der Klimastatusbericht 2021 fasst das vergangene Jahr für Österreich klimatologisch zusammen und zeigt Lösungsansätze auf, um sich an die geänderten Wetterbedingungen bestmöglich anzupassen.

TEXT // ANDREAS HUSSAK

**K**aum eine Nachricht ist so uninteressant wie der Wetterbericht von vorgestern oder von letzter Woche. Dem Wetterbericht von letztem Jahr sollte man allerdings schon seine Aufmerksamkeit schenken. Der kürzlich veröffentlichte Klimastatusbericht 2021 zeichnet ein besorgniserregendes Bild der Auswirkungen des Klimawandels in und auf Österreich. Der Bericht, der jährlich im Auftrag des Klima- und Energiefonds und der Bundesländer erstellt wird, ordnet das vergangene Klimajahr in Österreich klimatologisch erneut als zu warm ein. Der Sommer 2021 war österreichweit der neuntwärmste Sommer der 255-jährigen Messgeschichte. Vor allem war er aber gekennzeichnet von heftigen Unwettern und lokalen Rekordregenschichten. So tobte am 22. Juni in Oberösterreich ein Unwetter mit starken Sturmböen und Hagel mit Korngrößen bis zu 12 cm – das Ergebnis waren Gesamtschäden in der Höhe von 22 Millionen Euro in der Landwirtschaft: Laut der Österreichischen Hagelversicherung ein Rekord für ein einzelnes Schadensereignis.



Nach einem Starkregen trat am 17. Juli 2021 der Kothbach in Hallein (Salzburg) über die Ufer und überflutete und verwüstete das Stadtzentrum.



FOTOS // Stadtgemeinde Hallen



**Das Jahr 2021 war insgesamt in Österreich mit einem Plus von 1,2 °C** im Vergleich zum Bezugszeitraum 1961–1990 deutlich wärmer als im langjährigen Mittel. Besonders der Juni sticht heraus. Mit einer Abweichung von +4,2 °C war er der drittwärmste der Messgeschichte. Trotz regional intensiver Gewitter weist das Jahr 2021 österreichweit ein leichtes Niederschlagsdefizit auf. Mit 1.000 Millimeter Niederschlag im Bundesmittel fiel um sechs Prozent weniger Niederschlag als im Durchschnitt. Den ungewöhnlich trockenen Monaten Februar, März, April, Juni und September standen ein außergewöhnlich regenreicher Juli sowie ein niederschlagsreicher Jänner und August gegenüber.

**Den Klimaschutzbericht nur als Wetterbericht zu betrachten, wäre allerdings unfair** und schlicht nicht zutreffend, denn er analysiert und erklärt Hintergründe und Zusammenhänge. Vor allem aber bietet er auch eine Fülle an Lösungsansätzen und Hilfestellungen, wie man sich als Einzelne(r), aber auch als Gemeinde an die sich verändernden Klimabedingungen am besten anpasst. Die aktuelle Ausgabe des Berichts fokussiert insbesondere auf die Auswirkungen von lokalen, heftigen Gewittern und erklärt, wie diese im Zusammenhang mit dem menschengemachten Klimawandel einzuordnen sind.

Anlass dafür ist vor allem das große Schadensausmaß, das diese kleinräumigen, intensiven Unwetter im Jahr 2021 mit sich brachten, und die breite Betroffenheit in der österreichischen Bevölkerung. Die veränderten Bedingungen aufgrund des Klimawandels lassen die Intensität für solche Ereignisse in Österreich steigen. Extreme Starkniederschläge werden pro Grad Erwärmung um rund zehn Prozent intensiver werden. Erste Untersuchungen zur Wahrscheinlichkeit derartiger Ereignisse lassen zudem befürchten, dass auch die Häufigkeit dieser Ereignisse weiter zunehmen wird. Einer entsprechenden Vorsorge sowie Vorwarnsystemen kommt daher eine entscheidende Rolle zu.

**Wettervorhersagen und vor allem Unwetterwarnungen stellen eine zentrale Säule** der Anpassung an Unwetter dar. Das Warnwesen wurde in den vergangenen Jahren durch eine stetige Steigerung der Rechenleistung von Computern und feinere Auflösungen der Wettervorhersagen immer weiter verbessert.

Da eine Vorwarnung vor kleinräumig auftretenden Unwettern aufgrund der schwierigen Vorhersagbarkeit nur sehr kurzfristig möglich ist, ist es umso wichtiger, präventive Maßnahmen zu setzen und das richtige Verhalten im Ereignisfall zu üben. Dies gilt für Einzelpersonen genauso wie für die Gemeinden, denen eine entscheidende Rolle in der Anpassung an Unwetter zukommt. Ihnen obliegt die Aufgabe, sowohl die eigenen Schutzmaßnahmen in der Gemeinde zu planen und umzusetzen als auch mögliche Schutzmaßnahmen der Bürger:innen zu kommunizieren sowie gegebenenfalls planerisch zu begleiten. Programme wie „KLAR! – Klimawandel-Anpassungsmodellregionen“, „KEM! – Klima- und Energiemodellregionen“, das e5-Programm sowie „LEADER“ oder auch die Klimabündnis-Gemeinden und Programme der einzelnen Länder unterstützen die Gemeinden dabei, Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung umzusetzen.

**Um die Vorsorge von österreichischen Gemeinden zu stärken**, wurde die Web-Plattform „Vorsorgecheck Naturgefahren im Klimawandel“ ins Leben gerufen. Gleichzeitig bietet das Umweltbundesamt in Zusammenarbeit mit den Klimaschutz-Koordinationsstellen der Bundesländer auch eine Beratung für Gemeinden zur Anpassung an den Klimawandel. Gemeinden in KLAR! Regionen können für die Durchführung des Vorsorgechecks eine Förderung beim Klima- und Energiefonds beantragen.

Der gesamte Klimastatusbericht 2021 mit sämtlichen Fakten, Erläuterungen und Links steht auf der Webseite des Klima- und Energiefonds zum kostenlosen Download bereit.

[www.klimafonds.gv.at/publication/klimastatusbericht2021](http://www.klimafonds.gv.at/publication/klimastatusbericht2021)

KOMEX M13 500

# PICK-(me)UP

## Wir machen den Weg zum Ziel

Mit unserer neuesten mobilen Lösung für thermische Unkrautbeseitigung gehen wir autonom und umweltschonend nach vorne. Das große Ganze im Blick und die Details im Griff. Mit dem kompakten System **KOMEX M13 500 – Dem Multifunktionsgerät** für zielgerichtete und gleichzeitig großflächige Unkrautvernichtung in jedem Bereich. Autarker Antrieb und 500 Liter Wasserspeicher bestimmen den Langstreckenerfolg. Welcher Weg ist Ihr Ziel?



Unkrautbeseitigung



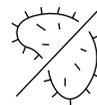
Reinigung



Pflanzen gießen



Kaugummi-Entfernung



Desinfektion



**KECKEX**

Austrasse 30, 6832 Sulz, Austria  
T +43 (0) 5522 24664

[www.keckex.com](http://www.keckex.com)

ZUM VIDEO





Es gilt so schnell wie möglich auf Erneuerbare umzusteigen und den Energieverbrauch deutlich zu senken.

FOTO // Stockphoto.com/schmidt

## KLIMANEUTRALITÄT IM FOKUS

# SO GELINGT IHRER GEMEINDE DER AUSSTIEG AUS ÖL UND GAS

**K**limakrise, Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen und steigende Energiepreise: Es gilt so schnell wie möglich auf Erneuerbare umzusteigen und den Energieverbrauch deutlich zu senken. Auch für Gemeinden stehen nachhaltige Förderungen bereit.

**Gemeinderatsbeschluss und Energiebuchhaltung.** In erster Linie sollen sich Gemeinden selbst dazu bekennen, den Energieverbrauch zu senken sowie den Einsatz erneuerbarer Energieträger zu forcieren. Bestmöglich wird dazu beispielsweise ein Gemeinderatsbeschluss zur Einhaltung des klimaaktiv Gebäude- und/oder Siedlungsstandards angestrebt. Weiters wird eine laufende Energiebuchhaltung empfohlen, die alle wesentlichen Informationen zu einzelnen Gebäuden sowie deren Energieverbräuchen enthält.

**Informieren Sie Ihre Bürger:innen.** Besonders sinnvoll ist es, private Gebäude in der Gemeinde zu identifizieren, die noch mit Öl oder Gas heizen. Die Eigentümer:innen können in einem weiteren Schritt direkt mit Informationen dazu versorgt werden, wie sie ihren Energieverbrauch senken oder zum Beispiel ihr Heizsystem austauschen können. Weisen Sie die Bürger:innen Ihrer Gemeinde dabei auch auf die derzeit besonders attraktiven Förderungen wie zum Beispiel die „Raus aus Öl und Gas“-Förderung des Klimaschutzministeriums (BMK) sowie auf etwaige Förderungen der Bundesländer hin.

**Unterstützung für Gemeinden.** klimaaktiv informiert und unterstützt Sie bei sämtlichen Maßnahmen. Auch das e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden kann

maßgeblich dazu beitragen, in Ihrer Gemeinde eine effektive Klima- und Energiepolitik umzusetzen.

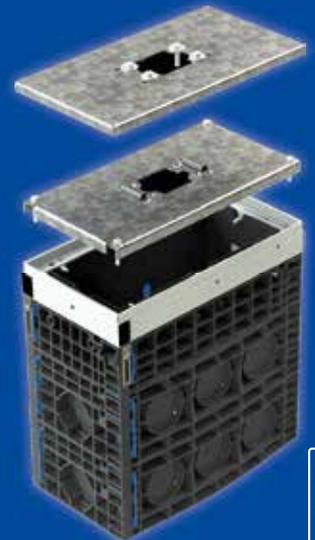
 Bundesministerium Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

**klimaaktiv**  


### WEITERE INFOS

-  [klimaaktiv.at/gemeinden/raus-aus-oeel](https://klimaaktiv.at/gemeinden/raus-aus-oeel)
-  [e5-gemeinden.at](https://e5-gemeinden.at)
-  [umweltfoerderung.at/gemeinden](https://umweltfoerderung.at/gemeinden)
-  [kesseltausch.at](https://kesseltausch.at)
-  [klimaundenergie.modellregionen.at](https://klimaundenergie.modellregionen.at)

## Kunststofffundamente für Ladesäulen und Wallbox-Stelen!



Kunststofffundament EK980



### EK980 von Langmatz

- ▲ Zukunftssichere Parkplatzgestaltung
- ▲ Adapterplatten für sämtliche gängige Säulenmodelle
- ▲ Variable Sollbruchstellen für die Kabeleinführungen
- ▲ Reduzierte Tiefbaukosten

Details finden sie auf unserer Webseite oder rufen Sie uns an. +49.8821 920-0

[www.langmatz.de](https://www.langmatz.de)



ELEKTRIZITÄTSWENDE ALS CHANCE FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

# GEMEINDEN, DIE ADRESSATEN DER ÖKOSTROMMILLIARDE

Österreich will bis zum Jahr 2040 klimaneutral werden. Dieses ambitionierte und mit den EU-Klimazielen eng abgestimmte Vorhaben wird gewaltige Anstrengungen erfordern.

TEXT // SARAH LAPPÖHN / JAN KLUGE / CHRISTIAN KIMMICH / HANNES ZENZ

Für den kompletten Umbau des österreichischen Energiesystems, das schon bis 2030 bilanziell national zu 100 Prozent Ökostrom produzieren soll, wurde sogar ein neues Gesetz nötig: das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG). Es regelt, wie bis 2030 zusätzliche 27 Terawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Ressourcen produziert werden sollen. Österreich setzt dabei vor allem auf einen massiven Zubau an Windkraft (+10 TWh) und Sonnenenergie (+11 TWh); aber auch aus Wasserkraft (+5 TWh) und Biomasse (+1 TWh) wird absolut mehr Strom produziert werden müssen. Zur Finanzierung dieser Anstrengungen stellt der Bund im Rahmen des EAG bis 2030 pro Jahr eine Milliarde Euro (die sogenannte Ökostrommilliarde) zur Verfügung. Doch inwiefern kann auch der ländliche Raum davon profitieren?

Von diesen Mitteln könnte der ländliche Raum in besonderer Weise profitieren, da die Stromerzeugung zukünftig deutlich dezentraler stattfinden wird als heute und daher durch das EAG viel Geld dorthin geleitet werden muss. Besonders Wind- und Sonnenenergie benötigen günstige Standorte, die sich am Land wohl eher finden werden als in den Städten.

Schon heute gibt es zum Beispiel Konzepte, Photovoltaikanlagen in die landwirtschaftliche Produktion zu integrieren und damit Flächen doppelt zu nutzen.<sup>1</sup>

Auch Windkraftanlagen lassen sich in der Landwirtschaft hervorragend integrieren. Zwar werden auch im städtischen Raum viele Maßnahmen ergriffen – die Stadt Wien plant zum Beispiel eine umfassende PV-Offensive<sup>2</sup> –, der ländliche Raum wird aber mengenmäßig einen größeren Beitrag leisten können und müssen.

Wie die Abbildung rechts zeigt, erfolgte auch schon 2020 der Großteil der Stromproduktion aus Erneuerbaren in den Bundesländern: Burgenland, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg wiesen dadurch bereits einen Anteil der Erneuerbaren an der Stromproduktion von deutlich über 90 Prozent auf, in Niederösterreich lag er bei 86 Prozent und in Oberösterreich und der Steiermark bei rund drei Vierteln.

In den meisten Bundesländern dominierte dabei die Wasserkraft, nur im Burgenland stammte der größte Teil der produzierten elektrischen Energie aus Windkraftanlagen. Strom aus fossilen Quellen wird vor allem noch in Oberösterreich, Niederösterreich, der Steiermark und Wien erzeugt. Burgenland, Kärnten, Salzburg, Tirol und Niederösterreich konnten netto betrachtet Strom exportieren, während die Steiermark, Vorarlberg, Wien und Oberösterreich auf Importe angewiesen waren.

Auffallend ist außerdem der stark unterschiedliche Bruttoendenergieverbrauch je Einwohner:in. Den Hauptgrund dafür stellt der Strombedarf des produzierenden Bereichs dar, der in Oberösterreich und der Steiermark relativ betrachtet am größten und in Wien mit Abstand am geringsten ist.

**Stromaufbringung und Stromverwendung nach Bundesländern in TWh je 100.000 Einwohner, 2020.** Die Österreichische Energieagentur<sup>3</sup> hat in einer aktuellen Studie die vom Bund gemäß EAG gesteckten Ausbauziele mit den Zielen der einzelnen Bundesländer verglichen und findet

1 Vgl. z.B. Photovoltaic Austria: <https://pvaustralia.at/pvdoppelnutzen/>  
2 Stadt Wien: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210129\\_OTS0048/wien-startet-groesste-photovoltaik-offensive-der-geschichte](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210129_OTS0048/wien-startet-groesste-photovoltaik-offensive-der-geschichte)

## ERNEUERBAREN-AUSBAU-GESETZ

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) regelt, wie bis zum Jahr 2030 zusätzliche 27 Terawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Ressourcen produziert werden sollen.

Österreich setzt dabei vor allem auf einen massiven Zubau:

11 TWh

Sonnenenergie

10 TWh

Windkraft

5 TWh

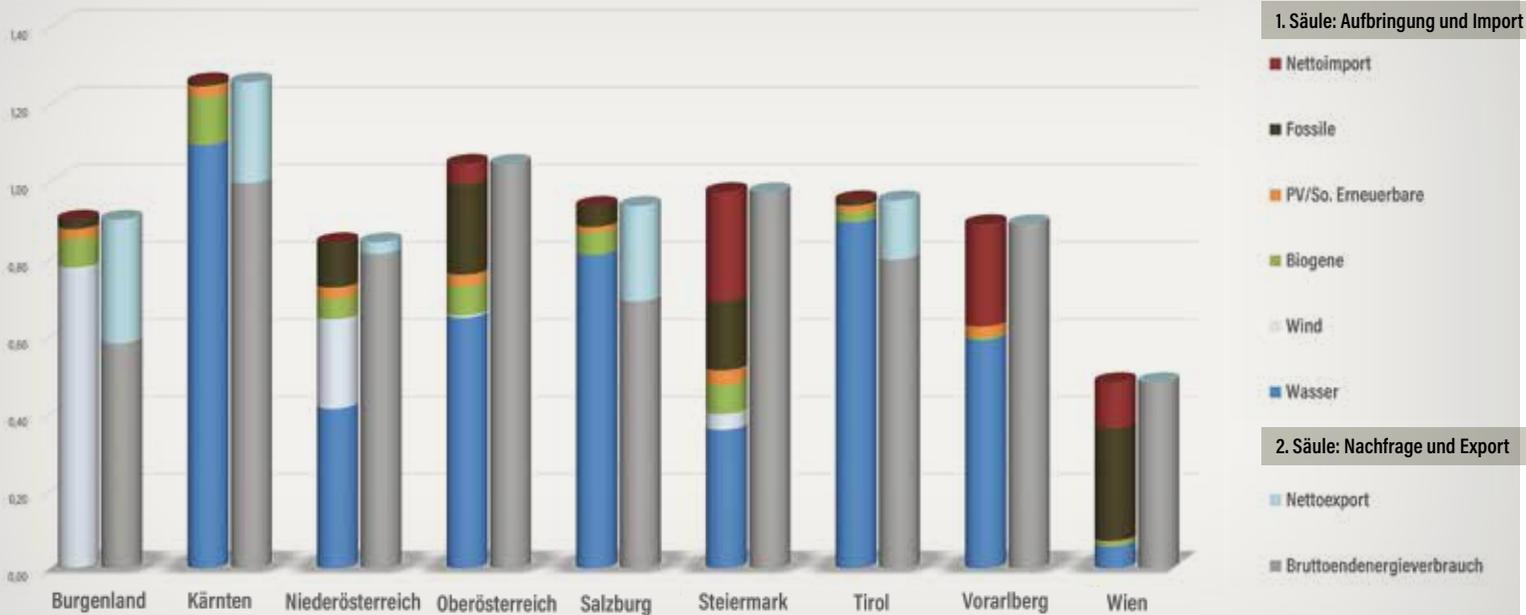
Wasserkraft

1 TWh

Biomasse

# Energiebilanzen der Bundesländer

TWh/100.000 Einwohner



Quelle: Statistik Austria (2021): Energiebilanzen der Bundesländer; eigene Darstellung.

**Anmerkung:** Der Bruttoendenergieverbrauch umfasst den Stromverbrauch der Endverbraucher (private Haushalte, produzierender Bereich, öffentliche und private Dienstleistungen, Verkehr, Landwirtschaft) sowie Netzverluste und den Eigenverbrauch des Sektors Energie.

dabei große Diskrepanzen. Rechnet man zusammen, was sich die Länder jeweils vorgenommen haben, dann wird man das Bundesziel bis zum Jahr 2030 nicht erreichen können. Nach aktuellem Stand würden viele Bundesländer nicht einmal ihre eigenen, ohnehin schon zu niedrig gesteckten Ziele erreichen.

**Ausbauchancen und Potenziale.** Die Energieagentur identifiziert aber nicht nur die Lücken, sondern interpretiert diese zugleich als Ausbauchancen und zeigt die Potenziale der jeweiligen Bundesländer auf. Zum Beispiel wird das Burgenland, in dem nur drei Prozent der österreichischen Bevölkerung leben und über drei Viertel der Gemeinden als ländlicher Raum gelten<sup>4</sup>, bis 2030 rund 3,3 TWh Strom zusätzlich aus Windenergie aufbringen, also für ein Drittel der nationalen Ausbauziele einstehen müssen.

Fast die Hälfte des nötigen Zubaus im Bereich der Wasserkraft wird in Tirol stattfinden,

<sup>3</sup> Baumann et al. (2021): [https://www.energyagency.at/fileadmin/dam/image/Presseausendungen/PA\\_PDFs/2021/04\\_IGW-BL\\_Vergleich\\_Endbericht\\_Final.pdf](https://www.energyagency.at/fileadmin/dam/image/Presseausendungen/PA_PDFs/2021/04_IGW-BL_Vergleich_Endbericht_Final.pdf)

<sup>4</sup> Vgl. Urban-Rural-Typologie von Statistik Austria: [https://pic.statistik.at/web\\_de/klassifikationen/regionale\\_gliederungen/stadt\\_land/index.html](https://pic.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html)

das ebenfalls überwiegend ländlich geprägt ist und wo kaum neun Prozent der Menschen leben. Die Stadt Wien dagegen, wo über 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben, wird – trotz ihrer PV-Offensive – bei keiner der Technologien eine nennenswerte Rolle spielen.

Ein großer Teil der Ökostrommilliarde wird also in Gegenden verwendet werden, in denen eher wenige Menschen leben, in denen aber viel Fläche mit guten natürlichen Bedingungen für Wind-, Solar- und Wasserkraft vorzufinden ist. Das Geld wird allerdings für Vorleistungen in Form von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben, die zu einem erheblichen Teil auch wieder zu einer Wertschöpfung außerhalb der ländlichen Räume führen. Wie viel verbleibt tatsächlich im ländlichen Raum?

**Was von der Ökostrommilliarde im ländlichen Raum ankommen könnte.** In einer aktuellen, durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und

<sup>5</sup> Lappöhn et al. (Veröffentlichung voraussichtlich bis Mai 2022): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zur Ökostrommilliarde. Wien: Institut für Höhere Studien

» Die Energiewende birgt nicht nur Potenziale für den ländlichen Raum, **sondern auch Herausforderungen.** So können **Interessenskonflikte bei der Landnutzung** entstehen, die moderiert werden müssen.“

Technologie (BMK) geförderten Untersuchung des Instituts für Höhere Studien (IHS) wurden die ökonomischen Effekte der Ökostrommilliarde berechnet.<sup>5</sup> Dabei wurde die Betrachtung noch einmal deutlich erweitert und die volkswirtschaftlichen Effekte der Investitions- und Betriebseffekte der Ökostrommilliarde für die einzelnen Stromerzeugungstechnologien aus Erneuerbaren quantifiziert.

Demnach variieren die heimischen Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekte von Investitionsausgaben erheblich zwischen den einzelnen Technologien. So fließen bei Investitionen in Windkraft- und Photovoltaikanlagen in der Bauphase viel Wertschöpfung und somit auch Beschäftigung ins Ausland ab, da die Anlagen hauptsächlich im Ausland produziert und in Österreich zumeist nur montiert werden.

In der Wasserkraft dagegen basieren Investitionen stark auf heimischen Wertschöpfungsketten. Bei der Planung und Errichtung von Wasserkraftwerken und der Herstellung von Anlagenteilen für Wasserkraftwerke nimmt Österreich eine führende Position ein, somit kann beim Ausbau der Wasserkraft viel Wertschöpfung und Beschäftigung im Inland gehalten werden. Zudem kommen bei allen Technologien insbesondere die Planungs-, Bau- und Installationsleistungen aus Österreich und werden häufig regional bezogen.

Bei den Betriebseffekten zeigt sich, dass der Betrieb aller Arten der erneuerbaren Stromerzeugung im Vergleich zu fossilen Energieträgern deutlich höhere heimische Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte auslöst, da die bei Fossilen nötigen Brennstoffimporte aus dem Ausland entfallen. Innerhalb der Erneuerbaren nimmt die Stromerzeugung aus Biogenen (vor allem Biomasse und Biogas) eine Sonderstellung ein, da der Betrieb der Anlagen Rohstoffe benötigt, die vor allem aus der Land- und Forstwirtschaft stammen. Auch hier ist davon auszugehen, dass ein Teil der Rohstoffe zukünftig regional bezogen wird. Diese Studienergebnisse legen nahe, dass die einzelnen ländlichen Regionen je nach ausgebauter Technologie rein ökonomisch betrachtet unterschiedlich stark vom Ausbau der erneuerbaren Energieträger profitieren werden.

**Herausforderungen für den ländlichen Raum.** Die Energiewende birgt jedoch nicht nur Potenziale für die ländlichen Räume, sondern

auch Herausforderungen. So können beispielsweise Interessenskonflikte bei der Landnutzung entstehen, die moderiert werden müssen. Wesentlich ist, dass die Bürger:innen aktiv in die Energiewende eingebunden werden, wozu auch der Zugang zu Informationen zählt. Auch im ländlichen Raum müssen Beratungsangebote – zum Beispiel für Energiegemeinschaften – geschaffen werden. Damit der Ausbau erneuerbarer Energieträger erfolgreich gestaltet werden kann, ist auch die Koordination zwischen den einzelnen Bundesländern zentral.

**Forschungsbedarf.** Während es für die gesamte österreichische Volkswirtschaft schon Abschätzungen der ökonomischen Effekte der Ökostrommilliarde gibt, besteht hinsichtlich der Potenziale für die ländlichen Räume in Österreich noch Forschungsbedarf.

Studien aus Deutschland<sup>6</sup> zeigen, dass vor allem der ländliche Raum von der Energiewende profitiert. Diese Ergebnisse sind jedoch aufgrund unterschiedlicher Strukturen der Energieerzeugung nicht eins zu eins auf Österreich übertragbar. So besteht beispielsweise noch Forschungsbedarf, ob die benötigten Fachkräfte für den Ausbau und den Betrieb von erneuerbaren Anlagen im ländlichen Raum verfügbar sind und wie regional die einzelnen Güter und Dienstleistungen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bezogen werden. Denn nur wenn Unternehmen aus dem ländlichen Raum aktiv am Ausbau und dem Betrieb von Erneuerbaren beteiligt sind, kann dieser hinsichtlich Wertschöpfung und Beschäftigung profitieren. 📌

**STROMPRODUKTION AUS ERNEUERBAREN IN DEN BUNDESLÄNDERN**

90%

Das Burgenland, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg wiesen 2020 einen Anteil der Erneuerbaren an der Stromproduktion von deutlich über 90 % auf,

86%

in **Niederösterreich** lag er bei 86 % und in **Oberösterreich** und der **Steiermark** bei rund drei Viertel.



**SARAH LAPPÖHN** IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN IN DER FORSCHUNGSGRUPPE „REGIONALWISSENSCHAFT UND UMWELTFORSCHUNG“ AM INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN (IHS)



**JAN KLUGE** IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IN DER FORSCHUNGSGRUPPE „REGIONALWISSENSCHAFT UND UMWELTFORSCHUNG“ AM INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN (IHS).



**CHRISTIAN KIMMICH** IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IN DER FORSCHUNGSGRUPPE „REGIONALWISSENSCHAFT UND UMWELTFORSCHUNG“ AM INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN (IHS).



**HANNES ZENZ** IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IN DER FORSCHUNGSGRUPPE „REGIONALWISSENSCHAFT UND UMWELTFORSCHUNG“ AM INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN (IHS).

<sup>6</sup> Vgl. z.B. Plankl (2013): [https://www.thuenen.de/media/ti/Infothek/Presse/Pressemitteilungen/2014/2014-01-29/140129\\_Working\\_Paper\\_13.pdf](https://www.thuenen.de/media/ti/Infothek/Presse/Pressemitteilungen/2014/2014-01-29/140129_Working_Paper_13.pdf)

## BUCHER PRÄSENTIERT DEN CITYCAT VR50E

FÜR NACHHALTIGEN  
KOMMUNALDIENST

Auf der IFAT 2022 in München präsentierte Bucher Municipal sein weiter ausgebautes Spektrum von Fahrzeugen für Straßenreinigung auf öffentlichen und privaten Verkehrsflächen, die in Österreich von Pappas exklusiv vertrieben werden.

Das Messe-Highlight am Bucher Municipal Stand war die neue Kompaktkehrmaschine CityCat VR50e mit voll-elektrischer Antriebsvariante – sie ergänzt die bestehenden Elektro-Kehrfahrzeuge V20e und V65e in der 5-m<sup>3</sup>-Klasse.

Die von Pappas in Österreich vertriebene Kehrfahr-

zeuge-Palette von Bucher Municipal reicht damit von den schmalen, wendigen Kompaktkehrfahrzeugen CityCat V20 und CityCat 5006 über die großen, leistungsfähigen MaxPowa Lkw-Aufbaukehrfahrzeuge V65, V65e und V80 bis zu den XPowa Spezialkehrmaschinen V120 und V140 von 2 m<sup>3</sup> bis zu 14 m<sup>3</sup> und deckt den Bedarf für alle Kommunal-, Dienstleister- und Bauanwendungen ab.

Damit sind in allen Sparten elektrische Fahrzeuge und Aufbauten für einen emissionsarmen Kommunaldienst verfügbar. Mit seinen Spezial-



Die neue VR50e für emissionsfreien und lärmarmen Kehreinsatz.

Aufbaukehrmaschinen erfüllt Bucher Municipal zusätzlich die höchsten Anforderungen bei anspruchsvollen Nischenanwendungen wie Asphalt-, Tunnel- und Bahngleisreinigung bis hin zum Hochdruckwaschen.

Die ganzheitliche After-Sales-Lösung Bucher Connect gibt Flottenmanagern ein umfassendes digitales Instrumentarium an die Hand,

um die Kehrfahrzeuge gezielt einzusetzen, Kehrroutrinen zu dokumentieren, die Produktivität zu analysieren sowie Wartung, Service und Reparatur zu vereinfachen.

**KONTAKT**

Nähere Infos unter [www.pappas.at/bucher](http://www.pappas.at/bucher)

# Ruck- Zuck fertig.



**Thomas Steiner**  
Bauleiter, ST-Beschichtungstechnik  
Wolfsberg

**MUREXIN**

Grundieren, einstreuen und versiegeln? Alles in nur einem Arbeitstag und mit nur einem Produkt? Kein Problem mit dem **MUREXIN Express Coat EC 60!** Schnellhärtend, glänzend, UV- und vergilbungsarm und auch wenn's kalt ist, einsetzbar. Eine echte Profi-Beschichtung. Weil ich nämlich immer am letzten Stand bin. Mit der besten Beratung von MUREXIN. Da ist alles Ruck-Zuck fertig.

**Das hält.**

## #WaterReloaded.

Kreislaufwirtschaft mit einem wertvollen Gut

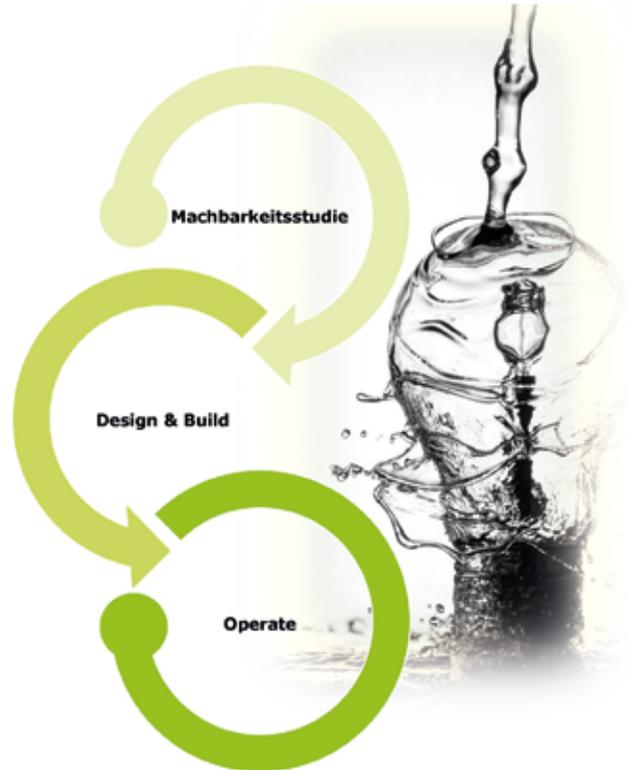
Auf der Suche nach regenerativen Energielösungen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem wir Konkurrenz zwischen den Lösungen sehen. Dachflächen haben den Wettbewerb zwischen Photovoltaik, Solarthermie und Urban Gardening. Die Versorgung mit Wärme und Kälte über Wärmepumpen ist auch nicht unendlich erweiterbar. Die Überlegung ist im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft die Nutzung eines Abfallprodukts – **Energie aus Abwasser**.

Nach der Primärnutzung des **Lebensbausteins Wasser** beschäftigen wir uns eher weniger mit diesem wertvollen Gut.

Nicht erst im Zuge der #Klimastrategie und von #Kreislaufwirtschaft rücken ganzheitliche Lösungen als **Design – Build – Operate** in den Vordergrund. Gerade Abwasser bietet – aufgeladen mit Wärmeenergie aus Produktion und Haushalt – ein großes Potential, das bisher ungenutzt blieb.

Wir haben uns der Nutzung von Wasser in jedem Stadium des Kreislaufs verschrieben. Wie groß das **Potential** ist, zeigen die aktuell hervorragenden Fördermöglichkeiten.

#WaterReloaded ist ein Konzept, welches dazu beiträgt, Wasser als wertvollen Rohstoff in jeder Phase seines Lebenszyklus zu nutzen. Als Partner können wir nicht nur die Machbarkeit prüfen, sondern die Lösung von der Konzeption bis zur Betriebsführung begleiten und managen. Wie das geht führen wir in unserer Beteiligung in der Ortswärme Seefeld erfolgreich vor. Maßgeschneiderte Lösungen für unsere Kunden ist unser Anspruch – zufriedene Kunden ein **Maßstab**.



MACH Energiegesellschaft m.b.H.  
Wien | Tirol | Steiermark | Niederösterreich | Oberösterreich  
office@machenergie.at | www.machenergie.at  
+43 1 600 22 10 -0  
<https://www.linkedin.com/company/mach-energiegesellschaft-m-b-h>



QR-Code  
scannen  
und mehr  
Infos erhalten



# Energie Monitoring

Digital zur nachhaltigen Gemeinde

- Energieverbrauch überwachen
- Lastspitzen identifizieren
- Energieflüsse analysieren
- Kosten und CO<sub>2</sub> sparen
- Zertifiziertes Energiemanagementsystem ISO 50001

UNVERZICHTBAR, HEUTE UND MORGEN:

# ÖSTERREICH'S GASINFRASTRUKTUR

Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig gasförmige Energie für Österreichs Haushalte und für die Wirtschaft ist. Die flexible und gut ausgebaute Gasinfrastruktur mit Leitungen, die in beide Richtungen betrieben werden können, ist dabei nicht nur aktuell unverändert wichtig, sondern bleibt auch in der Zukunft für grüne Gase und Wasserstoff unverzichtbar für eine stabile Energieversorgung. 365 Tage im Jahr verfügbar bietet das Gasnetz mit seiner Speicherfähigkeit einen Ausgleich für volatile alternative Energien, puffert Spitzen im Stromnetz ab und steht für den Transport grüner

Gase wie etwa Wasserstoff zur Verfügung.

## Starke Wirtschaft mit Wasserstoff und grünem Gas.

Verschiedene Branchen benötigen Gas, etwa um Zement, Papier, Eisen, Stahl, Glas und Kunstdünger herzustellen. Dringend benötigte Baustoffe können nur mit Gas hergestellt werden und auch bei der Produktion von Lebensmitteln ist dieser Energieträger unverzichtbar. Wind-, Wasser- und Sonnenkraft alleine können den Energiebedarf der produzierenden Industrie nicht erfüllen. Die Zukunft braucht grüne Gase wie Biogas oder Wasserstoff.



FOTO // © Rene Knabl

## Mit dem bestehenden Pipelinesystem in die Zukunft.

Um die Klimaziele erreichen zu können, wird die hervorragend ausgebaute Gasinfrastruktur künftig statt Erdgas grünes Gas und Wasserstoff transportieren und speichern. Zukunftsprognosen zeigen, dass eine lückenlose, CO<sub>2</sub>-neutrale Energieversorgung ohne gasförmige Energie nicht gelingen kann.

Gas Connect Austria (GCA) liegt eine rasche Energiewende am Herzen und beschäftigt sich schon sehr lange damit, wie Wasserstoff im Gasnetz transportiert werden kann. Zur Planungssicherheit für Investitionen bedarf es einer raschen, strategischen Zielsetzung aus der Bundesregierung. GCA ist im Rahmen von diversen Initiativen aktiver Mitgestalter des Energiesystems von morgen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



ENERGIE FÜR MORGEN BRAUCHT ...  
... stabile Netze.

Die bereits vorhandene und gut ausgebaute Gasinfrastruktur ist ein sehr effizienter und verlässlicher Partner, wenn es um stabile Netze und damit um die Versorgungssicherheit von morgen geht. Mit der „Power-to-Gas“-Technologie wird grüner Strom umgewandelt und dadurch speicherbar, wie es sonst nur gasförmige Energieträger sind. In Kooperation bilden Gas- und Stromnetze eine stabile Basis für ein zuverlässiges Energiesystem. [www.gasconnect.at](http://www.gasconnect.at)



## ENERGIEERZEUGUNG IN DER GEMEINDE

# AUCH DA SPIELT DIE STEUER MIT

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Vielzahl von Photovoltaikanlagen in Gemeinden errichtet. Seit 2021 schließen sich immer mehr Gemeinden zu Energiegemeinschaften zusammen. Ein grundlegender Überblick hinsichtlich der steuerlichen Grundlagen und Auswirkungen.

TEXT // URSULA STINGL LÖSCH

Ob der Betrieb einer PV-Anlage als Betrieb gewerblicher Art (kurz: BgA) und in weiterer Folge als unternehmerische Tätigkeit im Sinne des Körperschaft- und Umsatzsteuergesetzes angesehen werden kann, hängt grundsätzlich von der Erfüllung sämtlicher Voraussetzungen iSd § 2 Abs. 1 KStG ab:

- Wirtschaftliche Selbstständigkeit
- Ausschließliche oder überwiegend nachhaltige privatwirtschaftliche Tätigkeit von wirtschaftlichem Gewicht (jährliche Nettoeinnahmen von mindestens 2.900 Euro)
- Erzielung von Einnahmen oder im Falle des Fehlens der Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr von anderen wirtschaftlichen Vorteilen
- Keine Tätigkeit der Land- und Forstwirtschaft

Die Zusammenfassung mehrerer organisatorisch gleicher Tätigkeiten (u. a. Kindergarten, PV-Anlagen) ist möglich. Die Gemeinde ist mit ihrem BgA unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig. Grundsätzlich ist bei Erfüllung der Voraussetzung der BgA PV-Anlagen (getrennt von den anderen, bereits vorhandenen BgA) mit einer eigenen Steuernummer für die Körperschaftsteuer zu registrieren. In weiterer Folge ist für den BgA PV-Anlagen jährlich eine Steuererklärung inkl. Bilanz und GuV abzugeben.

Beträgt der Vorjahresumsatz in zwei aufeinanderfolgenden Jahren mehr als 700.000 Euro ist die Gewinnermittlung gemäß § 5 Abs. 1 EStG durchzuführen.

Bei Einstufung der Tätigkeit als BgA iSd § 2 Abs. 1 KStG ist diese auch als unternehmerische Tätigkeit der Gemeinde gemäß § 2 Abs. 3 UStG anzusehen und in weiterer Folge steuerpflichtig. Bei Lieferung von Strom an ein Elektrizitäts-

unternehmen (u. a. EVN oder die staatliche Abwicklungsstelle für Ökostrom, ÖMAG) kommt es zum Übergang der Steuerschuld auf den Leistungsempfänger (Reverse Charge). Dabei ist zu beachten, dass die Rechnungen an das Elektrizitätsunternehmen mit Hinweis auf den Übergang der Steuerschuld ohne Umsatzsteuer auszustellen sind. Bei Lieferung von Strom an sonstige Unternehmen ist Reverse Charge nicht anwendbar und es sind 20 Prozent Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen. Ein allfälliger Vorsteuerabzug unter Anwendung der Voraussetzungen des Umsatzsteuergesetzes aus den Vorleistungen steht in beiden Fällen zu.

**Elektrizitätsabgabe.** Für den an Elektrizitätsunternehmen gelieferten Strom ist keine Abgabe zu entrichten. Für selbst verbrauchte Energie aus erneuerbaren Primärenergieträgern ist die jährliche Freigrenze von 25.000 kWh zu beachten: Bis zu dieser Freigrenze ist der Verbrauch von selbst erzeugtem Strom steuerfrei. Ab dem Überschreiten ist die die Freigrenze übersteigende, verbrauchte Menge der Elektrizitätsabgabe zu unterwerfen. Die Abgabe ist monatlich analog zur Umsatzsteuer an das zuständige Finanzamt abzuführen.

Für von Elektrizitätserzeugern (u. a. auch Erzeugergemeinschaften) selbst erzeugte und verbrauchte Energie aus PV-Anlagen gilt gemäß § 2 Z. 4 Elektrizitätsabgabegesetz eine generelle Steuerbefreiung, die in der dazugehörigen Verordnung BGBl. II 2021/82 (EIAbgG-UmsatzungV) näher geregelt wurde.

Ob und inwieweit eine oder mehrere PV-Anlagen als BgA angesehen werden können, hängt in weiterer Folge von der Nutzungsart der Anlage ab, also ob es sich um Volleinspeisung, Überschusseinspeisung oder Inselbetrieb handelt.

» Für selbst verbrauchte Energie aus erneuerbaren Primärenergieträgern ist die **jährliche Freigrenze von 25.000 kWh zu beachten.**«



**URSULA STINGL-LÖSCH**  
IST GESCHÄFTSFÜHRERIN  
DER NÖ. GEMEINDE-  
BERATUNGS & STEUER-  
BERATUNGSGESMBH

**Volleinspeisung.** Die Gemeinde speist sämtlichen mit der PV-Anlage erzeugten Strom in das Ortsnetz ein. Da die von der Gemeinde erzeugte Energie nicht selbst genutzt wird, wird der laufende Strombedarf weiterhin von einem Elektrizitätsunternehmen bezogen.

Wird mit der bzw. den PV-Anlagen die jährliche Mindesteinnahmengrenze von 2.900 Euro erreicht, kommt es zur Besteuerung des BgA.

**Überschusseinspeisung.** Die Gemeinde nützt einen Teil des erzeugten Stroms selbst und speist den nicht benötigten Rest ins Ortsnetz ein.

Aus Sicht der Finanzverwaltung (vgl. BMF vom 24.02.2014, BMF-010219/0488-VI/4/2013) hängt die körperschaft- und umsatzsteuerliche Behandlung von der Höhe der Einnahmen für den eingespeisten Strom und vom Zweck ab, für den der selbst erzeugte Strom verwendet wird.

Bei Verwendung des selbst erzeugten Stroms für einen hoheitlichen Bereich (z. B. Mittelschule) kann für den Anteil der Eigennutzung kein Vorsteuerabzug geltend gemacht werden. Es liegt jedoch auch kein steuerpflichtiger Eigenverbrauch für die Eigennutzung vor. Bei einer Änderung des Verhältnisses zwischen Eigennutzung und Einspeisung ist innerhalb des Beobachtungszeitraums (fünf Jahre) eine Vorsteuerkorrektur vorzunehmen.

**Inselbetrieb.** Wird eine PV-Anlage als Inselbetrieb geführt, so wird der erzeugte Strom nur für das an die PV-Anlage angeschlossene Gebäude verwendet. Bei einer Überproduktion wird der nicht verbrauchte Strom bis zum tatsächlichen Verbrauch in einer Batterie zwischengespeichert.

Ähnlich wie bei der Überschusseinspeisung wird beim Inselbetrieb der mit der PV-Anlage erzeugte Strom von der Gemeinde selbst verwendet. Jedoch kommt es nicht zur Einspeisung von überschüssiger Energie ins Ortsnetz.

Inwieweit ein Vorsteuerabzug aus den Vorleistungen zusteht, hängt von der Zuordnung der PV-Anlage zum hoheitlichen bzw. unternehmerischen Bereich ab: Dient die Anlage einem hoheitlichen Zweck (Volksschule), sind Anschaffungskosten und laufende Ausgaben in diesem Zusammenhang steuerlich nicht zu beachten. Aufgrund der Zuordnung zur Volksschule und fehlender Einnahmen wird keine unternehmerische Tätigkeit begründet. Ein allfälliger Vorsteuerabzug steht im hoheitlichen Bereich nicht zu.



FOTO // mmphoto - stock.adobe.com

**Ähnlich wie bei der Überschusseinspeisung wird beim Inselbetrieb der mit der PV-Anlage erzeugte Strom von der Gemeinde selbst verwendet. Jedoch kommt es nicht zur Einspeisung von überschüssiger Energie ins Ortsnetz.**

Wird die PV-Anlage zur Gänze für einen BgA (z. B. Kindergarten, Hallenbad) verwendet, ist sie diesem BgA zuzuordnen. Aus umsatz- und körperschaftsteuerlicher Sicht folgt die PV-Anlage den beim BgA vorherrschenden Verhältnissen. Ein allfälliger Vorsteuerabzug steht unter Anwendung der Voraussetzungen des UStG zu.

Kommt es zu einer gemischten Nutzung (u. a. Gemeindeamt), ist für den anteiligen Vorsteuerabzug der anzuwendende Vorsteuerschlüssel maßgeblich.

**Energiegemeinschaften.** Inwieweit die seit dem Jahr 2021 in Gründung befindlichen Energiegemeinschaften in der Gemeindebuchhaltung abzubilden sind, hängt unter anderem davon ab, wie sich die Gemeinde an der Energiegemeinschaft beteiligt. 

**Auf [kommunal.at/energieerzeugung-der-gemeinde-aus-steuerlicher-sicht-0](http://kommunal.at/energieerzeugung-der-gemeinde-aus-steuerlicher-sicht-0) lesen Sie mehr zum Thema, unter anderem auch verschiedene Berechnungsbeispiele und Gewinnermittlungsfragen.**

#### **BEISPIEL:**

Auf diversen Dächern von Gemeindeeinrichtungen werden PV-Anlagen errichtet, wobei der erzeugte Strom zur Gänze ins Ortsnetz eingespeist und an die ÖMAG geliefert wird. Abhängig von der Wetterlage liegen die jährlichen Nettoeinnahmen aus dem Stromverkauf zwischen 4.000 und 5.000 Euro.

Die PV-Anlagen können zu einem BgA zusammengefasst werden und erfüllen die Voraussetzungen gemäß § 2 Abs. 1 KStG. Dadurch ist diese Tätigkeit sowohl körperschaft- als auch umsatzsteuerpflichtig. Bei der Lieferung des Stroms an die ÖMAG kommt es zum Übergang der Steuerschuld auf die ÖMAG. Ein allfälliger Vorsteuerabzug steht unter Anwendung der Voraussetzungen des UStG zu.

Des Weiteren ist für den BgA eine Steuernummer für die Körperschaftsteuer anzufordern und jährlich eine Steuererklärung inklusive Bilanz und GuV abzugeben.

UNTERNEHMEN MIT VISIONEN

# FORUM ROHSTOFFE VERLEIHT NACHHALTIGKEITSPREISE

FOTOS/Forum Rohstoffe, Marko Kovic

Zum vierten Mal verlieh das Forum Rohstoffe seine Nachhaltigkeitspreise. Mit innovativen Projekten bewiesen Rohstoffe gewinnende Unternehmen aus ganz Österreich, wie Nachhaltigkeit, Biodiversität, soziale Verantwortung und Kreislaufwirtschaft in ihren Betrieben gelebt werden.

„Wir sind in Österreich zwar in der glücklichen Lage, über ausreichend Lagerstätten zu verfügen, allerdings wird der Zugang zu diesen Rohstoffvorkommen immer schwieriger und kostspieliger“, sagt Petra Gradischnig, Geschäftsführerin des Forums Rohstoffe. Die Sicherung der heimischen Versorgung mit mineralischen Rohstoffen aus der Region für die Region sowie die Stärkung der Unabhängigkeit gegenüber Dritten ist daher heute mehr denn je ein Gebot der Stunde.

„Mit unserem Nachhaltigkeitspreis möchten wir all jene Unternehmen vor den Vorhang holen, die täglich hart daran arbeiten, Sand, Kies und Naturstein ökonomisch und ökologisch nachhaltig und

sozial verträglich zu gewinnen“, so Gradischnig.

### Salzburger Sand- und Kieswerke – bestes Projekt in der Kategorie Ökonomie.

Besonders erfolgreich war die Salzburger Sand- und Kieswerke GmbH (SSK), die den Nachhaltigkeitspreis in der Kategorie Ökonomie für das Projekt „Neubau der Kiesaufbereitung und Betonmischanlage Thalgau“ verliehen bekam.

Durch den Neubau des Kieswerks und des Transportwerks Thalgau konnte die SSK neue Maßstäbe hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Umweltrelevanz setzen. So ist es gelungen, die gesamten Transportwege vom Abbau bis zum transportbereiten Beton emissionslos durchzuführen.

Auch die Beladung der LKW erfolgt vollautomatisch und ebenfalls ohne Emissionen. Durch umfangreiche bauliche Maßnahmen wurden die Lärmemissionen auf ein Minimum reduziert und machen den Betrieb der Anlage für die angrenzende Bevölkerung nicht wahrnehmbar. Aufgrund der Zusammenlegung des Kieswerks und des Betonwerks werden pro Jahr ca. 300.000 Kilogramm CO<sub>2</sub> eingespart.

**Lasselsberger gewinnt mit „Grüner bauen“.** Mit dem Projekt „Grüner bauen“ konnte das Unternehmen Lasselsberger GmbH aus Pöchlarn die namhafte Jury in der Kategorie Ökologie für sich gewinnen. Dieser Award wurde in Kooperation mit BirdLife

Österreich, dem langjährigen Partner des Forums Rohstoffe, vergeben. Lasselsberger hat in den letzten Jahren zahlreichen Maßnahmen zur Schonung der Ressourcen und zum Schutz der Natur umgesetzt. Die Maßnahmen reichen von der Renaturierung der Abbaugelände über technologische Innovationen bis zu ressourcenschonenden Produkten. Im Bereich des Naturschutzes wurden etwa auf den Baggerseen vier schwimmende Brutflöße errichtet, ein Aufzuchtungskonzept erstellt und ein Futterplatz für Wintervogel umgesetzt. Der Fuhrpark wird schrittweise auf Elektromobilität umgestellt und im Werk Wörth und auf freien Wasserflächen der bestehenden Baggerseen sind zusätzliche Photovoltaikanlagen geplant.

Durch den Neubau des Kieswerks und des Transportwerks Thalgau konnte die SSK neue Maßstäbe hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Umweltrelevanz setzen.



Lasselsberger errichtete auf Baggerseen schwimmende Brutflöße, erstellte ein Aufforstungskonzept und setzte einen Futterplatz für Wintervögel um.



Rohrdorfer Sand und Kies bietet sowohl Mitarbeitern als auch Facharbeitern sowie Fahrern von Frächterpartnern ein niederschwelliges e-Learning-Angebot.



Wopfinger Transportbeton erhielt einen Sonderpreis für eine Informationsbroschüre zur nachhaltigen Rekultivierung und Renaturierung von Abbaustätten.

**Rohrdorfer Sand und Kies punktete in der Kategorie Soziales mit „VISION ZERO mit e-Learning“.** Zur Steigerung der Kundenzufriedenheit setzt Rohrdorfer nicht nur auf die Unterweisung der eigenen Mitarbeiter, sondern auch der Facharbeiter und der Fahrer von Frächterpartnern. Durch die Einführung von e-Learning zur Unterstützung konnte der Unterweisungsgrad signifikant erhöht werden. Zuerst wurde e-Learning nur Büromitarbeitern zur Verfügung gestellt. Jetzt wird die notwendige Infrastruktur auch an den über 20 Kiesstandorten der Rohrdorfer Sand und Kies GmbH eingerichtet, damit sowohl die eigenen Mitarbeiter als auch die Facharbeiter und die Fahrer von Frächterpartnern niederschwellig in den Genuss des e-Learning-Angebots kommen können. Seit der Einführung von e-Learning konnte nicht nur die Sicherheitskultur an den Kiesstandorten erhöht,

sondern auch die Anzahl der Arbeitsunfälle signifikant reduziert werden.

**Wopfinger Transportbeton setzt auf Kommunikation.**

Der erstmalig verliehene Sonderpreis in der Kategorie Kommunikation ging an die Wopfinger Transportbeton Ges.m.b.H. für das Projekt: „Vom Umweltreport zum Nachhaltigkeitsbericht – Informationsbroschüre zur nachhaltigen Rekultivierung und Renaturierung von Abbaustätten in Ost-Österreich“. Diese Informationsbroschüre soll einerseits eine Dokumentation der gesetzten Maßnahmen sein und andererseits auch zur Information für die interessierte Öffentlichkeit, Behörden und NGOs dienen. In diesem Folder wird aufgezeigt, dass das Unternehmen nicht nur das Mindestmaß an Rekultivierung umgesetzt hat, sondern sich weit darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Umwelt- und Naturschutz-

experten für einen standortgerechten Natur- und Umweltschutz eingesetzt hat und somit sehenswerte Ergebnisse vorweisen kann.

**Der Nachhaltigkeitspreis des Forums Rohstoffe.**

Der Wettbewerb richtet sich an alle mineralische Rohstoffe gewinnenden Unternehmen in Österreich, die Nachhaltigkeitsprojekte planen, gerade umsetzen oder in den vergangenen zwei Jahren abgeschlossen haben. Mit dem Award werden seit dem Jahr 2012 alle drei Jahre jene Unternehmen ausgezeichnet, die ganz besondere Aktivitäten setzen und weit über das von Planungsbehörden und vom Gesetzgeber Verlangte hinausgehen. Alle 18 zum Award eingereichten Projekte wurden von einer unabhängigen Experten-Jury bewertet und so die Siegerprojekte gekürt. Der Preis wurde in den Kategorien Ökonomie, Ökologie (in Kooperation mit Bird-

Life Österreich) und Soziales sowie zum ersten Mal in der Sonderkategorie Kommunikation vergeben. Zur Verleihung lud das Forum Rohstoffe am 12. Mai 2022 Branchenvertreter und Stakeholder in die mumok Hofstallung im Museumsquartier in Wien ein. Moderatorin Mari Lang führte durch den Abend. Die Gewinner der österreichischen Nachhaltigkeitspreise nehmen auch beim „Sustainable Development Award 2022“ des Europäischen Gesteinsverbands UEPG teil, der am 30. November 2022 in Brüssel verliehen wird.

**MEHR INFOS**

Forum mineralische Rohstoffe  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien  
Tel.: 05 90 900 3533  
[info@ForumRohstoffe.at](mailto:info@ForumRohstoffe.at)  
[www.ForumRohstoffe.at](http://www.ForumRohstoffe.at)

## KOMMUNALE INFRASTRUKTUR

# BELEUCHTUNG UMRÜSTEN

Fast die Hälfte der gesamten Energiekosten einer Gemeinde können durch veraltete Straßenbeleuchtung verursacht werden. Wo noch nicht umgerüstet wurde, sollte es bald passieren, aber bitte mit Weitblick.

**M**ehr Licht!“ So lauteten angeblich die letzten Worte von Johann Wolfgang von Goethe. Ausgehaucht hat er sie allerdings schon 1832, also vor bald 200 Jahren. Angesichts der hohen Energiepreise hätte er 2022 sicherlich präzisiert und „Mehr LED!“ gesagt. Doch Scherz beiseite. Die Energiekosten steigen tatsächlich in besorgniserregende Höhen. Bedenkt man, dass es heute, im Jahr 2022, immer noch Gemeinden in Österreich gibt, bei denen fast die Hälfte der gesamten kommunalen Energiekosten nur für die Straßenbeleuchtung draufgehen, ist einem sowieso nicht mehr zum Lachen zumute.

**Natürlich haben zahlreiche Gemeinden ihre kommunale Beleuchtung** bereits auf LED-Systeme umgestellt, weiß Norbert Kolowrat, der Geschäftsführer von ELEKTRON Austria. Die Firma für nachhaltige Außenbeleuchtung und Vernetzung ist ein Schweizer Traditionsunternehmen, das dort als Marktführer in der Straßenbeleuchtung über jahrzehntelange Erfahrung in der Außenbeleuchtung verfügt. Kolowrat bestätigt, dass österreichweit mittlerweile deutlich mehr als fünfzig Prozent der Gemeinden umgestellt seien, wobei Wien einen großen Anteil daran habe. Aber auch „in Niederösterreich ist schon sehr viel passiert. Das Land hat viele Förderanreize geliefert, die immer dann für ein System gut sind, wenn es dazu dient, Beschleunigung aufzunehmen“, sagt der Experte. Sein Unternehmen treibt zudem die Digitalisierung von öffentlichen Infrastrukturen voran und weist dabei dem Straßenleuchtensetz eine zentrale Rolle zu. Für den Vertrieb der kommunalen Außenbeleuchtung in Österreich ist man eine Partnerschaft mit Signify eingegangen. Signify ist der weltweit führende Anbieter für Licht-



„Straßenbeleuchtung hat Potenzial, weil sie sich wie ein Nervensystem über die gesamte Kommune erstreckt.“

**Norbert Kolowrat,**  
Geschäftsführer  
ELEKTRON Austria

und Beleuchtungslösungen für professionelle Anwender, Endkonsumenten und Beleuchtung im Internet der Dinge. Das ist auch das Stichwort, denn beide Anbieter eint die Überzeugung, dass LED-Systeme nicht nur ein enormes Energieeinsparungspotenzial im Vergleich zu herkömmlichen Beleuchtungssystemen bieten, sondern dass das notwendige Umrüsten als Gelegenheit wahrgenommen werden sollte, um vorausschauend zu handeln und bei der neuen Beleuchtungsinfrastruktur künftige Nutzungsmöglichkeiten mitzudenken.

**Als erfahrener Experte empfiehlt Kolowrat den Gemeinden,** das Erneuern der Beleuchtung nicht nur auf den Anschaffungspreis herunterzubrechen, sondern eine Gesamtbetrachtung über einen langfristigen Zeitraum heranzuziehen. „In den letzten Jahren hat man gesehen, dass oftmals schnell eine vermeintlich kostengünstige Lösung gewählt wurde und man glaubte, das Problem damit schon gelöst zu haben. Das mag stimmen, allerdings nur für den Moment. Sobald aber Zukunftsthemen im Zusammenhang mit Vernetzung aufkommen, merken die betroffenen Gemeinden, dass man sich eigentlich in eine Sackgasse manövriert hat“, berichtet Kolowrat. „Ratsam ist, das ganze Thema umfassend zu planen und dann umzusetzen. Eine energieeffiziente Beleuchtungsanlage zu schaffen, ist prinzipiell nicht ganz verkehrt. Aber es gibt zwischen ‚nicht ganz verkehrt‘ und ‚sehr gut‘ eine recht große Bandbreite. Darum sollte man von der Bestandserhebung bis zur Umsetzungsplanung ein paar Schritte berücksichtigen. Die meisten Fehler passieren übrigens, wenn man die Thematik nur aus einer bestimmten Position heraus betrachtet. Der Energiebedarf einer Straßenbeleuchtung ist relativ hoch.“



**Veraltete Straßenbeleuchtung ist ein enormer Energiekostentreiber in den Gemeinden. Die Umstellung auf LED-Technologie ist sinnvoll und anzuraten. Noch besser ist eine Beleuchtungsinfrastruktur, die für Zusatzfunktionen, die das IoT ermöglicht, gerüstet ist.**

Den kann man mit einer schlechten Lösung auch um 42 Prozent senken. Diese wird allerdings – wenn noch nicht jetzt, dann in absehbarer Zukunft – andere Probleme aufwerfen.“

**Kolowrat kennt die Situation:** „Die Gemeinden sehen sich mit einem ganzen Blumenstrauß an Anforderungen konfrontiert. Da das Richtige zu entscheiden, ist für die Kommune sehr schwer.“ Der Knackpunkt ist: „Wir wissen nicht, wo sich das ganze Thema Digitalisierung hinentwickelt. Eine Straßenbeleuchtung hängt mindestens 20 Jahre. In der Zeit werden sich Technologien stark verändern. Vor zehn Jahren war das Thema LED in der Straßenbeleuchtung in den Kinderschuhen. Heute ist es gar nicht denkbar, etwas anders zu installieren.“ Künftige Entwicklungen zu antizipieren ist schwierig. Am besten bleibt man als Gemeinde daher flexibel, bereitet sich schon heute auf die wahrscheinlichen Gegebenheiten von morgen vor und überlegt, welche zusätzlichen Anforderungen sich vermutlich ergeben werden.

**„Die Straßenbeleuchtung hat Potenzial, weil sie sich wie ein Nervensystem über die**

#### SMART LIGHTING

**45%**

der gesamten Energiekosten können in einer österreichischen Gemeinde auf die veraltete Straßenbeleuchtung entfallen.

**70.000**

vernetzte Lichtpunkte gibt es gegenwärtig in der Schweiz. Zum Vergleich: In Österreich ist es nur etwa ein Zehntel davon.

gesamte Kommune erstreckt. Alle Leuchten sind mit Strom versorgt, und der ist regelmäßig vorhanden. Die Masten sind daher ein idealer Infrastrukturträger mit Zusatznutzen. Etwa für 5G-Router, CO<sub>2</sub>-Messler, Geschwindigkeitskontrolle, Verkehrsleitsysteme, die Füllstandsmessung von Müllsystemen und vieles mehr“, zählt Kolowrat auf. Die Zeit sei reif, meint er, zumal es mittlerweile standardisierte, mechanische Schnittstellen für die Lichtmasten gibt und man sich daher nicht mehr zu einem Zeitpunkt an einen bestimmten Hersteller binden muss, wo man noch gar nicht weiß, welche Möglichkeiten man künftig nutzen möchte.

**Dass die Straßenbeleuchtung für das IoT-Zeitalter gerüstet ist,** gilt für manche momentan vielleicht noch als Zusatznutzen. Die Chancen sind aber hoch, dass es bald zur Notwendigkeit wird. Das lässt auch ein Blick über die Grenze erahnen. In der Schweiz ist die Durchdringung von vernetzten Beleuchtungslösungen bereits rund zehnmal so hoch wie in Österreich. Insgesamt 60.000 bis 70.000 vernetzte Lichtpunkte der verschiedensten Hersteller sind bei den Eidgenossen gegenwärtig in Betrieb. „Das Einsparungspotenzial bei der kommunalen Beleuchtung ist enorm“, bestätigt auch Signify-Geschäftsführer Helmut Maier. Wer es ausnutzt, sollte bei der Umrüstung nahende technologische Entwicklungen mitbedenken und auf intelligente, vernetzte Lösungen setzen. ●

**BAYER SCHILDER AUF DER KOMMUNALMESSE WELS AM 29. & 30.06.22**

# DIGITALE AMTSTAFEL: „SCHLUSS MIT DER ZETTELWIRTSCHAFT“

Auf der Kommunalmesse 2022 in Wels freuen wir uns darauf, Ihnen die „Digitale Amtstafel – **Schluss mit der Zettelwirtschaft**“ zu präsentieren. Testen Sie selbst, mit welcher Leichtigkeit die innovative und informative digitale Amtstafel von Ihren Bürgerinnen und Bürgern benützt werden kann.

Bei einem persönlichen Gespräch auf unserem **Stand D11 in der Halle 20** informieren wir gerne über die vielen Möglichkeiten und Ausführungen von digitalen Stelen und Monitoren.

Nicht nur im digitalen

Bereich sind wir wichtiger Ansprechpartner, sondern auch für die wegweisende Beschilderung in Form eines Ortleitsystems oder für Straßenbezeichnungen und Hausnummerntafeln.

Für die Sicherheit und Flüssigkeit im Straßenverkehr entwickeln und produzieren wir Verkehrszeichen, Schilder, Befestigungen und Befestigungselemente.

Bayer – Ihr professioneller Beschilderungspartner mit über 75 Jahren Erfahrung für innovative und hochwertige Produkte mit hohem Qualitätsanspruch.

**Wir freuen uns auf interessante Gespräche auf unserem Stand D11 in der Halle 20.**



**KONTAKT**

Bayer Schilder GmbH  
 +43 (0)7259 2379-0  
 E-Mail: [office@bayer.co.at](mailto:office@bayer.co.at)  
 Internet: [www.bayer.co.at](http://www.bayer.co.at)



**Höchster Benutzerkomfort mit der innovativen und informativen „Digitalen Amtstafel“.**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

**DAS STUFENLOS PROGRAMM VON LINDNER**

**3 JAHRE GARANTIE**  
mit TracLink

\* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 130 und Unitrac 112/122 L Drive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie.

**LINTRAC with NOREMAT**

[lindner-traktoren.at](http://lindner-traktoren.at)

**Lindner**

## ARGE QUALITÄTSGRUPPE WÄRMEDÄMMSYSTEME

# VERGANGENHEIT ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Thermische Gebäudesanierung hat viele Argumente für sich: Heiz- und Kühlenergie sparen, Ressourcen schonen, CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren, heimische Wirtschaft fördern, Baukultur erhalten und ungenutzt verbaute Flächen aktivieren. Für unsere energieeffiziente Zukunft ist thermische Sanierung unverzichtbar.

Schätzungen des Umweltbundesamtes besagen, dass in Österreich rund 400.000.000 m<sup>2</sup> – sprich 400 Millionen (!) – an verbauter Fläche ungenutzt brachliegen. Das sind über 40 m<sup>2</sup> pro Kopf! Wie schaut es denn in Ihrer Gemeinde mit gewerblichen oder industriellen Brachflächen aus?

**Potenzial in Gemeinden heben.** Für eine energieeffiziente Zukunft müssen wir alle möglichen Hebel bedienen. Einer der größten Endenergieverbraucher ist der Gebäudereich mit circa 35 Prozent des Gesamtenergiebedarfs. Daher bietet er auch großes Einsparungspotenzial.

170.000 Wohneinheiten in kommunalem Eigentum gelten als thermisch unzureichend. Dieses Sanierungspotenzial schätzt das Institut für Immobilien Bauen und Wohnen auf Basis von Bestandsdaten und bisherigen Sanierungsraten zum Stand 2018.

Die thermische Sanierung ist eine ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Maßnahme: Sie hilft Heiz- und Kühlenergie zu sparen und reduziert



FOTO // Angelo Kaunat

**Die Volksschule Brixlegg ist Sieger des ETHOUSE AWARD 2022 in der Kategorie „Öffentliche Bauten“. Die Energiekennzahl hat sich um 82,17 Prozent verbessert: von 169,9 kWh/m<sup>2</sup>a vor der Sanierung auf 30,3 kWh/m<sup>2</sup>a. Das ergibt rund 34.000 Euro Heizkostenersparnis pro Jahr (Stand vor März 2022).**

CO<sub>2</sub>-Emissionen – egal mit welchem Energieträger. Vor allem mit den rasant angestiegenen Energiepreisen und der starken Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger sollten wir dringend Alternativen angehen.

**Ausgezeichnete Sanierungen.** Die beste Energie ist jene, die wir nicht erzeugen müssen: In diesem Sinn vergab die ARGE Qualitätsgruppe

Wärmedämmsysteme heuer zum elften Mal den ETHOUSE Award – den Preis für energieeffiziente Sanierungen.

Im Namen ETHOUSE sind die zwei Begriffe ETICS (engl. für Wärmedämmverbundsystem) und HOUSE verbunden. Dass daraus auch Ethos gelesen werden kann, ist kein Zufall: Die thermische Gebäudesanierung ist eben eine unverzichtbare Maßnahme zur Klimaneutralität.



Qualitätsgruppe

WÄRMEDÄMMSYSTEME

**MEHR INFOS**

Bundesförderung für thermische Gebäudesanierung:  
**umweltfoerderung.at**

Zuschüsse aus dem kommunalen Investitionsprogramm:  
**buchhaltungsgagentur.gv.at**

Ökosozialer Kompass für Gemeinden:  
**oekosozial.at**

Programm für energieeffiziente Gemeinden (e5):  
**e5-gemeinden.at**

## KATASTROPHENFALL

# BLACKOUT DURCHDENKEN

Immer mehr Gemeinden nehmen das Bedrohungsszenario eines Blackouts ernst und treffen Vorbereitungen für den Ernstfall. Zu Recht, denn im Fall des Falles sind sie völlig auf sich alleine gestellt.

Es war bei der Impuls-Preisverleihung 2019, als der spätere Gesamtsieger, die Stadtgemeinde Weiz, die Kategorie „Sichere Gemeinde“ für sich entschied – und zwar mit einem Zivilschutzprojekt namens „Blackout“. Schon im Jahr 2017 hatte die Stadtgemeinde in Zusammenarbeit mit dem Weizer Energie- und Innovationszentrum W.E.I.Z., der Freiwilligen Feuerwehr, der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Wärmeversorgung einen Blackout-Vorsorgeplan entwickelt. Weiz zählte damit vor fünf Jahren zu den Pionieren, die sich mit dem Bedrohungsszenario eines flächendeckenden Stromausfalls und dessen Folgen eingehend befassten. Damals gab es einige Stimmen, die den Fokus und den Aufwand, mit dem das Thema betrieben wurde, kritisch hinterfragten. Fünf Jahre später scheint der Weitblick, sowohl der Weizer als auch der Fachjury, nun bestätigt. Die Zahl der Gemeinden, die sich bereits des Themas Blackout-Vorsorge angenommen haben, dürfte mittlerweile im guten dreistelligen Bereich liegen.

**Zwei Gründe sprechen besonders dafür, dass sich jede Kommune** für den Fall eines Blackouts vorbereiten sollte. Erstens sind sich alle Experten einig, dass die Frage nicht ist, ob ein Blackout passieren wird, sondern wann es passieren wird. Die Wahrscheinlichkeitsangaben für verschiedene Zeithorizonte unterscheiden sich zwar, klar ist aber: Früher oder später wird es passieren. Wenn es erst einmal so weit ist, ist es zu spät, um Vorsorge zu treffen, darum sollten sich die Gemeinden – auch wenn das Szenario noch so unwirklich erscheint – rechtzeitig organisieren. Denn – und das ist der zweite wichtige Grund – wenn ein flächendeckender Stromausfall eintritt, wird auch das Kommunikationsnetz ausfallen und die Gemeinde kann und darf sich nicht auf Hilfe von außen verlassen, denn diese wird nicht kommen. Das ist ein essenzieller Unterschied zu allen anderen Katastrophenfällen, die in unseren Breiten graden üblicherweise auftreten. Ob Lawine, Mure, Hochwasser, Dürre, Waldbrand oder



„Bei einem Blackout haben alle Probleme. Hilfe von außen wird es nicht geben.“

**Josef Trummer,**  
Unternehmensberater &  
Blackout-Experte



Foto // lucas knapper/EyeEm - stock.adobe.com

**Um einen flächendeckenden Stromausfall und seine Auswirkungen bestmöglich zu bewältigen, sollte man sich als Privatperson, aber auch als Gemeinde rechtzeitig vorbereiten.**

ein eingeschneites Tal, das von der Außenwelt abgeschnitten ist: Bei all diesen Ereignissen werden Einsatzorganisationen, Bundesheer, das Bundesland oder gar die Regierung sofortige Hilfe veranlassen bzw. leisten. Im Fall eines Blackouts sind die aufgezählten Instanzen jedoch alle selbst genauso betroffen.

**Jede Gemeinde muss damit rechnen, auf unbestimmte Zeit** als die höchste ordnende und organisatorische Instanz zu funktionieren. Gezwungenermaßen autark muss sie es schaffen, die Grundbedürfnisse der Menschen zu stillen – über Tage, vielleicht sogar über Wochen hinweg. Dazu gehört die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung, aber auch der Sicherheit. Wer bewacht den örtlichen Supermarkt und schützt ihn vor Plünderung? Und was passiert mit den Kindern im Kindergarten oder der Schule, wenn die Eltern als Pendler weit entfernt arbeiten, es aber keinen Zug zurück mehr gibt, den sie nehmen können? Ist das in Ihrer Gemeinde geklärt?

**„Bei einem Blackout haben 2.095 Gemeinden in neun Bundesländern und 95 Bezirken** in Österreich gleichzeitig die gleichen Probleme. Hilfe von außen nicht möglich“, gibt Josef Trummer, Unternehmensberater und Blackout-Experte, zu bedenken. Wichtig sei zunächst, das Blackout als solches zu erkennen. Ist das Handy-Netz weg? Werden sämtliche Autobahntunnel gesperrt? Einige Indikatoren lassen es erahnen. Wenn Strom- und Telefonnetz gleichzeitig ausfallen, dann wird in Voitsberg (die Gemeinde ist mit einem 3-Säulen-Selbsthilfe-Modell mit Sonnenstrom für den Blackout-Fall gerüstet) das Rüsthaus besetzt. Ebenso wird versucht, das Blackout vor Ort zu eruieren. Der Stördienst für Strom, für Wasser und der Bereitschaftsdienst des Wirtschaftshofs erkunden den Stromausfall. Handelt es sich um ein Blackout, wird der Geschäftsführer der Stadtwerke Voitsberg verständigt. „Am Beginn eines Blackouts wird es kaum Schäden geben. Trotzdem müssen vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden gesetzt werden“, erklärt Trummer. Ist das Blackout bekannt, dann beruft der Bürgermeister den Krisenstab ein. Treffpunkt ist die Einsatzzentrale. Jeder Infrastrukturverantwortliche wird vom Krisenstab über den Eintritt eines Blackouts informiert und erledigt seine Aufgaben entsprechend der geplanten Blackout-Schutzmaßnahmen. „Damit ein Krisenstab in einer Gemeinde funktioniert, müssen die Top-Entscheider dabei sein, die die Entscheidungen treffen. Für die Größe eines Krisenstabs ist festzuhalten, dass ab mehr als zehn Personen die Arbeit schwierig wird.“

**Die umfassende Ausarbeitung eines Blackout-Vorsorgeplans** inkludiert Wege der Kommunikation und Information zwischen Gemeinde, Behörden und den Blaulichtorganisationen. Sie beinhaltet die Planung und Einrichtung von Strominseln, die sicherstellen, dass die Daseinsvorsorge auch beim Blackout intakt bleibt. Die Vorbereitung umfasst zahlreiche Maßnahmen, Zuständigkeiten und Hierarchien bis hin zur Frage der Lebensmittelbeschaffung für alle Einsatzkräfte vor Ort. Die beste Vorbereitung hilft nichts, wenn keiner sie kennt. Sie steht und fällt damit, die Bevölkerung vorab zu informieren und zur Eigenvorsorge zu animieren. 

ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH (ÖVGW)

# UNSER GRUNDWASSER MUSS GESCHÜTZT WERDEN

Österreich ist ein wasserreiches Land. Im Gegensatz zu anderen Ländern stammt unser Trinkwasser zu 100 Prozent aus Grundwasser aus Brunnen und Quellen.

Sauberes, klares Wasser in unbegrenzter Menge aus der Wasserleitung ist für die meisten Menschen eine Selbstverständlichkeit. Doch Klimawandel und lange Trockenperioden führen auch in Österreich zu historischen Tiefständen des Grundwasserspiegels. Der Trinkwassertag am 15. Juni 2022 steht daher unter dem Motto: Schützen wir unser kostbares Grundwasser!

**Vorrang für Trinkwasserversorgung.** Auch im Fall von Wasserknappheit – bedingt durch lange Trockenperioden – muss die Trinkwasserversorgung der Menschen in Österreich in vollem Umfang gesichert sein. Der Vizepräsident der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach und Sprecher des Bereichs Wasser, Wolfgang Nöstlinger, fordert daher absolute Priorität der Trinkwasserversorgung im Krisenfall: „Bei Wasserknappheit muss klar sein, dass die Trinkwasserversorgung Vorrang hat vor anderen Wasserentnahmen – etwa der Industrie und der Landwirtschaft. Es ist wichtig, dass die Wasserversorgung in



FOTO // © Lunghammer/Adobe

**Auch im Fall von Wasserknappheit – bedingt durch lange Trockenperioden – muss die Trinkwasserversorgung der Menschen in Österreich in vollem Umfang gesichert sein.**



FOTO // © ÖVGW

» Bei Wasserknappheit muss klar sein, dass die **Trinkwasserversorgung Vorrang hat vor anderen Wasserentnahmen.**“

**Ing. Wolfgang Nöstlinger,**  
ÖVGW-Vizepräsident

den Haushalten immer funktionsfähig – vom Trinkwasser aus dem Wasserhahn über Duschen bis hin zur WC-Spülung.“

**Grundwasser ist durch Industriechemikalien und Pestizide bedroht.** Österreichs Grundwasser ist durch die natürliche Filterfunktion des Bodens gut vor Verunreinigungen wie etwa Mikroplastik oder Industriechemikalien geschützt. Dennoch: Was Industrie, Landwirtschaft und private Haushalte ins Wasser ableiten, sehen wir auch im Grundwasser. Wolfgang Nöstlinger, der zugleich Vorstandsdirektor der eww-Gruppe in Wels ist, fordert daher eine Prüfung der eingesetzten Chemikalien auf ihre Umweltauswirkungen und einen sparsamen, umweltgerechten Pestizideinsatz.

## Über die ÖVGW

**Fakten zum Trinkwasser**  
Die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) ist die Interessenvertretung der österreichischen Trinkwasserversorger. Sie vertritt über Kooperationen mit Landesverbänden mehr als 1.500 Trinkwasserversorger. Diese beliefern circa 80 Prozent der zentral versorgten Bevölkerung mit Trinkwasser. Das österreichische Wasserleitungsnetz ist ca. 81.000 km lang und könnte somit zweimal um die Erde gelegt werden.





**IHRE BEWERBER-  
MANAGEMENT-  
SOFTWARE**

## **GESCHENKE FÜR GEMEINDEN: auf vielfachen Wunsch gibt's **kommunos** jetzt gratis\* – für Kurzenschlossene**

\*kostenlose Nutzung der Komplettversion für 3 Monate – unbeschränkte Anzahl an Ausschreibungen; keine zusätzlichen Kosten nach Ablauf.

### **WAS IST KOMMUNOS?**

Österreichs Gemeinden, Städte und Verbände arbeiten bei der Personalsuche mit **kommunos**, um bessere Bewerber/innen mit deutlich weniger Verwaltungsaufwand einzustellen.

**kommunos** ist die einzige Bewerbermanagement-Software, die speziell für die besonderen Bedürfnisse von Gemeinden, Städten und Verbänden entwickelt wurde.

Einfach hier registrieren und starten:

**[www.kommunos.info](http://www.kommunos.info)**



VTA GRUPPE UNTERSTÜTZT SIE BEI DER LEISTUNGSSTEIFERUNG IHRER KLÄRANLAGE

# ENERGIE SPAREN, RESSOURCEN OPTIMIEREN, KOSTEN SENKEN

Mehr denn je ist die effiziente Nutzung unserer Ressourcen von gesellschaftlichem Interesse. Die größten Stromverbraucher im kommunalen Bereich sind oft Kläranlagen – mit durchschnittlich 20 Prozent Anteil verbrauchen sie mehr Strom als Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude oder andere kommunale Einrichtungen<sup>1</sup>.

Die effiziente Nutzung der für die Abwasserreinigung eingesetzten Energie bietet ein hohes Einsparungs- und Optimierungspotenzial. Die Steigerung der Energie- und Anlageneffizienz, die Ressourcenschonung und damit die Förderung der nachhaltigen Entwicklung sind zentrale Leitsätze unserer Arbeit. Wir unterstützen mit unseren Technologien die biologischen Prozesse in der Abwasserbehandlung und optimieren dadurch die hydraulische Belastbarkeit und Reinigungsleistung der Kläranlagen.

Rund zwei Drittel der gesamten Energie, die für den Reinigungsprozess notwendig ist, wird für die mechanisch-biologische Abwasserreinigung benötigt. Unsere Expertinnen und Experten aus den Bereichen der Mikro- und Molekularbiologie, der Biophysik und der medizinischen Chemie entwickeln daher Technolo-

gien, die die mikrobiologischen Prozesse in der Abwasserreinigung unterstützen, indem sie ein optimales Zusammenspiel aller Faktoren fördern.

Dabei spielt eine genaue Analyse und gezielte Optimierung der bestehenden

Verfahrensschritte durch unsere erfahrenen Techniker eine wesentliche Rolle. Aus diesem Grund wird von unseren Expertinnen und Experten der Zustand jeder Kläranlage analysiert und die Technologie an die individuellen Anforder-

ungen angepasst. Zudem entwickelt die VTA Gruppe hochwirksame Systemprodukte für die Klärung von Abwasser, die helfen, biologische Prozesse zu optimieren und dadurch die eingesetzte Energie effizienter zu nutzen.

**FACTBOX**

## Energieeinsparung in Kläranlagen – Beispiele aus der Praxis

Im Rahmen der bestehenden Zusammenarbeit sammeln unsere Expertinnen und Experten laufend Daten, um die positiven Umweltauswirkungen der VTA Produkte zu messen. Hinsichtlich der Steigerung der Energieeffizienz finden Sie in der untenstehenden Tabelle konkrete Daten aus unserem Monitoring von zwei unterschiedlichen Partneranlagen der VTA.

AUSBAUSTUFE DER KLÄRANLAGEN [EW]	GESAMTE ENERGIE-EINSPARUNGS-LEISTUNG [KWH/JAHR]	ENERGIEKOSTEN-ERSPARNIS [€/JAHR]	CO <sub>2</sub> -EINSPARUNG [T/JAHR]
6.600	22.140	7.800	4,9
48.000	235.200	82.300	51,5

**ERGEBNISSE:**

- Steigerung der Energie- und Kosteneffizienz
- Steigerung des Sauerstoffgehalts bei gleich bleibender Belüftung
- Verbesserung der Sichttiefe, Sinkgeschwindigkeit und des Schlammindex
- Reduktion des Fällmittelverbrauchs (in Vergleichsanlagen teilweise Ergebnisse um bis zu 38 % weniger Verbrauch)
- Stabilisierung des Nährstoffverhältnisses
- Aktivere Biologie – dadurch ist die Einhaltung der Grenzwerte auch in den Wintermonaten problemlos möglich

<sup>1</sup> Quelle: Umweltbundesamt (2009): Energieeffizienz kommunaler Kläranlagen



**Wesentliche Vorteile** bei dem Einsatz unserer multifunktionalen Systemprodukte im Reinigungsprozess sind:

- Verbessertes Absetz- und Sedimentationsverhalten
- Verbesserung des Sauerstoffübertrags und Reduktion der notwendigen

Belüftungsenergie

- Unterstützung der biologischen Abbauprozesse und Stärkung der Biozönose
- Reduktion des Fällmittelverbrauchs
- Effiziente Bekämpfung von Fadenbakterien
- Erhöhung der Reinigungs-

leistung in Bezug auf chemische und biologische Parameter sowie Mikroverunreinigungen

- Gezielte Schwefelbindung

Dadurch wird die Leistungssteigerung der Kläranlage unterstützt und die eingesetzte Energie effizienter genutzt!

Setzen Sie bei der Abwasserreinigung in Ihrer Kläranlage auf die beste Qualität und Beratung! Kontaktieren Sie unsere Expertinnen und Experten und lassen Sie sich über das umfangreiche Leistungsangebot beraten oder vereinbaren Sie gleich einen Termin zur Analyse Ihrer

Kläranlage auf Keimbelastung, Medikamentenrückstände oder Mikroplastik oder für einen Energieeffizienzcheck!



#### KONTAKT

VTA Austria GmbH  
Umweltpark 1  
4681 Rottenbach  
Tel.: +43 7732 41 33  
Mail: [welcome@vta.cc](mailto:welcome@vta.cc)  
Web: [www.vta.cc](http://www.vta.cc)

ENTGELTICHE EINSCHALTUNG

**Intelligente Abwasserreinigung**    **Innovative Umwelttechnik**    **Hochwirksame Systemlösungen**

**BOLLNER**®

[www.vta.cc](http://www.vta.cc)    +43 7732 4133    [vta@vta.cc](mailto:vta@vta.cc)

we move water

## Für ein familienfreundliches Österreich.

Familienfreundlichkeit bringt Vorteile - Für den Standort und die Bürgerinnen und Bürger.

### Familienfreundlichkeit lohnt sich

Ob Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Bürgerinnen und Bürger, jung oder alt, alle profitieren von familienfreundlichen Maßnahmen. Die Vorteile dieser liegen auf der Hand: Die Gemeinden profitieren durch eine Aufwertung des Standorts und einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Wohnort. So lässt sich auch Abwanderung gezielt vorbeugen.

Eine familienfreundliche Standortpolitik gewinnt immer mehr Bedeutung für eine bedarfsgerechte Lebensumgebung. Eine rezente Studie im Auftrag der Familie & Beruf Management GmbH hat gezeigt, dass in zertifiziert familienfreundlichen Gemeinden das Bevölkerungswachstum stärker und auch die Erwerbsquote höher war als in nicht zertifizierten Gemeinden. Die Maßnahmen und Projekte, die von familienfreundlichen Gemeinden durchgeführt werden, sind umfassend und generationsübergreifend.

### Die Zertifizierung

familienfreundlichegemeinde ist ein nachhaltiger, kommunalpolitischer Prozess für österreichische Städte, Marktgemeinden und Gemeinden mit dem Ziel, in Workshops und durch aktive Bürgerbeteiligung familienfreundliche Maßnahmen in den Gemeinden zu verankern. Nach erfolg-

reichem Abschluss des Zertifizierungsprozesses, der europaweit als Vorzeigebispiel gilt, wird die Gemeinde mit dem staatlichen Gütezeichen ausgezeichnet.

### Regionale Investitionsprojekte

Im Rahmen des Zertifizierungsprozesses werden Maßnahmen und regionale Investitionsprojekte auf kommunaler Ebene bestimmt. Die Gemeinden haben die Möglichkeit sich bei der Umsetzung landesspezifisch, finanziell unterstützen zu lassen, für unterschiedlichste Verwendungszwecke.

### Vorzeigebispiele

Der Best Practice-Katalog der Zertifizierung familienfreundlichegemeinde bietet ein umfangreiches Angebot an Maßnahmen. Diese und mehr werden von familienfreundlichen Gemeinden umgesetzt und den Bürgerinnen und Bürgern geboten. Hier ein Auszug:

 **Bildungscampus** vereint Kindergarten-, Schul- und Freizeitpädagogik an einem gemeinsamen Standort. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll unterstützt und die Betreuung der Klein-, Kindergarten- und Schulkinder in vertrauter Umgebung gewährleistet werden. Damit kann der Wiedereinstieg in das Berufsleben speziell für Frauen besser organisiert werden.

 **Leistbares Wohnen** - Um junge Familien in der Gemeinde zu halten, stellen viele Gemeinden speziell leistbare Wohnmöglichkeiten zur Verfügung. Auf diese Weise können die Jungfamilien entlastet und einer möglichen Abwanderung entgegengewirkt werden.

 **Betreutes Wohnen** bietet sowohl älteren Generationen als auch Menschen mit Behinderung ein selbstständiges Leben in einem geschützten und betreuten Umfeld, das speziell ihren Wohnbedürfnissen entspricht.

 **Umwelt** - Installation eines intelligenten Verkehrsleitsystems, um kurze Zufahrtswege rund um Kindergärten und Schulen zu ermöglichen. Ziel ist die Stauvermeidung und dadurch geringere Umweltbelastung für die Anrainerinnen und Anrainer sowie die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Bedeutend ist auch die Optimierung der öffentlichen Verkehrsanbindung der Gemeinde.

**Werden Sie Teil dieser familienfreundlichen Gemeinschaft und nutzen Sie die daraus resultierenden Vorteile für alle Beteiligten!**



### Kennen Sie das UNICEF-Zusatzzertifikat?

Im Rahmen der Zertifizierung können Gemeinden auch das UNICEF-Zusatzzertifikat „Kinderfreundliche Gemeinde“ erwerben. Es werden Maßnahmen in speziellen kinderrechtsrelevanten Themenbereichen gesetzt. Diese Initiative ist Teil der weltweiten UNICEF „Child Friendly Cities Initiative“.

Über **300** Gemeinden führen das Zusatzzertifikat durch!



## MUREXIN UND DAS AUTOHAUS MEISNER IN OTTENSCHLAG

DIESER INDUSTRIEBODEN  
„SPIELT ALLE STÜCKERL“

Eine Werkstatt wie aus dem Lehrbuch präsentiert sich den Kundinnen und Kunden. Ein neuer, widerstandsfähiger Industrieboden mit den Produkten von Murexin GmbH. machte es möglich.

Die neue Bodenbeschichtung ist hoch mechanisch und chemisch belastbar und eignet sich damit hervorragend für einen begehbaren und befahrbaren Werkstattboden, der so einiges aushalten muss. Zudem weist die Beschichtung eine geschlossene Oberfläche auf, die leicht zu reinigen und trittsicher ist. Bei der optischen Gestaltung entschied sich der Bauherr für ein freundlich wirkendes Kieselgrau im RAL-Farbtönen 7032 mit Einstreuchips in Schwarz und Weiß.

**Sanierung mit hochwertigen Produkten.** Der vorhandene Werkstattboden wies zahlreiche Problemstellen auf, die das Team von Creativstein im ersten Schritt der Untergrundvorbereitung anging. Der in die Jahre gekommene Betonboden war teilweise ölig, ausgebrochen, wellig, uneben und hatte Risse. Die gesamte



Im Autohaus Meisner im niederösterreichischen Ottenschlag wurden rund 300 Quadratmeter mit Murexin Bodenbeschichtung von Beschichtungsprofis der Firma Creativstein Rudolf Kollar saniert.

Fläche wurde zunächst mit Epoxy Imprägnierung Repol EP 1 imprägniert. Damit wurde die für die nachfolgenden Arbeitsschritte notwendige Verfestigung erzielt. Anschließend wurden die Risse fach- und normgerecht saniert, die Unebenheiten mit einer Mörtelmischung aus Epoxy Grundierharz GH 50 und feuergetrocknetem Quarzsand egalisiert sowie die gesamte Fläche mit GH 50 grundiert.

Nach erfolgter Aushärtung ging es mit der Kratzspachtelung aus Epoxy Grundierharz GH 50 und Quarzsand QS 98 weiter. Das GH 50 ist lösemittelfrei, geruchsneutral, sehr emissionsarm und ideal zum

Verfüllen mit feuergetrocknetem Quarzsand. Die so errichtete Kratzspachtelung wurde im Überfluss abgestreut.

Nach erfolgter Aushärtung konnte bereits mit der Beschichtung mit der Epoxy Beschichtung EP 3 begonnen werden. Die Epoxy Beschichtung EP 3 ist hoch chemikalienbeständig, lösemittelfrei und selbstverlaufend. Zum Abschluss des Arbeitsschritts wurden in die beschichtete Fläche noch lichtbeständige Farbchips dekorativ eingestreut. Am darauf folgenden Tag versiegelten die Profis von Creativstein die gesamte Fläche schließlich mit Epoxy Topcoat EP 100 TC.

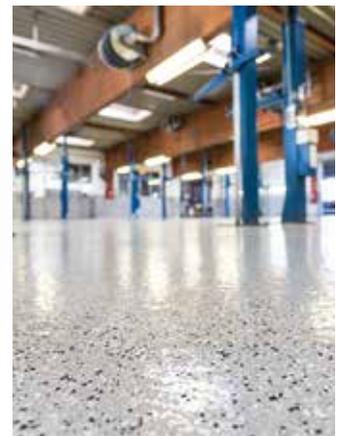


FOTO S // Martin Rehberger/

**MUREXIN. DAS HÄLT.**

Für weitere Fragen stehen Ihnen sehr gerne Mitarbeiter der MUREXIN GmbH zur Verfügung. Einfach ein E-Mail an: [info@murexin.com](mailto:info@murexin.com) oder telefonisch unter +43 (0)2622/27401-0. Weitere Infos finden Sie auch unter [www.murexin.com](http://www.murexin.com)

**MUREXIN**

Thermisch sanieren

# Dämmung rauf, Kosten runter!

Warm im Winter – kühl im Sommer

Eine effiziente Dämmung der Außenwände schützt im Winter nicht nur vor Kälte, sondern auch im Sommer vor Überhitzung. Bei der thermischen Sanierung der Außenwand ist die Baumit open air KlimaschutzFassade die erste Wahl. Baumit open air ist die kostengünstigste atmungsaktive Fassadendämmung. Baumit open air ist atmungsaktiv wie ein Ziegel und dämmt mit 99 % Luft.

- Energie sparen und Klima schützen
- für ein behagliches & gesundes Raumklima
- hohe Lebensdauer



**Baumit. Ideen mit Zukunft.**

**STEIGENDE LEITZINSEN?**

# KENNEN SIE IHR ZINSÄNDERUNGSRISIKO?

Einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren für ein erfolgreiches Finanzierungscontrolling ist die laufende Betreuung des Finanzierungsportfolios inklusive Berichterstattung.

**TEXT** // HEINZ HOFSTAETTER / WERNER LEHNER

Nachdem wir in den Vereinigten Staaten erst kürzlich die ersten Erhöhungen der Leitzinsen gesehen haben, könnten die Leitzinsen auch in Europa demnächst erhöht werden. Das könnte wiederum der Beginn einer längeren Phase von steigenden Leitzinsen werden. Der Grund dafür liegt in einer verstärkten Inflationsbekämpfung.

Sollte diese Situation eintreten, dann werden viele Gemeinden mit höheren Zinsaufwendungen rechnen müssen. Wir schätzen, dass noch immer die Mehrzahl der Gemeinden auf eine variable Verzinsung setzt.

Nicht zuletzt die hohe Inflation, mögliche Zinserhöhungen und die aktuellen Krisen stellen Gemeinden vor große Herausforderungen. Das betrifft auch die Gemeindebudgets. Leider gerät ein wesentliches Ziel, ein effizientes Finanzierungsportfolio, dabei oft außer Acht.

Die Realisierung von kommunalen Projekten erfolgt unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen Risiken. Bei jeder Finanzierungsentscheidung werden unterschiedliche Risiken eingegangen. Sinnvollerweise sollten diese Risiken im Vorfeld bewertet werden. Dazu ist es notwendig, Risiken zu identifizieren und zu verstehen. Fragen wie etwa aktuelle Fördermöglichkeiten erfordern eine aktive Auseinandersetzung. Richtige Antworten benötigen Ressourcen, Zeit, Wissen, Erfahrung und technische Systeme. Darüber hinaus sollte auch das Zinsänderungsrisiko nicht vernachlässigt werden. Dabei handelt es sich um höhere Zinsaufwendungen, die aus einem möglichen Anstieg des EURIBOR resultieren können. Dieses Risiko kann auf Portfolioebene exakt berechnet werden. Dies setzt aber in der Regel eine laufende Betreuung des Finanzierungsportfolios voraus.

Durch das Aufsetzen der Finanzierungen in unseren Systemen, die Analyse und die Beobachtung des Kreditportfolios haben die Verantwortlichen stets einen Überblick über die Finanzierungsbedingungen und den aktuellen Finanzmarkt. Zusätzlich erfolgt eine laufende Berichterstattung, was aus Gründen der Kontrolle und der Transparenz notwendig erscheint. Dies stellt auch die Basis für laufende Einsparungen dar.

Im Rahmen der persönlichen Betreuung und der regelmäßigen Berichterstattung können tagessaktuelle sowie strategische Themenstellungen abgearbeitet werden. Damit ist gewährleistet, dass sich Kommunen im Bereich Finanzierungen stets auf Augenhöhe mit den Financiers befinden und die hohen Anforderungen an die Verwaltung öffentlicher Gelder erfüllen.

Eine maßgeschneiderte Unterstützung („Financial Engineering“) kann die Effizienz bei den Gemeindefinanzen deutlich erhöhen. Durch die Zusammenfassung größerer Volumina bzw. durch unsere hohe Marktdurchdringung entsteht der FRC Pooling-Effekt.

Als der wesentliche und nachhaltige Dienstleister in Österreich zum Thema kommunale Finanzierungen verfügen wir über maßgeschneiderte Angebote und Analysetools. Unser Leistungsspektrum erstreckt sich von der laufenden Betreuung des bestehenden Finanzierungsportfolios bis zur Neuausschreibung. Ein umfangreiches Berichtswesen rundet unser Service ab. Damit erfüllen Sie stets Ihre externen Vorgaben hinsichtlich interner Kontrollen und gesetzlicher Regelungen. ●



**HEINZ HOFSTAETTER**  
UND **WERNER LEHNER**  
SIND GESCHÄFTSFÜHRER  
DER FRC-FINANCE  
✉ [heinz.hofstaetter@frc.at](mailto:heinz.hofstaetter@frc.at)  
✉ [werner.lehner@frc.at](mailto:werner.lehner@frc.at)

Mehr auf [www.frc.at](http://www.frc.at)

## BERATUNGSPROGRAMM „KLEINWASSERKRAFT“

# KLEINWASSERKRAFT MIT GROSSEM POTENZIAL

Hundert Prozent erneuerbare Energien bis 2030 – ambitioniert, machbar und notwendig. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt der Klima- und Energiefonds auch auf kleine Wasserkraftwerke.

Das Beratungsprogramm Kleinwasserkraft unterstützt dabei, Investitionen in Richtung Revitalisierung und ökologisch verträglichen Ausbau von Kleinwasserkraft zu lenken. Für Machbarkeitsstudien sowie Entwurfs- und Bewilligungsplanungen steht ein Budget von 2,5 Millionen Euro zur Verfügung, dotiert aus den Mitteln des Bundesministeriums für Klimaschutz (BMK).

Strom aus Kleinwasserkraft kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Alte Kleinwasserkraftanlagen an den Stand der Technik anzupassen und bereits bestehende, ungenutzte Querbauwerke für die Stromerzeugung zu nutzen, sind wichtige Maßnahmen für die Energiewende.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Im Kampf gegen die Klimakrise und am Weg raus aus der Abhängigkeit von fossilem Öl und Gas brauchen wir alle erneuerbaren Energieträger. Mit der Investition in mehr Ökologisierung der Kleinwasserkraft schaffen wir dabei ein Mehr an sauberem Strom, verbessern den ökologischen Zustand der österreichischen Gewässer und fördern außerdem regionale Wertschöpfung und schaffen Green Jobs.“

**Beratungsprogramm Kleinwasserkraft.** Mit dem Beratungsprogramm Kleinwasserkraft unterstützt der Klima- und Energiefonds Machbarkeitsstudien (Modul 1). Diese Förderung richtet sich an Betreiber:innen von bestehenden Kleinwasserkraftanlagen bis zu einer Größe von 2.000 kW sowie Eigentümer:innen von aktuell nicht genutzten, nicht passierbaren Querbauwerken. Weiters wird die Entwurfs- und Bewilligungsplanung von Kleinwasserkraftanlagen gefördert, die einen Revitalisierungsbedarf haben (Modul 2).

Für das Modul 1 steht ein Budget von insgesamt einer Million Euro zu Verfügung. Die Höhe der Förderung beträgt maximal 3.000 Euro.



FOTO // Markus - stock.adobe.com

**Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds:** „Für die Energiewende müssen wir alle Ressourcen nutzen, die wir zur Verfügung haben. Ich bin überzeugt, dass Kleinwasserkraft eine wichtige Rolle spielt. Mit der neuen Förderung möchten wir prüfen, welches Potenzial darin steckt.“

» Im Kampf gegen die Klimakrise brauchen wir **alle erneuerbaren Energieträger.**“

**Leonore Gewessler,**  
Klimaschutzministerin

Weitere 1,5 Millionen Euro stehen für das Modul 2 bereit. Die von Expert:innen ausgewählten Projekte werden mit maximal 20.000 Euro unterstützt. Die Vergabe erfolgt letztlich nach Maßgabe des jeweils verfügbaren Budgets.

Die Einreichung für das Beratungsprogramm Kleinwasserkraft Modul 1 ist laufend noch bis 29.11.2024 möglich. Die Einreichfristen für die Auswahlrunden von Modul 2 sind 30.06.2022 (12.00 Uhr), 30.9.2022 (12.00 Uhr) und 19.01.2023 (12.00 Uhr). Weitere Einreichtermine können je nach Ausschöpfungsgrad des Budgets festgelegt werden.

**Die vollständigen Antragsunterlagen müssen online unter [kwkw.klimafonds.gv.at](http://kwkw.klimafonds.gv.at) einlangen. Dort finden Sie auch den Förderleitfaden und weitere Informationen.**

MICROTRONICS

# ENERGIEMONITORING FÜR SMARTE GEMEINDEN

Energiekosten sparen und Verbräuche optimieren? Energiemonitoring ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen nachhaltiger Gemeinden.

Der Verzicht auf fossile Brennstoffe, beispielsweise durch den Umstieg auf E-Mobilität, führt zu einem steigenden Strombedarf sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich. Gleichzeitig unterliegt die Stromerzeugung erneuerbarer Energien natürlichen Schwankungen, unter anderem durch Sonne oder Wind.

Mithilfe des rapidM2M C3 – eines Gesamtsystems, einsetzbar in Automatisierung, Steuerung und Fernwirkung – werden Energieverbräuche überwacht, Lastspitzen identifiziert und Energieflüsse analysiert. In weiterer Folge können nicht nur Energiekosten gesenkt, sondern es kann auch CO<sub>2</sub> eingespart werden.

Das integrierte, nach ISO 50001 zertifizierte Energiemanagementsystem bietet Ihnen die Möglichkeit, Alarmierungen, Dashboards und Reportings innerhalb weniger Minuten zu erstellen. Updates

und Konfigurationen können remote vorgenommen werden.

Das umfassende „IoT as a Service“-Angebot unterstützt Sie darüber hinaus mit einem modularen Werkzeugkasten, der Hardware, Software und Service an Ihre Bedürfnisse anpasst.



Mithilfe des rapidM2M C3 werden Energieverbräuche überwacht, Lastspitzen identifiziert und Energieflüsse analysiert.

**KONTAKT**

Microtronics Engineering GmbH  
Hauptstraße 7  
3244 Ruprechtshofen  
+43 2756 77180  
Mail: [office@microtronics.com](mailto:office@microtronics.com)  
Web: [www.microtronics.com](http://www.microtronics.com)

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

## 50 TAGE BEWEGUNG

[www.gemeinsambewegen.at](http://www.gemeinsambewegen.at)

07. SEPTEMBER  
BIS 26. OKTOBER

Unter dem Motto „Gemeinsam fit. Beweg dich mit!“ rufen wir alle Gemeinden und Sportvereine auf, bei der Initiative „50 Tage Bewegung“ vom 7.09. bis zum 26.10. mitzumachen!

Tragen Sie auf [www.gemeinsambewegen.at](http://www.gemeinsambewegen.at) Ihre Bewegungsangebote ein und bestellen Sie kostenlose Werbemittel.

Unser Ziel ist klar: Bewegung macht Spaß! Bewegung ist gesund und Gemeinden und Sportvereine haben für Alle passende Angebote in ihrer Nähe. Denn mit nur 150 Minuten Bewegung pro Woche kann man ganz leicht etwas für die eigene Gesundheit tun.

Unter allen teilnehmenden Gemeinden/Sportvereinen wird pro Bundesland ein professionelles Videoportrait verlost.



# JETZT MIT DER KOMMUNAL-APP GEWINNEN!

MILWAUKEE RASENMÄHER

MILWAUKEE-TOP-SET

EXKLUSIVER TISCHTENNISTISCH  
VON SPORT-THIEME



Kommunal-App downloaden und einen top Milwaukee Rasenmäher, ein Milwaukee-Set bestehend aus Laubbläser und Akkuschauber, oder einen exklusiven Tischtennistisch von Sport Thieme gewinnen!

So geht's: App im App-Store downloaden, öffnen, Kategorie "Gewinnspiel" anklicken und die Frage beantworten. Mit ein bisschen Glück gehören Sie zu den GewinnerInnen.



## WEITERBILDUNG AN DER UNIVERSITÄT WIEN

# KOOPERATIVE STADT- UND REGIONAL- ENTWICKLUNG

Ressourcenschonender Flächenverbrauch, nachhaltige Mobilitätslösungen und ein konstruktives Miteinander im Nachbarschaftsleben: Die Ansprüche an Quartiersentwicklung, Stadt- und Raumplanung oder auch an die Regionalentwicklung sind vielfältig und komplex.

TEXT // YVONNE FRANZ / MARTIN HEINTEL

Learning by doing – oder doch besser vorbereitet in einem sich wandelnden Berufsumfeld agieren? Das postgraduierte Masterprogramm zur „Kooperativen Stadt- und Regionalentwicklung“ am Postgraduate Center der Universität Wien bildet weiter und bereitet Teilnehmer:innen auf raumrelevante Veränderungsprozesse vor. Hierbei handelt es sich um ein berufs begleitendes viersemestriges universitäres Angebot, das im deutschsprachigen Weiterbildungsraum einzigartig ist. Gemeinsam mit knapp 100 Lektor:innen wird an der Schnittstelle von wissenschaftlicher Konzeption, methodischer Vermittlung und praxisbezogener Implementierung in einer wachsenden Lerncommunity an aktuellen Fragestellungen zur „Kooperativen Stadt- und Regionalentwicklung“ gearbeitet. Im Oktober 2022 startet bereits der zweite Zyklus, während sich die erste Kohorte derzeit bereits intensiv in der Phase der Masterarbeitsbearbeitung befindet.

**Wer ist im Weiterbildungsprogramm dabei?** Die Motivation zur Programmteilnahme ist vielfältig. Häufig wird ein Update zu bisherigen Kompetenzen angestrebt, auch der Wunsch nach einer Zusatzqualifikation im Kontext der Stadt- und Regionalentwicklung aus dem eigenen Berufsfeld heraus wird oft angeführt. Andere Studierende wollen sich hingegen umorientieren und neuen beruflichen Interessen folgen. Unabhängig von der Ausgangslage teilen alle Teilnehmer:innen das Interesse an einer „kooperativen Steuerung“ raumwirksamer Prozesse.

**Kooperation als Dreh- und Angelpunkt.** Kooperation bildet die wichtigste zukünftige Basis der Stadt- und Regionalentwicklung. Das lassen schon die bisher angebotenen einzelnen Module, die auch separat als Zertifikatskurse semesterweise gebucht werden können, vermuten. Ob sozial, smart, unternehmerisch oder nachhaltig: Raumentwicklung ist interaktiv und von Handlungen unterschiedlicher, häufig konkurrierender Logiken geprägt. Ökonomische Fragestellungen sind nicht gleichzeitig ökologisch nachhaltig, Mobilität im Raum ist grenzüberschreitend, politische Kommunikation verfolgt andere Ziele und unterliegt anderen Spielregeln als die Kommunikation zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft. Die angeführten exemplarischen Beispiele deuten bereits an, wo Widersprüche offensichtlich sind. Diese Diskrepanzen und Zielkonflikte zu verstehen, mit ihnen zu arbeiten und künftig im Berufskontext auf Basis einer gemeinsamen Verständigungsebene zu kommunizieren, ist eine der Zielsetzungen des Weiterbildungsangebots.

**Zukunftsorientierte Investition mittels Weiterbildung.** Aktuelle inhaltliche Themen bilden den Hintergrund zur laufenden Ausgestaltung der Curricula. So wird derzeit ein Zusatzangebot unter dem Titel „Resiliente Region“ vorbereitet, um auf die Krisenhaftigkeit aktueller Prozesse und deren Raumeffekte zu antworten. Die Auswirkungen sind nicht nur räumlich unterschiedlich, sondern werfen auch neue gesellschaftliche Fragestellungen und Ungleichsituationen auf. Die Frage, wie sich Regionen krisenfest aufstellen und agieren können, ist daher für eine raumgerechte Zukunft mehr als relevant. 📌



**YVONNE FRANZ** IST UNIV.-ASSIST. (POSTDOC), **MARTIN HEINTEL** IST PROFESSOR AM INSTITUT FÜR GEOGRAPHIE UND REGIONALFORSCHUNG DER UNIVERSITÄT WIEN. GEMEINSAM LEITEN SIE DAS POSTGRADUIERTE WEITERBILDUNGSPROGRAMM AN DER UNIVERSITÄT WIEN ZUR „KOOPERATIVEN STADT- UND REGIONAL-ENTWICKLUNG“

✉ [yvonne.franz@univie.ac.at](mailto:yvonne.franz@univie.ac.at)  
✉ [martin.heintel@univie.ac.at](mailto:martin.heintel@univie.ac.at)



**Lesetipp:**

Franz, Y. und Heintel, M. (Hrsg.) (2022): Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung. Wien: facultas UTB [ISBN 978-3-8252-5880-1]. (Erscheinungstermin Oktober 2022)

**Online-Infoabend:**

Montag, 20. Juni 2022 ab 18:00h; Anmeldung via Website.

**Veranstaltungstipp:**

Samstag, 25. Juni 2022, ab 14:30h (online): Öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „Flächenverbrauch“ – Anmeldung via Website.

Website und Informationen zu Stipendien:  
[www.postgraduatecenter.at/kooperativregion](http://www.postgraduatecenter.at/kooperativregion)



**100%  
ZUKUNFT.  
NICHT NUR AN  
HEUTE,  
AUCH ANS  
MORGEN  
DENKEN.**



Als Unternehmen stellen wir uns der Verantwortung für Mensch und Natur. Mit unseren nachhaltigen Produkten sorgen wir dafür, dass unsere Welt sauber bleibt – auch für zukünftige Generationen.

[www.green-care-professional.com](http://www.green-care-professional.com)

A circular future



## STADTGEMEINDE SCHWAZ

# VERKEHRSSICHERHEIT STARK GESTEIGERT

Die Stadtgemeinde Schwaz in Tirol hat durch Eigeninitiative die Errichtung einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage bewirkt. Die Verkehrssicherheit hat sich dadurch seitdem deutlich erhöht.

**G**ert Delazer ist Sicherheitsbeauftragter der Stadt Schwaz. Dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Recht und Sicherheit ist die Stadtpolizei untergeordnet, die seit Anfang Dezember letzten Jahres über eine fix installierte sowie über eine mobile Geschwindigkeitsmessanlage verfügt. „Unsere mobile Tempotafel, die den Autofahrern anzeigt, wie schnell sie fahren, hat bei der Auswertung gezeigt, dass in gewissen Straßenzügen sehr viele Kfz zu schnell fahren. Darum hat sich die Gemeinde entschlossen, eine Geschwindigkeitsmessanlage anzukaufen.“

## Geeignete Standorte

Damit die Bezirkshauptmannschaft (BH) einen Standort zur Geschwindigkeitsüberwachung bewilligt, muss dieser als Gefahrenstelle identifiziert werden. „Wenn mindestens 15 Prozent aller Fahrzeuge zu schnell sind und womöglich auch noch gemischter Verkehr herrscht, also Fahrzeuge auf ungeschützte Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger oder Radfahrer treffen, ist es sehr wahrscheinlich, dass eine Geschwindigkeitsüberwachung bewilligt wird“, weiß Delazer.



Die Stadtpolizei Schwaz hat dank des aktiven Einsatzes der Gemeinde eine stationäre sowie eine mobile Geschwindigkeitsüberwachungsanlage erhalten. Die Unfallgefahr ist infolgedessen drastisch gesunken.

## Beeindruckender Rückgang

Die Gefahrenstelle in der Dr.-Karl-Psenner-Straße wurde von der BH problemlos genehmigt, „und der Effekt ist wirklich enorm. Noch im Dezember, als wir begannen zu kontrollieren, schmolz die Zahl der Schnelfahrer auf gut zwei Prozent. Heute liegen wir gar bei nur 0,5 Prozent“, berichtet Delazer. Die Inbetriebnahme wurde der Bevölkerung im Vorfeld im Stadtblatt, auf Facebook und auf der Homepage breit angekündigt. „Wir wollen die Bevölkerung ja nicht verärgern oder abzocken, sondern die Verkehrssicherheit erhöhen, und das ist uns auf diese Art und Weise sehr gut gelungen.“

## Beste Referenzen

„Vor der Beschaffung der Messanlagen haben wir uns genau informiert und die Angebote am Markt verglichen. Die Stadt Schwaz hat sich für ein System mit Laser-Technologie entschieden, da die Radar-Messung eigentlich eine veraltete Technik ist. Wir haben uns auch mit der Landesverkehrsabteilung beraten und mit anderen Gemeinden über deren Erfahrungen mit ihren jeweils eingesetzten Systemen gesprochen. So wurde schnell klar, dass wir uns für die Messanlagen von VITRONIC entscheiden. Nicht nur die Spezifikationen überzeugten. Auch das Feedback

von den Kollegen aus Kufstein, die VITRONIC-Geräte schon länger einsetzen, war überaus positiv.“

## Starke Partner

Um die Wartung der Anlagen sowie die Deliktauswertung kümmert sich der internationale Sicherheitsdienstleister G4S. Die schnelle und kompetente Betreuung durch den Vertriebs- und Servicepartner von VITRONIC wurde von den Polizisten in den höchsten Tönen gelobt. Kufstein hat daher sukzessive weitere VITRONIC-Messgeräte angeschafft und auch in Schwaz beabsichtigt man bereits eine weitere Messstation zu errichten.

FRIEDHOF DER ZUKUNFT: DER URNENHAIN

# DER BAUHOF KANN'S RICHTEN

Durch den Wandel der Friedhofskultur stehen zahlreiche Gemeinden vor der Entscheidung, wie sich ihr Friedhof weiterentwickeln soll. Doppelgräber werden kaum noch vergeben und der Ruf nach Urnengräbern wird immer lauter. Eine Urnenwand ist oft in der Anschaffung und Instandhaltung teuer, nicht mehr zeitgemäß, wird selten angenommen und passt kaum in das Friedhofsgesamtbild. Was tun? Über 500 Gemeinden in Österreich setzen bereits auf das Urnensystem von GRABKULT.

„Wir bieten seit 16 Jahren zeitgemäße, pietätvolle und

kostengünstige Urnengrablösungen. Mit dem eigens entwickelten Fundamentfertigteil, das betonlos, ohne schweres Gerät und von den Bauhofmitarbeitern ohne Weiteres versetzt werden kann, bilden wir die Basis für verschiedenste Urnengrabvarianten“, so GRABKULT-Geschäftsführer Stefan Leeder. Das Fundament ist zum Erdreich hin offen, die notwendigen Mikroorganismen können dadurch die Bio-Urnen allmählich zersetzen. Bereits im Fundament haben bis zu drei Urnen Platz. Auf das Fundamentfertigteil setzt man entweder ein Rasengrab mit Steintafel, ein Segment



aus Granit oder im weiteren Ausbau eine Urnensäule bis zu drei Segmente auf.

In Abhängigkeit von der Ausbaustufe können somit drei bis sieben Bio- oder herkömmliche Urnen beherbergt werden. Je nach Budget der Gemeinde und der Hinterbliebenen entwickelt sich dadurch ein dynamischer Urnenhain oder der „Friedhof der Zukunft“ in Ihrer Gemeinde. Beispielsweise kann

man bereits ab 1.300 Euro ein Urnengrab für bis zu vier Urnen realisieren.

**KONTAKT**

GRABKULT Handels GmbH  
 Damtschacher Straße 31  
 9241 Wernberg  
 office@grabkult.com  
 www.grabkult.com  
 Tel.:0676/66 66 446

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



MOBILE GESCHWINDIGKEITSMESSUNG

## Maximale Flexibilität für mehr Verkehrssicherheit

Profitieren Sie bei Ihrer Geschwindigkeitsüberwachung von einem **Fahrzeugausbau** mit voll ausgestattetem Arbeitsplatz oder einer „Light-Version“. Dank eines Wechselrahmens ist letztere auch für Leasing-Fahrzeuge geeignet. Die eingesetzte Laserbasierte Messtechnik ist mehrzielfähig und ermöglicht die eindeutige Markierung der gemessenen Fahrzeuge. Zudem bietet die Lösung eine leistungsstarke Fahrerdokumentation mittels Infrarotkamera- und Blitztechnik sowie eine optimierte Motorradfassung mit Heckmessung.

Besuchen Sie uns  
**Kommunalmesse**  
 29. + 30. Juni 2022  
 Stand G43-46  
 Halle 20

vitronic.com

## Bis zu 25 Millionen neue Bäume

Am Internationalen Tag des Baumes am 25. April wurden von den Forstbetrieben und Waldbesitzern in Österreich rund eine Million Bäume gepflanzt – und weitere am Tag davor, und am Tag danach. Und an vielen anderen Tagen. In Summe werden in Österreichs Wäldern pro Jahr rund 25 Millionen neue Bäume ausgepflanzt.

Die Land&Forst Betriebe Österreich wiesen am Internationalen Tag des Baumes am 25. April vor allem auf die vielfältigen Funktionen eines Baumes im Laufe seines Lebens und seine Bedeutung für das Wohlbefinden der Menschen hin, egal ob als Baum im Wald, als Möbel oder als Energieträger.

Mehr Info unter:

[landforstbetriebe.at](https://www.landforstbetriebe.at)

FOTO // Ingo Bartussek - stock.adobe.com



## Förderung für Gebäudesanierung

**Österreich benötigt rund ein Drittel seiner Endenergie für das Heizen von Gebäuden und die Aufbereitung von Warmwasser.**

Will man diesen Anteil bei bestehenden Gebäuden reduzieren, müssen diese einer umfassenden Sanierung unterzogen werden. Um zu zeigen, wie eine deutliche Reduktion von Energiebedarf und CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht werden kann, fördert der Klima- und Energiefonds erneut Best-Practice-Sanierungen mit 1,5 Millionen Euro, dotiert aus den Mitteln des Bundesministeriums für Klimaschutz (BMK). Mehr Infos unter:

[www.klimafonds.gv.at/call/mustersanierung](https://www.klimafonds.gv.at/call/mustersanierung)

## Baum des Jahres: Die Rotföhre

**Im Rahmen der gemeinsamen Aktion „Baum des Jahres“ wurde Ende April die Rotföhre (*Pinus sylvestris*) als Baum des Jahres 2022 präsentiert.** Neben ihrer ökologischen Bedeutung ist die Rotföhre auch wirtschaftlich sehr interessant. Sie wird in Österreich weit über ihr natürliches Verbreitungsgebiet hinaus gefördert und angebaut, da sie schnellwüchsig und robust ist sowie qualitativ hochwertiges Holz liefert. Das Holz wird unter anderem als Bau- und Konstruktionsholz sowie im Möbelbau, aber auch als Energieholz genutzt.

**www.kuratoriumwald.com/2022-die-rotfoehre**

[www.kuratoriumwald.com/2022-die-rotfoehre](https://www.kuratoriumwald.com/2022-die-rotfoehre)

**BEST PRACTICE** IN ALLER KÜRZE

## Bargeld verliert an Bedeutung

Daten des Statista Global Consumer Surveys zeigen, dass der Anteil derjenigen, die bar zahlen, von 84 Prozent auf 72 Prozent gefallen. Dagegen hat sich bei Debit- oder Kreditkarten in den letzten drei Jahren wenig getan. Ein klarer Aufwärtstrend zeichnet sich bei Mobile Payments via Smartphone ab.

[de.statista.com](https://de.statista.com)

## Marktplatz ist Webinar-Platz

Die Gemeinde-Plattform **Kommunalbedarf.at** hat mit der neu geschaffenen Videothek voller Webinare zum Nachsehen dem Wunsch nach Weiterbildung entsprochen. Für Bürgermeister, Amtsleiter sowie Gemeinderäte bietet sich durch dieses Angebot die ideale Möglichkeit, schnell, einfach und zeitlich flexibel die gewünschten Webinarinhalte jederzeit abrufen zu können!

[kommunalbedarf.at/buerobedarf/webinare](https://kommunalbedarf.at/buerobedarf/webinare)

## Die Lizenz zum Recycling.

Wir sammeln und recyceln rund 260.000 Tonnen Altglas pro Jahr. Wir tun dies nach höchsten Umweltstandards und sozialen Benchmarks. Das ist Circular Economy mit Mehrwert.

austria  
**glasrecycling** 

Ein Unternehmen der ARA

# 16%

**Im April 2022 lag der Baukostenindex (Basis 2020)** für den Wohnhaus- und Siedlungsbau laut Berechnungen von Statistik Austria bei 124,0 Indexpunkten. Verglichen mit April 2021 entspricht das einem Anstieg von 16 Prozent. Gegenüber dem Vormonat März 2022 stieg der Index um 2,4 Prozent.

QUELLE: statistik.at

# 115 0000 0000

**2021 hat Österreich für Öl und Erdgas 11,5 Milliarden Euro ausgegeben.** Auf Erdöl und Erdölprodukte entfielen 7,3 Milliarden, auf Gas 4,2 Milliarden.

Quelle: Österreichische Energieagentur, vorläufige Außenhandlungsergebnisse 2021 der Statistik Austria.

## Was tun, wenn das E-Auto brennt?

**Spektakuläre Fotos von brennenden E-Fahrzeugen gibt es im Netz bereits viele, noch relativ wenig ist aber rund um das tatsächliche Gefahrenpotenzial von E-Auto-Bränden bekannt.** Brennen Sie schneller als herkömmliche Autos? Welche Gefahren bestehen für Insassen oder Einsatzkräfte? Wie wird ein E-Fahrzeug effizient gelöscht? Wie kann ich vorbeugen? Experten des KfV und der BVS klären Fakten und Mythen rund um die Brandauswirkung von E-Fahrzeugen. Das Ergebnis einer Erhebung: Die Ängste sind größer als die tatsächlichen Gefahren. Mehr auf [www.kfv.at](http://www.kfv.at) oder [www.bvs-ooe.at](http://www.bvs-ooe.at)



FOTO // KfV / APA-Fotoservice/Peter Hautzinger

**Dr. Armin Kaltenegger, Leiter des Forschungsbereichs Eigentumsschutz im KfV; Dr. Günther Schwabegger, Mitglied des Vorstands der BVS-Brandverhütungsstelle für Oberösterreich.**

## Grünes Gas ausbauen

**Eine Million Haushalte heizen mit Gas und wollen dies weiterhin tun. Für sie ist Grünes Gas eine Zukunftsperspektive,** weil sie damit ihre Heizgeräte klimaschonend betreiben könnten. Die Allianz für Grünes Gas macht sich für den flächendeckenden Ausbau stark und fordert den sofortigen Ausbau von Biogas/Biomethan made in Austria als Alternative zu fossilem Importgas. Jeder vierte österreichische Haushalt heizt mit Gas. Diese bestehenden Heizsysteme können künftig klimaneutral und ohne umzurüsten mit Grünem Gas betrieben werden.

[www.gruenes-gas.at](http://www.gruenes-gas.at)



FOTO // © Allianz für Grünes Gas/Richard Tanzer

**Michael Mattes, Bundesinnungsmeister der Gas-, Sanitär- und Heizungstechniker, und Johannes Wild, Berufsgruppensprecher der Immobilienverwalter in der Wirtschaftskammer Österreich**

## Bankfamilie MONSA

Sitzbank mit oder ohne Lehne und Tisch: Geradlinige Flachstahlfüße mit markanten Rundungen



# NEU



Modern, flexibel und auf Wunsch maßgeschneidert

**STAUSBERG**  
S T A D T M Ö B E L

### GEMEINDETAG TIROL

Gewaltiger  
Vertrauensvorschuss  
Seite 86

### UN-AUSZEICHNUNG

Kaunertal ist  
„Best Tourism Village“  
Seite 94

### DAS AMT UND SEINE TRÄGER\*INNEN

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2.098 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? Eine KOMMUNAL-Porträtserie über Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

### NAHAUFNAHME KAROLINE TURNSCHEK

# BÜRGERMEISTERIN IM PARADIES

Bereits in der ersten Ausgabe von „9 Plätze – 9 Schätze“ wurde der Weissensee zum schönsten Platz Kärntens gewählt. Seit gut einem Jahr leitet Karoline Turnschek die Geschicke der gleichnamigen Naturpark-Gemeinde.

TEXT // ANDREAS HUSSAK

**K**aroline Turnschek ist gelernte Touristikkauffrau und hat bis vor zwei Jahren ein Hotel geleitet. Als dieses den Besitzer wechselte, „hat sich für mich die Möglichkeit und auch das Zeitfenster aufgetan, dass ich den Schritt in die Politik wage“, erzählt die 41-Jährige. „Wenn nicht jetzt, wann dann?“, fragte sie sich, stellte sich bald darauf der Wahl und ist nun seit März 2021 Bürgermeisterin der Kärntner Gemeinde Weissensee. Die Kommune besteht aus fünf Ortschaften rund um den gleichnamigen See. Der

Hauptort Techendorf verfügt über die meisten Einrichtungen und die zentrale Infrastruktur. Hier verläuft die Weissenseebrücke über den See und hier befindet sich auch das Gemeindeamt. Bis auf das kurze Ostufer, das zur Nachbargemeinde Stockenboi gehört, umschließt das Gemeindegebiet den gesamten See. Dank dieses Umstands konnte bereits Ende der 1960er-Jahre eine Ringkanalisation rund um den See errichtet werden, um ein Einleiten von Hausabwässern in den See zu verhindern – und der Weissensee kann seitdem ein paar Superlative mehr für sich verbuchen. Er ist nicht nur mit 930 Meter



NAME: **KAROLINE TURNSCHEK**

ALTER: **41**

GEMEINDE: **WEISSENSEE**

EINWOHNERZAHL: **771** (2021)

BÜRGERMEISTERIN SEIT: **MÄRZ 2021**

PARTEI: **ÖVP**



WIR HABEN DIE VIELFALT,  
IM SOMMER WIE IM WINTER –  
**UND DAS ALLES  
VOR DER HAUSTÜRE.**“

**Karoline Turnscek**

über das Sport- und Freizeitangebot in Weissensee



# DIE EINZIGARTIGKEIT ERHALTEN UND TROTZDEM EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG ZULASSEN – DAS IST DIE CHALLENGE!“

**Karoline Turnschek**

über ihre Aufgabe als Bürgermeisterin von Weissensee



FOTO // NLW / Stebentheiner

Seehöhe der höchstgelegene, sondern auch der reinste Badesee der Alpen („mit Trinkwasserqualität“, wie Turnschek anmerkt) sowie jener mit den größten Sichtweiten und -tiefen, wie der Kärntner Seenbericht bescheinigt – zur Freude zahlreicher Taucher. Mit dem Irrglauben, dass der See auch einer der kältesten ist, räumt Turnschek hingegen auf: „Badesee heißt natürlich, dass man auch darin baden kann. Im Sommer erreicht das Wasser Temperaturen bis 26 °C.“

**Der Weissensee ist nicht nur Namensgeber und identitätsstiftend für die Gemeinde.** Er ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht ihr Schatzkästchen. „Wir stehen mittlerweile bei einer knappen halben Million Nächtigungen pro Jahr – bei 770 Einwohnern wohlgemerkt. Der Tourismus ist unser größter Wirtschaftszweig. Es sind eigentlich alle direkt oder indirekt mit dem Tourismus verbunden“, erklärt die ehemalige Hotelleiterin. Betrieb herrscht nahezu das ganze Jahr: „Die Wintersaison ist kurz und knackig. Sie geht von Mitte Dezember bis in die erste Märzwoche und die Sommersaison läuft von Anfang Mai bis Ende Oktober.“ Rund zwei Drittel der Gäste kommen im Sommer, ein Drittel im Winter.

**Berühmt ist der See dafür, dass er jeden Winter verlässlich zufriert** und dadurch zum größten Natur-Eislaufplatz Europas mutiert. Das zieht insbesondere eislaufbegeisterte Niederländer an, die auf den Weissensee ausweichen, nachdem die Grachten und andere Wasserflächen in ihrer Heimat, mutmaßlich aufgrund des Klimawandels, zunehmend seltener tragfähiges Eis bilden beziehungsweise überhaupt nicht mehr zufrieren. Sogar die in den Niederlanden sehr bedeutende Elfstedentocht, ein Eislauf-Langstreckenrennen durch elf Städte, bekam in

Weissensee ein Pendant. Bereits seit 1989 wird in Kärnten die „Alternative Elfstedentocht“ ausgetragen, im Unterschied zum Original allerdings zuverlässig jedes Jahr. Das ist berechenbar und lässt die Gäste gerne wiederkommen. Bis zu 300.000 Quadratmeter Eisfläche werden Jahr für Jahr präpariert. Bis zu 6.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen bei Großevents sind üblich. Die möglichen Sportarten im Winter und noch mehr im Sommer sind zahlreich: „Wir haben die Vielfalt, im Sommer wie im Winter – und das alles vor der Haustüre.“

**Turnschek weiß um das naturgegebene Kapital der Gemeinde bestens Bescheid** – doch nicht nur sie. Das Bewusstsein für die landschaftliche Schönheit und den Erhalt der Natur als existenzielle Notwendigkeit ist in der Bevölkerung traditionell hoch. Die Region wurde 2006 zum Naturpark erklärt und Weissensee gehört zu den wenigen Gemeinden in Österreich, die auf die höchste Auszeichnung des e5-Programms für energieeffiziente Gemeinden verweisen können. „Wir haben den europäischen Preis für Tourismus und Umwelt erhalten und sind Klima- und Energie-Modellregion geworden. Gemeinsam als Region Nassfeld-Lesachtal-Weissensee sind wir auf dem Weg, die nachhaltigste Region Österreichs, vielleicht sogar Europas zu werden.“ Diese Ambitionen passen zum Stellenwert, den die Natur für die Bevölkerung besitzt. Und letztlich weiß man auch: „Wenn wir unseren Lebensraum lebenswert gestalten, dann wirkt sich das auch positiv auf den Tourismus aus.“ Naheliegender, dass ihre Aufgabe als Bürgermeisterin für Turnschek darin besteht, „die Gemeinde Weissensee in ihrer Schönheit und ihrer Einzigartigkeit zu erhalten und trotzdem eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Enkeltauglichkeit für die Betriebe zuzulassen. Das ist die Challenge!“



FOTO // NLW / DietmarDenger



Das Gemeindeamt im „Hauptort“ Techendorf ist die neue Wirkungsstätte von Karoline Turnschek.



FOTO // timsimging / Necke-Smit



●● Er ist 11,6 km lang und 6,5 km<sup>2</sup> groß: Der Weissensee bildet das Zentrum der gleichnamigen Gemeinde und ist fast vollständig von ihr umschlossen.

● 200-km-Rennen: Die „Alternative Elfstedentocht“ lockt jeden Jänner Tausende Niederländer an den Weissensee.



● Der Naturparkbus verkehrt rund um den See. Das Ticket dafür ist beim Park & Ride-Angebot bereits inkludiert.



FOTO // Johann Jaritz CC BY-SA 3.0 at

**Herausforderungen hat die Bürgermeisterin im ersten Jahr ihrer Amtszeit** mehrfach aufgenommen – doch keine Auseinandersetzungen im Gemeinderat etwa, denn „die Arbeit dort ist effektiv. Aufgrund dessen, dass wir so eine kleine Gemeinde sind, mit nur elf Gemeinderäten, und wir letztendlich alle die gleichen Ziele haben, ist die Gemeinderatsarbeit wirklich sehr harmonisch, angenehm, lösungsorientiert und konstruktiv.“ Die Herausforderungen bestanden vielmehr darin, anstehende Aufgaben anzugehen. Etwa die großflächige Sanierung von Wasserleitungen und des Kanalnetzes. „Das ist eine Riesenbaustelle, die aber dringend notwendig war. Erfreulicherweise sollte sie termingerecht fertig werden.“ Oder das Hochfahren nach der Pandemie. „Der Lockdown im Winter hat uns komplett erwischt. Wir waren von November bis Ende Mai, also knappe sieben Monate, zugesperrt. Letztendlich haben wir als Gemeinde das „Wiederhochfahren“ dank dem Zutun der Betriebe gut gemeistert. Gott sei Dank!“, erinnert sich Turnscheck an ihren Beginn als Ortschefin mitten in der Pandemie. „Es gibt sicher leichtere Zeitpunkte, um so ein Amt zu übernehmen, aber Herausforderungen sind dazu da, um sie anzunehmen.“

**Mit dieser Einstellung wandte sich Turnscheck auch der Verkehrssituation zu:** „Wir sind wie ein lang gezogenes Straßendorf mit bewohnten und erschlossenen Ortschaften auf zwei Seeseiten. Am Ende des Sees befindet sich zum Glück nur eine Sackgasse. Der Entschluss gegen eine Durchzugsstraße war ein Meilenstein und die Grundlage dafür, dass es bei uns am See heute so ist, wie es ist. Wir haben ein „Eventproblem“, vor allem in der Hauptsaison, wenn viele Tages-touristen kommen. Wir arbeiten daher an einem Verkehrskonzept zur Besucherstromlenkung in Verbindung mit einer Mobilitätsdatenanalyse.“

Wir haben letztes Jahr die Parkgebührenver-ordnung und das Parkmanagement neu sortiert sowie eine Park & Ride-Anlage in Praditz, draußen vor dem Ortseingang, geschaffen, die als Auffangparkplatz fungiert und bei der das Ticket für den Naturparkbus inklusive ist. Mit dem kommt man wirklich zu allen Orten. Gäste von Premium-Partnerbetrieben benützen zudem auch die Linienschiffe kostenlos. Wir sind dabei, das Eventproblem in den Griff zu bekommen und eine vollumfängliche Lösung zu finden“, zeigt sich Turnscheck zuversichtlich.

**Was die Gemeinde abseits der Verkehrsthe-matik beschäftigt,** weiß Turnscheck nur zu gut, denn sie hat sich gewissenhaft auf das Amt vorbereitet: „Ich habe vorab das Gemeinderecht studiert und die öffentlich einsehbaren Gemein-deratsprotokolle gelesen, viel mit den Altbürger-meistern, dem inneren Dienst und dem Touris-musverband gesprochen, um einen Einblick zu bekommen und bestmöglich informiert zu sein.“ Bald errichtet der Naturpark auf dem Buchbichl, einem mit Buchen bewaldeten Naturdenkmal, einen schattigen Natur-Waldspielplatz. Und als Mitglied der „Alpine Pearls“ hat Weissensee ge-erade eine neue strategische Ausrichtung in Bezug auf den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit beschlossen. „Man muss sich große Ziele setzen und eine Vision des großen Ganzen haben, um dann Stück für Stück darauf hinarbeiten zu können“, beschreibt Turnscheck ihre Herangehensweise. Und ihre Einstellung? „Mir ist wichtig, dass man offen ist und dass man jeden Tag dazulernen will und kann. Wenn man merkt, man ist der klügste Mensch im Raum, sollte man den Raum verlassen.“ Bleibt der Bürgermeisterin zu wünschen, was sie sich selbst wünscht: „Niemals die Motivation, die Freude und die Begeisterung zu verlieren.“ ●

NEUWAHLEN BEIM TIROLER GEMEINDETAG 2022

# GEWALTIGER VERTRAUENSVORSCHUSS

Die Neuwahl des Präsidiums stand im Zentrum des diesjährigen Tiroler Gemeindetages, der Anfang Mai in Haiming stattfand.

TEXT //PETER LEITNER

Dabei wurde der vorliegende Wahlvorschlag mit überragender Mehrheit angenommen. Auf Präsident Bürgermeister Ernst Schöpf entfielen 174 der 175 abgegebenen Stimmen. Dasselbe Ergebnis fuhr das neue Präsidiumsmitglied, Bürgermeister Thomas Öfner aus Zirl, ein, der Edgar Kopp in das Amt des Vizepräsidenten folgte. Die beiden schon bisher amtierenden Stellvertreter von Schöpf, die Bürgermeister Christian Härting aus Telfs und Franz Hauser aus Schwendau, erhielten jeweils 175 Stimmen.

Schöpf bedankte sich im Anschluss für das ihm entgegengebrachte Vertrauen: „Angesichts des Ergebnisses tobe ich innerlich. So ein Resultat ist natürlich auch eine Verpflichtung. Mit den Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen wurde bereits im Vorfeld des Gemeindetages viel besprochen. Wir dürfen nicht vergessen: Seit den heurigen Wahlen haben wir 41 Prozent neue Gesichter auf den Bürgermeistersesseln. Es gab auch eine starke Verjüngung und wir sind auch wieder um einen Tick weiblicher geworden. Beim Land bedanken wir uns dafür, dass wir bei diversen Anliegen gehört werden, auch wenn wir oft harte Verhandlungen führen müssen. In naher Zukunft liegt vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung und Elementarpädagogik noch einiges an Arbeit vor uns.“

**Klare Worte des Landeshauptmanns.** Erster Gratulant von Schöpf war Landeshauptmann Günther Platter, der auch als Wahlleiter fungiert hatte. Er meinte: „Ernst Schöpf wurde seit 1986 vom jüngsten zum längst dienenden Bürgermeister in Tirol. Wir kennen uns gut und verhandeln immer auf Augenhöhe. Aber es gibt einen eklatanten Unterschied zwischen uns, denn gegen mich ist Ernst ein Jüngling, dem ich für die kommende Periode alles Gute wünsche.“

Außerdem betonte Platter schon seine zuletzt geäußerte Forderung: „Die kalte Progression gehört abgeschafft. Und die Gemeinden müssen schauen, was wir tun können, um den Tirolerinnen und Tirolern das Leben zu erleichtern. Verhindern müssen wir diverse Spekulationen in den Gemeinden, die hier Verantwortung übernehmen müssen. Auch eine 300-Betten-Obergrenze gehört umgesetzt. Wir brauchen keine Bettenburgen mehr.“

**Finanzminister lobt Gemeinden.** Den Abschluss des Gemeindetages bildete die Ansprache von Finanzminister Magnus Brunner, der nebst internationalen Themen auch speziell auf die Gemeinden einging. „Es verdient großen Respekt, wenn sich Menschen bereit erklären, in ihren Gemeinden Verantwortung zu übernehmen. Diese Aufgabe bringt auch große Belastungen mit sich und es braucht viele verschiedene Fähigkeiten. Die Menschen verlangen immer mehr. Und man erlebt auch immer mehr Anfeindungen in der täglichen Arbeit. Eine gewisse Aggressivität im Umgang mit den Politikern ist spürbar. Das alles wurde in der Corona-Zeit noch verstärkt, was natürlich keine positive Entwicklung ist. Zwei Drittel der Bevölkerung sind aber mit den Bürgermeistern sehr zufrieden. Andere politische Ebenen kämpften hingegen massiv mit Vertrauenswerten“, machte er deutlich.

Brunner ging auch auf die schwierige Finanzentwicklung der Kommunen während der Corona-Pandemie ein: „Gemeinden waren ganz besonders von Mindereinnahmen betroffen. Gemeinsam mit Ländern und den Gemeinden haben wir mehrere Hilfspakete verhandelt. Es steht auch noch für Tirol einiges an Geld zur Verfügung.“

Mehr Infos auf [www.gemeindeverband-tirol.at](http://www.gemeindeverband-tirol.at)



„Es verdient großen Respekt, wenn sich Menschen bereit erklären, in ihren Gemeinden Verantwortung zu übernehmen.“

**Magnus Brunner**, Finanzminister, über die Belastungen des Amtes und die Fähigkeiten, die es dazu braucht



**PETER LEITNER** IST  
FREIER JOURNALIST UND  
BETREUT DEN MEDIEN-  
AUFTRITT DES TIROLER  
GEMEINDEVERBANDES



**Präsident Ernst Schöpf begrüßte Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, Finanzminister Magnus Brunner, Landeshauptmann Günther Platter und Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl (von links) in Haiming.**



**EHRENRINGE UND EHRENZEICHEN**

Im Rahmen des Gemeindetages wurden auch verdiente Funktionäre mit dem Ehrenring beziehungsweise dem Ehrenzeichen des Tiroler Gemeindeverbandes ausgezeichnet. Die Ehrenmitgliedschaft des Österreichischen Gemeindebundes wurde überdies von Präsident Alfred Riedl und Generalsekretär Walter Leiss an das langjährige Präsidiumsmitglied Alt-Bürgermeister Edgar Kopp aus Rum verliehen, der auch das Ehrenzeichen erhielt.



**Das neue Gemeindeverbandspräsidium mit Ehren-gast: Vizepräsident Thomas Öfner, Vizepräsident Franz Hauser, Finanzminister Magnus Brunner, Präsident Ernst Schöpf, Landeshauptmann Günther Platter und Vizepräsident Christian Härting.**

KOMMUNAL-SCHWERPUNKT „BODEN G’SCHWEIT NUTZEN“ 7/8

# BAUKULTURGEMEINDE 2021: NENZING

Nenzing in Vorarlberg hat sich voll und ganz dem Gemeinwohl verschrieben – und dafür als eine der ersten Kommunen Österreichs eine Zertifizierung erhalten.

Nachhaltig, umweltfreundlich, generationengerecht und vieles mehr – so muss die Gemeinwohl-Bilanz einer Gemeinde aussehen, um ein Zertifikat zu erhalten. Es dürfte in den Genen der Nenzinger liegen, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Denn schon ihre Ahnen haben mit dem Schutz des „Nenzinger Himmels“ für Generationen vorgesorgt.

Die idyllische Hochalpe auf 1.367 Meter Seehöhe mit über 200 Häusern wird seit fast tausend Jahren im Sommer bewohnt und beweidet. Doch die Alpe ist nicht zu verkaufen. Sie ist eine Allmende, gehört also der Gemeinschaft. Seit Mitte der 1990-Jahre wird dort außerdem nichts Neues gebaut und es gibt strenge Auflagen für Sanierungen.

**Interkommunale Zusammenarbeit.** Mit anderen Gemeinden gemeinsame Sache zu machen, ist für Nenzing selbstverständlich. Mit dem Nachbarn Frastanz wurde ein räumlicher Entwicklungsplan erarbeitet, um überschießenden Bodenverbrauch zu verhindern. Für das neue Walgaubad ist sogar eine Kooperation mit 13 weiteren Kommunen entstanden.

**Gute Projekte brauchen Zeit.** Beim Projekt „I dr’ Sidlig“ am ehemaligen Fußballplatz soll neuer Wohnraum geschaffen werden. Die Gemeinde entwickelt die Fläche unter hohen Ansprüchen gemeinsam mit Anrainer:innen und Universitäten. „Alleine fünf Jahre lang haben wir herauszufinden versucht, was das Beste für den Ort ist“, so die zuständige Architektin und Raumplanerin Geli Salzmann. Auch bei bestehenden historischen Gebäuden achtet Nenzing auf einen sorgfältigen Umgang und kümmert sich um die Umnutzung.



Wenn wir nachlässig in der Nutzung unseres Bodens wären, **würden das die Generationen nach uns zu spüren bekommen.“**

**Florian Kasseroler**, Bürgermeister von Nenzing

**Und das sagt die Jury:** Die Marktgemeinde Nenzing erhält eine Anerkennung, weil ...  
... sie sich aktiv um Verdichtung im Ortskern bemüht und ihren Bürger:innen zentrumsnahe Versorgung bietet.  
... sie eine enge Zusammenarbeit in der Region lebt und interkommunale Projekte umsetzt.  
... sie mit der Gemeinwohl-Zertifizierung einen hohen Anspruch an ihr kommunales Handeln stellt.

Die Jury empfiehlt Nenzing, den Weg der Innenentwicklung konsequent weiterzugehen. Gleichzeitig sollten die Bemühungen um die Mobilisierung des Baulandüberhangs forciert und langfristige räumliche Planungsziele verfolgt werden. 

## LANDLUFT

LandLuft, der Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen, vergibt den Baukulturgemeinde-Preis. Der Fokus der Vereinstätigkeit ist die Baukulturvermittlung auf kommunaler Ebene.

## LANDLUFT BAUKULTUR-GEMEINDE- PREIS 2021

### PREISTRÄGERINNEN

Feldkirch (Vorarlberg)  
Göfis (Vorarlberg)  
Mödling (Niederösterreich)  
Thalgau (Salzburg)

### ANERKENNUNGEN

Andelsbuch (Vorarlberg)  
Innervillgraten (Tirol)  
Nenzing (Vorarlberg)  
Trofaich (Steiermark)

Der LandLuft-Sonderpreis geht an neun private Initiativen im Bereich Bodenpolitik, Raumordnung und Baukultur.

## WANDERAUSSTELLUNG

Die prämierten Projekte werden in einer buchbaren Wanderausstellung präsentiert. Die Tour führt durch ganz Österreich.

## PUBLIKATION „BODEN G’SCHWEIT NUTZEN“

Das Buch über die Baukulturgemeinden ist bei LandLuft zum Preis von 24 Euro erhältlich.

[servus@landluft.at](mailto:servus@landluft.at)  
[www.landluft.at](http://www.landluft.at)

## „BODEN G'SCHEIT NUTZEN“

Mit der Schwerpunkt-Reihe „Boden g'scheit nutzen ...“ stellt KOMMUNAL die acht frisch prämierten Baukultur-gemeinden Österreichs vor. Sie wurden vom Verein LandLuft für ihr baukulturelles Engagement und ihren nachhaltigen und innovativen Umgang mit der Ressource Boden ausgezeichnet.



Schon die Vorfahren der rund 6.200 Nenzinger waren sehr stolz auf ihren „Nenzinger Himmel“. Sie haben die Hochalpe zum Schutz des Gemeinwohls in eine Allmende verwandelt. Ein Chaletdorf wird es hier vermutlich nie geben.

### CHECK-LISTE

- Örtliches Entwicklungs-konzept
- Aktive Bürger:innen-beteiligung
- Baukultur in der Gemeinde-strategie
- Verkehrskonzept
- Gestaltungsbeirat

### FACTS

#### NENZING

- Gemeindefläche: 110,30 km<sup>2</sup>
- Einwohner:innen: 6.747
- Hauptwohnsitze: 6.205
- Nebenwohnsitze: 542
- Arbeitsplätze (2020): 3.700
- Nächtigungen (2019): 89.000



Wie man gemeinschaftlichen Mehrwert generiert, zeigt das Walgaubad in Nenzing. Die Bürgermeister aus 14 Gemeinden haben entschieden, die Sanierung des Bades gemeinsam zu finanzieren. Bei der Planung des richtig tollen Freibads konnten die verschiedensten Nutzergruppen mitreden und um Kosten zu sparen, legten die Bürgermeister selbst Hand an.



Weitsicht beweist Nenzing auch bei der „Generationenmeile“. Mehrere Sozial-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen wie Kindergärten wurden gebündelt, um kurze Wege zu schaffen und Leben in den Ortskern zu bringen.

## FAHRERASSISTENZSYSTEME AUF „SICHERER“ ÜBERHOLSPUR

# GROSSES POTENZIAL ZUR UNFALLREDUKTION

Fahrerassistenzsysteme halten zunehmend Einzug in neue Fahrzeuge und sind bei Neuwagen künftig nicht mehr wegzudenken. Ab dem 6. Juli 2022 sind bestimmte Fahrerassistenzsysteme in der Serienausstattung von neu zugelassenen Fahrzeugen verpflichtend.

Trotzdem sind viele Lenkende unzureichend mit deren Funktionen vertraut. Expert:innen des KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) klären auf, wie groß das Unfallreduktionspotenzial von Assistenzsystemen ist. Über die [Informationsplattform smartrider.at](#) können sich Gemeindeglieder im Detail über die technischen Helfer informieren.

Die Bandbreite der Fahrerassistenzsysteme ist groß: Notbremsassistenten, Müdigkeitswarner, Spurhalteassistenten und viele weitere Systeme sollen nicht nur den Fahrkomfort erhöhen, sondern auch für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen. Tatsache ist: Niemand von uns kann im Straßenverkehr immer blitzschnell reagieren, niemand ist immer vollkommen konzentriert – das spiegelt sich auch in der Unfallstatistik wider: Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ereigneten sich pro Jahr österreichweit fast 36.000 Verkehrsunfälle mit ca. 45.000 Verletzten und 403 tödlich Verunglückten. Die Hauptursache von Unfällen mit Personen- bzw. Sachschäden ist zu etwa 90 Prozent menschliches Versagen.

**Verpflichtende Assistenzsysteme bei Neuwagen für mehr Sicherheit.** Fahrerassistenzsysteme setzen hier an: Durch deren technische Unterstützung können kritische Situationen frühzeitig erkannt und die lenkende Person kann bei Gefahren gewarnt werden. Wenn nötig kann das System auch selbst eingzugreifen.

Ab dem 6. Juli 2022 erfolgt ein weiterer wichtiger Schritt für die Verbreitung dieser Hilfssysteme. Ab diesem Zeitpunkt müssen neu typi-

sierte Fahrzeuge in der EU, zusätzlich zu bereits etablierten Assistenzsystemen, verpflichtend mit neun weiteren Systemen ausgerüstet sein: dem intelligenten Geschwindigkeitsassistenten, dem automatischen Notbremsassistenten, dem Notfall-Spurhalteassistenten, einem Müdigkeitswarner, einem Rückfahrassistenten, dem Notbremslicht, einer ereignisbezogenen Datenaufzeichnung, einer Vorrichtung zum Einbau einer alkoholempfindlichen Wegfahrsperrung und einem Warnsystem bei nachlassender Konzentration.

**KfV-Befragung zeigt: Wissen über Assistenzsysteme ist mangelhaft.** Damit Fahrerassistenzsysteme ihr volles Spektrum entfalten können, müssen Lenkende auch deren Grenzen sowie Funktionsweisen kennen.

Eine aktuelle, repräsentative Befragung des KfV von mehr als 2.700 Personen zeigt allerdings, dass hinsichtlich des Wissensstandes der Bevölkerung noch Optimierungsbedarf herrscht: „Etwa 40 Prozent der von uns Befragten fühlen sich bezüglich der Handhabung von Assistenzsystemen nicht ausreichend informiert. Angesichts der zunehmenden Verbreitung dieser hochtechnisierten Helfer gilt es nun der Bevölkerung die erforderlichen Informationen nahezubringen. Nur so kann diese große Chance zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, die Fahrerassistenzsysteme mit sich bringen, optimal genutzt werden“, betont Dr. Othmar Thann, Direktor des KfV.

Dass moderne technische Hilfsmittel eine große Rolle spielen und deren Bedeutung zu-

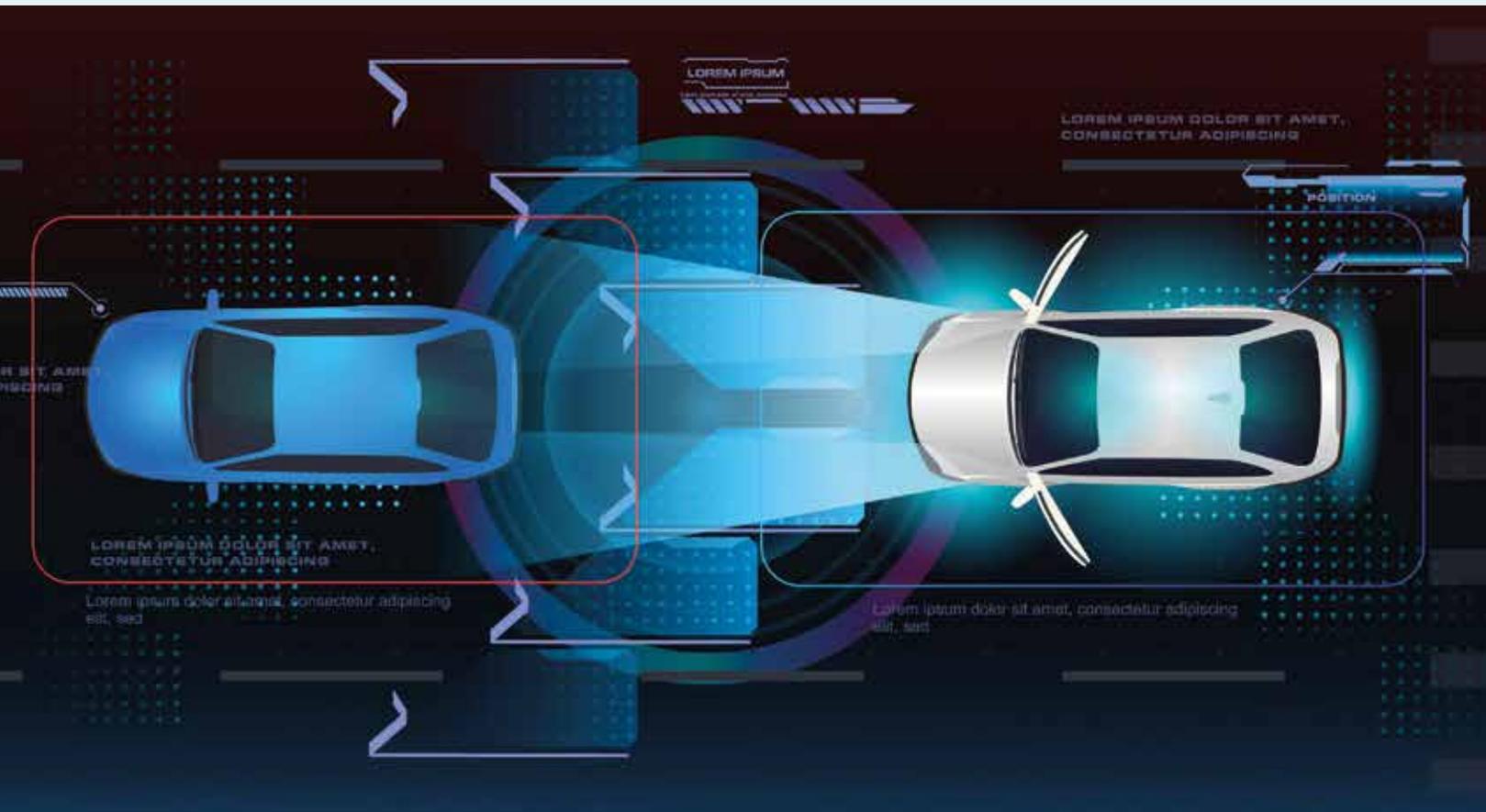
FOTO // PALERM089 - stock.adobe.com



LINK ZUM THEMA

[www.smartrider.at](http://www.smartrider.at)

Auf [www.smartrider.at](http://www.smartrider.at) können sich Autobesitzende oder Autokaufende schnell und einfach über die aktuellen Fahrerassistenzsysteme informieren, sich die Systeme mit attraktiven Animationen erklären lassen und auf ihren Sicherheitsnutzen prüfen.



**Laut einer KfV-Umfrage legt die Hälfte der Befragten Wert auf das Vorhandensein von Fahrerassistenzsystemen, wobei das Interesse an einem Einparkassistenten, einem Tempomaten und dem Spurhalteassistenten am größten ist.**

künftig auch weiter zunehmen wird, zeigt ein weiteres Ergebnis aus der KfV-Befragung: Bei einer PKW-Neuanschaffung würde mehr als die Hälfte der Befragten Wert auf das Vorhandensein von Fahrerassistenzsystemen legen, wobei das Interesse an einem Einparkassistenten, einem Tempomaten und dem Spurhalteassistenten am größten ist.

**Wunsch nach mehr Aufklärung über Assistenzsysteme.** Allgemein zeigte die Befragung erneut den Wunsch der Bevölkerung nach deutlich mehr Informationen zu den Fahrerassistenzsystemen in verschiedensten Bereichen auf. Die Hälfte der Befragten gab an, sich mehr Information konkret zu Versicherungs- und Haftungsfragen (50 Prozent) zu wünschen. Weitere Themen waren: Gefahren bei falscher Handhabung (47 Prozent), rechtliche Fragestellungen (43 Prozent) und technische Grenzen (44 Prozent). Am besten informiert zeigten sich die Befragten über den Geschwindigkeitsregler (Tempomat) und den Einparkassistenten. Weiters zeigte sich, dass die Bekanntheit der gelisteten Fahrerassistenzsysteme größer ist als deren Nutzung.

Der Tempomat ist laut Befragung jenes Fahrerassistenzsystem, das nicht nur die größte Bekanntheit aufweist, sondern auch das bewusst meistgenutzte System darstellt. Bezüglich Personenschäden sowie Unfällen mit ungeschützten Verkehrsteilnehmenden versprechen sich die Befragten vom automatischen Notbremsassistenten, Totwinkelassistenten und Nachtsichtassistenten die größte unfallvermeidende Wirkung.

**Mit Infoplattform [www.smartrider.at](http://www.smartrider.at) auf dem neuesten Stand über Assistenzsysteme.** Auf [www.smartrider.at](http://www.smartrider.at) können sich Autobesitzende oder Autokaufende schnell und einfach über die aktuellen Fahrerassistenzsysteme informieren, sich die Systeme mit attraktiven Animationen erklären lassen und auf ihren Sicherheitsnutzen prüfen.

Unterstützt wird die Plattform von BMK, KfV, AUV, ARBÖ, der AK-Wien, AustriaTech, dem Fachverband der Fahrschulen und des Allgemeinen Verkehrs in der WKO und VVO.

**Mehr auf [www.kfv.at](http://www.kfv.at)**

EUGENDORF EMPFÄNGT VOLKSSCHULKINDER MIT STATIONENBETRIEB

# VOLKSSCHULKINDER LERNEN „GEMEINDE“

In den Eugendorfer Volksschulen steht in der dritten Klasse der Schwerpunkt „Meine Gemeinde“ auf dem Lehrplan. Seit jeher besuchen die Kinder das Gemeindeamt. Um die Bandbreite des Themas deutlich zu machen, stellte die Marktgemeinde Eugendorf das Projekt „Mein Eugendorf“ nun auf neue Beine.

Um die vielen unterschiedlichen Aufgaben aufzuzeigen, die in einer Gemeinde zu bewältigen sind, erkunden die Klassen die betreffenden Einrichtungen, in denen sie hautnah erleben, was „ihre Gemeinde“ für sie und die Bürgerinnen und Bürger zu bieten hat. An zwei Tagen besuchen die Drittklässlerinnen und Drittklässler der drei Eugendorfer Volksschulen die öffentliche Bibliothek, das Altenwohnhaus, das Gemeindeamt, den Altstoffsammelhof und den Bauhof. Spielerisch lernen sie bei kurzweiligen Führungen, Vorträgen und Mitmach-Stationen, welche Aufgaben die Gemeinde hat

– abgefragt wird das neu gewonnene Wissen mit einem eigens gestalteten Quizbogen, dem „Mein Eugendorf-Quiz“.

Der Bürgermeister von Eugendorf, Johann Strasser, betont: „Ich finde es besonders wichtig, dass Kinder ihre Heimatgemeinde kennen und wissen, welche Aufgaben die Gemeinde hat. Deshalb ist es großartig, dass es diesen Schwerpunkt in unseren Volksschulen gibt. Wenn auch wir unseren Teil dazu beitragen können, tun wir das sehr gerne.“ Die neue Aufmachung des Projekts enthält auch einen Quizbogen, den die Kinder bekommen. „So beschäftigen sie sich noch einmal ganz intensiv mit dem Thema und können feststellen, wie viel sie schon über ihre Gemeinde gelernt haben. Ganz so leicht ist das Quiz allerdings nicht – da ist es auch für den Bürgermeister spannend, ob am Ende alles richtig ist“, schmunzelt Strasser.

Das Projekt „Mein Eugendorf“ ist keine einmalige Sache: Auch im Mai fanden an drei Wochen hintereinander jeweils dienstags und mittwochs Führungen mit Mitmach-Workshops und Stationenbetrieb statt. Ein Highlight ist immer der Besuch des Sitzungszimmers mit Bürgermeister Johann Strasser und/oder Vizebürgermeister Robert Bimminger. Dienstags sind die Kinder in der Bibliothek, im Altenwohnhaus, im Gemeindeamt und im Sitzungszimmer, mittwochs besuchen sie den Bauhof und den Altstoffsammelhof. Als Grundlage dient auch das Gemeindebund-Kinderbuch „Meine Gemeinde, mein Zuhause“.



„Ich finde es besonders wichtig, dass Kinder wissen, **welche Aufgaben die Gemeinde hat.**“

**Johann Strasser,**  
Bürgermeister von Eugendorf



Im Rahmen des Projekts „Mein Eugendorf“ besuchten die Kinder der VS Schwaighofen den Bauhof. Bauhof-Mitarbeiter und Elektrotechnik-Meister Stefan Bacher erklärte, wie Strom-Schaltkreise funktionieren, und zeigte, wie unterschiedlich der Verbrauch der einzelnen Lampen ist.

Mehr auf <https://gemeindebund.at/gemeinde-eugendorf-empfaengt-volksschulkinder-mit-stationenbetrieb/>



Blackout-Vorsorge



Umsatzsteuer-  
Auffrischung für Gemeinden



**KOMMUNAL**  
Webinare



Direktvergabe für Gemeinden



Social Media für Kommunen



**KOMMUNALBEDARF.AT**

*Einfach. Alles. Beschaffen.*

**EXPERTENWISSEN FÜR GEMEINDEN**  
in zahlreichen Bereichen zu fairen Preisen!

UN-PROGRAMM „BEST TOURISM VILLAGE“

# KAUNERTAL AUS 170 BEWERBERN AUSGEWÄHLT

Große Ehre für das Tiroler Kaunertal! Von der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO) wurde es als „Best Tourism Village“ ausgezeichnet.

TEXT // PETER LEITNER

Im Rahmen einer Pilotinitiative der UN-Welttourismusorganisation (UNWTO) wurden 2021 weltweit 44 ausgewählte ländliche Tourismusdestinationen mit starkem Nachhaltigkeitsfokus mit dem Siegel „Best Tourism Villages by UNWTO“ ausgezeichnet. Mehr als 170 Destinationen aus 75 Ländern hatten eine Bewerbung eingereicht. Als einziger österreichischer Kandidat ist das Kaunertal unter den Preisträgern.

Die verstärkte Ausrichtung auf Nachhaltigkeit in den vergangenen Jahren, mit der sich das Kaunertal besonders als Klimawandelanpassungsregion (KLAR) sowie durch das Förderprojekt „Clean Alpine Region“ (CLAR) in allen Bereichen (ökologisch, ökonomisch sowie auch soziokulturell) auseinandergesetzt hat, bestätigt die Verantwortlichen. Nicht zuletzt durch den erfolgreich gestarteten Strategieprozess „Zukunft Lebensraum“ hat auch die Bevölkerung diesen Weg bestärkt.

Das Kaunertal hat absolutes Potenzial für die Zukunft. Themen, die bei der Bewerbung besonders herausgehoben wurden, waren:

- Landschaftsschutzgebiet Naturpark Kaunergrat
- Hohe Lebensqualität der Bevölkerung
- Touristische Ausrichtung des Tales mit Gletscherskigebiet und sanftem touristischem Angebot
- Digitalisierung
- Klimawandelanpassung (KLAR, CLAR, Ausstellung „Klima.Gletscher.Kaunertal“)
- Zeitzeugenarchiv

- Sternenwanderung/Skyscape
- Barrierefreiheit und Bergfreiheit

**Gemeinsam wichtige Weichen für das Tal stellen.** Bürgermeister Josef Raich von der Gemeinde Kaunertal erklärt: „Ich möchte mich besonders beim Tourismusverband für die Initiative und Organisation dieses Prozesses bedanken. Nur gemeinsam können wir für die Zukunft unseres Tales wichtige Weichen stellen. Unser Lebensraum ist die Basis. Und Tourismus kann nur in einer gesunden Symbiose nachhaltig funktionieren. Dies ist eine globale Initiative, um die Gemeinden hervorzuheben, wo Tourismus, Kultur und Traditionen vielfältig bewahrt werden und die Biodiversität geschützt wird. Wir sind durch die nachhaltige Entwicklung als Tourismusgemeinde mit dem Naturpark Kaunergrat, dem Gletscherskigebiet und der alpinen Wanderregion auf dem richtigen Weg.“

TVB-Geschäftsführerin Michaela Gasser-Mark ergänzt: „Die bewusste Ausrichtung als nachhaltige Region, die sich vor allem mit dem Klimawandel und möglichen Anpassungsstrategien beschäftigt, ist schon seit vielen Jahren Hauptthema in der Ausrichtung des Tourismus in der Region Kaunertal. Umso schöner ist es, nun die Bestätigung in den Händen zu halten. Ich bedanke mich bei allen, die diesen Weg initiiert haben und mitgegangen sind. Ganz besonders möchte ich mich bei CLAR-Koordinatorin Elisabeth Steinlechner für die professionelle Aufbereitung der Bewerbung bedanken. Sie hat hier sehr viel Herzblut und Einsatz fürs Kaunertal gezeigt.“



Josef „Pepi“ Raich, Bürgermeister der Gemeinde Kaunertal, freut sich über die Auszeichnung.

## DIE BEWERTUNGEN

Bewertet wurden Destinationen mit unter 15.000 Einwohnern durch eine Expertenjury in den folgenden Bereichen:

- Kulturelle und natürliche Ressourcen
- Wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit
- Tourismuspotenzial/-entwicklung und regionale Wertschöpfungsketten
- Governance
- Infrastruktur und Zugänglichkeit;
- Gesundheit und Sicherheit.

**SÜDTIROL NEWS**

## Rom bestätigt autonome **Kompetenzen der Gemeinden**

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen bleibt in Südtirol Gemeindeangelegenheit.

Der Südtiroler Gemeindenverband zeigt sich erleichtert über die Klärung des italienischen Wirtschafts- und Finanzministeriums zu den Ausschreibungen im Rahmen des staatlichen Wiederaufbauplanes. In einem Schreiben an Landeshauptmann Arno Kompatscher bestätigt das Ministerium, dass Südtirols Gemeinden die Ausschreibungen des staatlichen Wiederaufbauplanes autonom durchführen können. Eine staatliche Bestimmung zum Wiederaufbauplan sah vor, dass Gemeinden, die keine Landeshauptstädte sind, Ausschreibungen nicht einzeln vornehmen dürfen, sondern Zusammenschlüsse bilden oder sich zentraler Vergabestellen bedienen müssen. Damit wäre es für viele Gemeinden in Südtirol nicht mehr möglich gewesen, Vergaben des Wiederaufbauplanes selbst zu verwalten.



Die Klärung, dass wir unsere Ausschreibungen weiter selbst durchführen können, ist für die Umsetzung und den Erfolg des Wiederaufbauplanes **von entscheidender Bedeutung.**

**Andreas Schatzer**, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes

Im vergangenen Sommer hat die Europäische Kommission Italien im Rahmen des europäischen Wiederaufbaufonds rund 191 Milliarden Euro zugewiesen. Diese Gelder müssen für festgelegte Ziele und Projekte verwendet werden. Ein beachtlicher Teil der Mittel des italienischen Wiederaufbauplanes („Piano nazionale di ripresa e resilienza“) ist für die Finanzierung von Projekten in den Gemeinden vorgesehen.

„Viele Aufrufe des staatlichen Wiederaufbauplanes richten sich an die Gemeinden. Die Klärung, dass wir unsere Ausschreibungen weiter selbst durchführen können, ist für die Umsetzung und den Erfolg des Wiederaufbauplanes von entscheidender Bedeutung“, so Südtirols Gemeindenverbandspräsident Andreas Schatzer.

**Mehr Infos beim Südtiroler Gemeindenverband,  
E-Mail: [presse@gvcc.net](mailto:presse@gvcc.net); Tel.: +39 0471 304655**



**Geschäftsführerin Michaela Gasser-Mark vom TVB Tiroler Oberland nahm gemeinsam mit dem österreichischen Botschafter Christian Ebner die hohe Auszeichnung in der spanischen Hauptstadt Madrid entgegen.**

**Gratulation vom Bundespräsidenten.** Eine Gratulation erreichte das Kاونertal auch von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der ja im Kاونertal aufgewachsen ist: „Ich gratuliere dem Kاونertal und allen Kاونertaler:innen sehr herzlich zu dieser internationalen Auszeichnung. Die Entwicklung hin zu einem nachhaltigen Tourismus ist in Zeiten der Klimakrise der einzig richtige und erfolgversprechende Weg.“

# TERMINE



FOTO // mmuenzl - stock.adobe.com

Das Mühlviertel bei Sonnenaufgang ist nur eines der Ausflugsziele, mit denen der 68. Österreichische Gemeindetag bei seinem „Oberösterreichtag“ am Freitag lockt. Zuvor versammeln Gemeindetag und Kommunalmesse wieder einmal Gemeindefunktionäre und -mandatarinnen aus ganz Österreich in Wels.

29 & 30/ Juni

## „Gemeinden – Gestalter der Lebensräume“

Die Kommunalmesse steht für „Vielfalt und Innovation für alle gemeinderelevanten Branchen“. Über 200 Aussteller mit innovativen und praktischen Lösungen für die Bedürfnisse des kommunalen Sektors sind Garant dafür. Die Vielfalt der Unternehmen reicht von international tätigen Konzernen bis zu kleinen Start-ups mit visionären Ideen. Deren Konzepte und maßgeschneiderte Lösungen bieten den Gemeinden Hilfe bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen.

Der 68. Österreichische Gemeindetag als größter kommunalpolitischer Event Österreichs wartet mit einer hohen Dichte an höchsten politischen Würdenträgern der Republik auf, angefangen bei Bundespräsident Alexander van der Bellen und Bundeskanzler Karl Nehammer.

[diekommunalmesse.at](https://www.diekommunalmesse.at)

[gemeindetag.at](https://www.gemeindetag.at)

Wels, Messegelände.

16/ Juli

## Gemeinde-MBT-Meisterschaften

Im Rahmen der Salzkammergut-Trophy findet am Samstag, 16. Juli 2022, in Bad Goisern die 8. Österreichische Mountainbike-Meisterschaft für Gemeindebedienstete, Bürgermeister und Gemeindefunktionäre statt. Dabei ist eine Strecke von 37,9 Kilometern zu absolvieren.



FOTO // Martin Bihounek

[www.salzkammergut-trophy.at](https://www.salzkammergut-trophy.at)

Bad Goisern

# PERSONALIA

## EHRUNGEN



Mit Entschließung vom 28. April 2022 hat Bundespräsident Dr. Alexander van der Bellen verliehen:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

**Gerhard Gründl**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Schörfling am Attersee, Oberösterreich und an

**Günther Kellnreiter**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Gafenz, Oberösterreich.

## Einstimmig gewählt

**GROSS GERUNGS** // Am Abend des 8. März wurde im Sitzungssaal der Stadtgemeinde Groß Gerungs Christian Laister einstimmig zum neuen Bürgermeister gewählt. Er folgte auf Maximilian Igelsböck, der Ende Februar sein Amt zurückgelegt hatte.



Christian Laister

„Ich werde das Amt mit großer Ehrfurcht ausüben“, bedankte sich Christian Laister. Da Maximilian Igelsböck auch den Sitz im Gemeinderat zurückgelegt hatte, folgte ihm dort Roland Rogner nach, der bereits vor der Bürgermeisterwahl angelobt wurde. Anwesend waren bei der Wahl 23 von 25 Gemeinderäten. Durch die Wahl Laisters zum Bürgermeister wurde sein Sitz im Stadtrat frei. Dieser ging einstimmig an Karl Eschelmüller. Zum Vizebürgermeister wurde Josef Maurer gewählt, er erhielt 22 von 23 Stimmen, ein Wahlzettel blieb leer.

NÖN vom 09. März 2022

## Lehrer wird Bürgermeister

**HORN** // Gerhard Lentschig ist neuer Bürgermeister in Horn und bekam die Kette des Bürgermeisters verliehen. Der bisherige Vizebürgermeister wurde zum neuen Bürgermeister der Stadtgemeinde Horn gewählt.

Nachdem der Horner Bürgermeister Jürgen Maier aufgrund gesundheitlicher Probleme seinen Rücktritt bekanntgeben musste, war die Wahl eines Nachfolgers notwendig. „30 Jahre – und besonders die letzten Jahre“ hätten sich „spürbar auf mich und meine Gesundheit ausgewirkt. Sie haben bei mir, wie bei vielen, die zu lange unter zu viel Stress stehen, rasch zu einer schweren Erkrankung geführt“, so Maier auf der Website der Waldviertler Bezirksstadt.

Sein Nachfolger wurde von den Mitgliedern des Gemeinderates in geheimer Abstimmung zum neuen Bürgermeister der Stadtgemeinde Horn gewählt. Lentschig hat Lehramt für Sport und Geschichte studiert und war die meiste Zeit seines Berufslebens in der HLW in Horn tätig. Im März ging der neue Bürgermeister in Pension und kann sich nun voll auf seine politischen Aufgaben konzentrieren.



Gerhard Lentschig

QUELLE: NÖN 05.05.2022 & ORF-NÖ 5. Mai 2022

## Manfred Degendorfer gewählt

**WEPPERSDORF** // Im mittelburgenländischen Weppersdorf gibt es eine neue Führungsspitze. Manfred Degendorfer wurde zum neuen Bürgermeister der Gemeinde, Marcel Geissler zum neuen Vizebürgermeister gewählt.



Manfred Degendorfer

Notwendig wurde die Wahl, weil die Vorgänger Erich Zweiler und Karl Degendorfer in einer Gemeinderatssitzung Ende April ihr Amt als Bürgermeister bzw. Vizebürgermeister zurückgelegt hatten.

Bei der Wahl des neuen Bürgermeisters wurden 20 Stimmzettel ausgegeben, 19 Stimmen entfielen auf Manfred Degendorfer, eine Stimme war ungültig. „Danke für das Vertrauen, ich werde alles daransetzen, das zurückzugeben“, so der neue Ortschef.

QUELLE: BVZ vom 2.5.2022

DAS BESTE ZUM SCHLUSS

# SUPERLATIVE AUS ÖSTERREICHS GEMEINDEN

Österreichs Gemeinden können mit einer Vielzahl an Einzigartigkeiten aufwarten. Manche davon sind gar Europa- oder Weltrekorde. In jeder Ausgabe stellt KOMMUNAL einige der weniger bekannten Höchstwerte und die dazugehörige Gemeinde vor.



Das **größte Blasmusikfestival der Welt** findet alljährlich zu Sommerbeginn im oberösterreichischen **Ort im Innkreis** statt. Das „Woodstock der Blasmusik“ läuft immer von Donnerstag bis Samstag – heuer von 30. Juni bis 3. Juli.



Der **größte Natur-Eislaufplatz Europas** entsteht jedes Jahr in 930 Meter Seehöhe auf dem 6,5 km<sup>2</sup> großen **Weissensee** in der gleichnamigen Gemeinde in Kärnten. Mehr über Weissensee finden Sie in diesem Heft auf Seite 82.



Auf dem Gipfel des Schafbergs thront auf 1.783 Meter Seehöhe das **älteste Berghotel Österreichs**. Das Hotel auf dem Gemeindegebiet von **St. Gilgen** wurde rund 30 Jahre vor der Schafbergbahn (1862) errichtet.

// Christoph Baumgartinger CC BY 2.5 / Dideleu CC BY-SA 3.0 de

FOTOS // Jan Koopstra CC BY-SA 3.0

**IMPRESSUM**

**Herausgeber** Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien  
**Medieninhaber** Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstraße 6, 2. Stock, 1010 Wien  
 Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: [kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)  
[www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)  
**Geschäftsführung** Mag. Michael Zipmer  
**Redaktion** Tel.: 01/ 532 23 88;  
 Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion), [hans.braun@kommunal.at](mailto:hans.braun@kommunal.at); Mag. Helmut Reindl – DW 515, [helmut.reindl@kommunal.at](mailto:helmut.reindl@kommunal.at); Andreas Hussak – DW 537, [andreas.hussak@kommunal.at](mailto:andreas.hussak@kommunal.at)

**Adressverwaltung** Regina Philipp – DW 518, [regina.philipp@kommunal.at](mailto:regina.philipp@kommunal.at) oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:  
<http://kommunal.at/leserservice/>



**Grafik** Thomas Max – DW 542  
[thomas.max@kommunal.at](mailto:thomas.max@kommunal.at)  
**Fotos** [stock.adobe.com](https://stock.adobe.com); [www.bilderbox.at](http://www.bilderbox.at)

**Anzeigenberatung** Tel.: 01/532 23 88;  
 Martin Pichler (Leitung) – DW 511, [martin.pichler@kommunal.at](mailto:martin.pichler@kommunal.at);  
 Martin Mravlak – DW 528, [martin.mravlak@kommunal.at](mailto:martin.mravlak@kommunal.at);  
 Oliver Vogel – DW 512  
[oliver.vogel@kommunal.at](mailto:oliver.vogel@kommunal.at)

**Redaktionsbeirat** Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zipmer (Österreichischer Kommunal-Verlag)

**Hersteller** Leykam Druck, 7201 Neudörfli;  
**Druckauflage KOMMUNAL: 35.048**  
 (Durchschnitt 2. Halbjahr 2021)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.  
**Hinweis zu Gender-Formulierung**  
 Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichten Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.



BEI UNS GEHT'S

**JEDEN TAG** UMS GANZE.

**SYSTEMRELEVANT.**

**SORGFÄLTIG.**

**VERANTWORTUNGSVOLL.**

**UNVERZICHTBAR.**

**EINSATZBEREIT.**

**ZUVERLÄSSIG.**

**BELASTBAR.**

**GEWERKSCHAFTSMITGLIED!**



Elisabeth  
Gärtnerin  
MA 42 - Wiener Stadtgärten

**younion**  
Die Daseinsgewerkschaft



## Der Unimog. Empfohlen für den täglichen Gebrauch.

Tag für Tag ist der Unimog im Einsatz. Mit einer Vielzahl an möglichen Anbaugeräten lässt er keine Wünsche offen und ist 365 Tage im Jahr im Kommunaldienst unterwegs. Denn ein richtiges Arbeitstier braucht keine Pause. [www.unimog.at](http://www.unimog.at)

### Mercedes-Benz

Trucks you can trust



**Autorisierte Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog**

**Pappas Auto GmbH** 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Hotline: 0800/727 727, [www.pappas.at](http://www.pappas.at)

**Georg Pappas Automobil GmbH** 5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34, Hotline: 0800/727 727, [www.pappas.at](http://www.pappas.at)

**Auer GmbH** 6143 Mühlbachl, Statz 92, Tel. 050/640-404, [www.auer.tirol](http://www.auer.tirol)